

**VERSCHMELZUNGSBERICHT**  
**FÜR DIE GRENZÜBERSCHREITENDE VERSCHMELZUNG**

**der**

**KWS Services West S.L.U.**

**auf die**

**KWS SAAT SE**

### Wichtiger Hinweis

Dieser Verschmelzungsbericht ist weder ein Angebot zum Verkauf von Aktien der Gesellschaft noch eine Aufforderung, der Gesellschaft ein Angebot zum Kauf von Aktien der Gesellschaft zu unterbreiten. Ein solches Angebot bedarf gegebenenfalls einer gesonderten Veröffentlichung und, sofern dies aufgrund nationaler rechtlicher Bestimmungen erforderlich ist, eines gesonderten Prospekts. Dieser Verschmelzungsbericht ist kein Verkaufsprospekt oder Börsenzulassungssprospekt. Die Gesellschaft übernimmt im Zusammenhang mit diesem Verschmelzungsbericht keine Haftung für etwaige zukunftsgerichtete Aussagen.

Dieser Verschmelzungsbericht ist zudem weder ein Angebot zum Verkauf von Kommanditaktien noch eine Aufforderung, der Gesellschaft ein Angebot zum Kauf von Kommanditaktien zu unterbreiten. Ein solches Angebot bedarf gegebenenfalls einer gesonderten Veröffentlichung und, sofern dies aufgrund nationaler rechtlicher Bestimmungen erforderlich ist, eines gesonderten Prospekts.

Dieser Verschmelzungsbericht ist ferner kein Angebot zum Verkauf von Wertpapieren in den Vereinigten Staaten von Amerika (USA). Wertpapiere dürfen in den USA nur mit vorheriger Registrierung oder ohne vorherige Registrierung nur aufgrund einer Ausnahmeregelung verkauft oder zum Kauf angeboten werden.

Dieser Verschmelzungsbericht stellt ferner weder eine Angebotsunterlage noch ein Angebot zum Verkauf oder zur Ausgabe noch eine Aufforderung oder ein Angebot zum Kauf oder zur Zeichnung von übertragbaren Wertpapieren an die Allgemeinheit dar, auf welche Section 85 des Financial Services and Markets Act 2000 des Vereinigten Königreichs (FSMA) anwendbar ist. Er sollte nicht als Empfehlung an irgendeine Person angesehen werden, im Rahmen der Transaktion Wertpapiere zu kaufen oder zu zeichnen. Dieser Verschmelzungsbericht richtet sich nur an: (i) Personen außerhalb des Vereinigten Königreichs, (ii) Personen, die Aktionäre der Gesellschaft und von Artikel 43 der Financial Services and Markets Act 2000 (Financial Promotion) Order 2005 (in der geltenden Fassung) (die **Order**) erfasst sind, (iii) Personen, die Branchenerfahrung mit Investitionen im Sinne von Artikel 19 (5) der Order haben, oder (iv) *high net worth companies, unincorporated associations* und andere Institutionen, die von Artikel 49(2)(a) bis (d) der Order erfasst sind (alle solche Personen, die **Relevanten Personen**). Personen, die keine Relevanten Personen sind, dürfen nicht aufgrund dieses Verschmelzungsberichts oder seines Inhalts tätig werden oder auf diesen vertrauen. Investitionen oder Investitionstätigkeiten, auf die sich dieser Verschmelzungsbericht bezieht, stehen nur Relevanten Personen zur Verfügung und werden nur mit Relevanten Personen unternommen. Dieser Verschmelzungsbericht darf weder ganz noch in Teilen ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Gesellschaft veröffentlicht, reproduziert, an andere verteilt oder auf sonstige Weise zugänglich gemacht werden.

## Inhaltsverzeichnis

Seite

1.	Einleitung.....	3
2.	An der Verschmelzung beteiligte Gesellschaften.....	4
2.1	KWS SAAT SE .....	4
2.2	KWS Services West S.L.U.....	25
3.	Rechtliche Erläuterung der Verschmelzung .....	28
3.1	Verschmelzung durch Aufnahme.....	28
3.2	Ablauf der Verschmelzung .....	28
3.3	Wirksamwerden der Verschmelzung .....	35
4.	Wirtschaftliche Begründung der Verschmelzung.....	36
4.1	Vereinfachung und Bereinigung der Konzernstruktur .....	36
4.2	Beibehaltung der bewährten Corporate-Governance Struktur .....	36
4.3	Organisationsstruktur nach der Verschmelzung .....	37
4.4	Alternativen zur Verschmelzung.....	38
5.	Auswirkungen der Verschmelzung.....	38
5.1	Rechtliche Auswirkungen .....	38
5.2	Auswirkungen auf die Stellung und Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft.....	39
5.3	Handelsbilanzielle Auswirkungen .....	40
5.4	Ertragsteuerliche Auswirkungen .....	41
5.5	Umsatzsteuerliche Auswirkungen.....	41
5.6	Besteuerung der Aktionäre.....	41
5.7	Auswirkungen auf die Arbeitnehmer .....	42
5.8	Auswirkungen auf die Gläubiger der KWS SAAT SE .....	42
5.9	Auswirkungen auf die Gläubiger der KWS Services West S.L.U.....	43
5.10	Auswirkungen auf die Aktionäre der KWS SAAT SE .....	43
6.	Erläuterung des Verschmelzungsplans .....	44
6.1	Überblick.....	44
6.2	Vermögensübertragung im Wege der grenzüberschreitenden Verschmelzung durch Aufnahme (Ziffer 2).....	44
6.3	Wirksamwerden der Verschmelzung (Ziffer 3) .....	44
6.4	Keine Gegenleistung; Entbehrlichkeit weiterer Angaben; Auswirkungen der Verschmelzung auf Leistungspflichten der Gesellschafter (Ziffer 4).....	44
6.5	Verschmelzungsstichtag; steuerlicher Übertragungsstichtag; Bilanzstichtage (Ziffer 5).....	45
6.6	Angaben zur Bewertung des Aktiv- und Passivvermögens der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften; ertragsteuerliche Auswirkungen; umsatzsteuerliche Auswirkungen (Ziffer 6).....	45
6.7	Keine Gewährung besonderer Rechte (Ziffer 7).....	47
6.8	Geschäftsführung durch die KWS SE als persönlich haftender Gesellschafterin, Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Ziffer 8).....	47
6.9	Keine Gewährung besonderer Vorteile (Ziffer 9).....	47
6.10	Satzung der KWS SAAT SE und der KWS SAAT SE & Co. KGaA (Ziffer 10).....	47
6.11	Voraussichtliche Auswirkungen der Verschmelzung auf die Beschäftigung (Ziffer 11).....	48
6.12	Verfahren zur Regelung der Beteiligung der Arbeitnehmer an der Festlegung ihrer Mitbestimmungsrechte (Ziffer 12) .....	48
6.13	Bedingungen zur Ausübung der Rechte der Gläubiger und Minderheitsgesellschafter der jeweiligen an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften (Ziffer 13) .....	49

6.14	Rücktrittsvorbehalt (Ziffer 14).....	50
6.15	Kosten (Ziffer 15) .....	50
6.16	Abschließende Bestimmungen (Ziffer 16).....	50

## ANLAGE 1

Gemeinsamer Verschmelzungsplan für die grenzüberschreitende Verschmelzung der KWS Services West S.L.U. auf die KWS SAAT SE

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft (deutschen Rechts)
AktG	Aktiengesetz vom 6. September 1965
Art.	Artikel
bzw.	beziehungsweise
d.h.	das heißt
DrittelbG	Gesetz über die Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat vom 18. Mai 2004
EBRG	Gesetz über Europäische Betriebsräte vom 28.10.1996
etc.	et cetera (= und so weiter)
EU	Europäische Union
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
f.	folgende
ff.	fortlaufend folgende
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897
i.V.m.	in Verbindung mit
ISIN	International Securities Identification Number
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien (deutschen Rechts)
lit.	littera (= Buchstabe)
LME	Gesetzes 3/2009 vom 3. April 2009 betreffend Strukturelle Änderungen von Handelsunternehmen ( <i>Ley de Modificaciones Estructurales de las Socieda des Mercantiles</i> )
MAR	Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Marktmissbrauch (Marktmissbrauchsverordnung) und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 2003/124/EG, 2003/125/EG und 2004/72/EG der Kommission Text von Bedeutung für den EWR
MgVG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung vom 21. Dezember 2006
Mio.	Millionen
MitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer vom 4. Mai 1976
Nr.	Nummer
S.	Satz
SE	Europäische Gesellschaft – <i>Societas Europaea</i>
SE-VO	Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft

SEAG	Gesetz zur Ausführung der Verordnung Nr. 2157/2007 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft vom 22. Dezember 2004
SE-RL	Richtlinie 2001/86/EG des Rates vom 8. Oktober 2001 zur Ergänzung des Statuts der Europäischen Gesellschaft hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer
SEBG	Gesetz über die Beteiligung der Arbeitnehmer in einer Europäischen Gesellschaft vom 22. Dezember 2004
UmwG	Umwandlungsgesetz vom 28. Oktober 1994
WKN	Wertpapierkennnummer
WpHG	Gesetz über den Wertpapierhandel vom 9. September 1998
z.B.	zum Beispiel

Dieser Verschmelzungsbericht der KWS SAAT SE für die grenzüberschreitende Verschmelzung der KWS Services West S.L.U., einer nach spanischem Recht gegründeten und bestehenden Einpersonen-Gesellschaft mit beschränkter Haftung (*Sociedad de Responsabilidad Limitada Unipersonal*) mit satzungsmäßigem Sitz in Barcelona, Spanien, und der Geschäftsanschrift calle Angli, 31, 3.º -1, 08017 Barcelona, Spanien, eingetragen im Handelsregister von Barcelona (*Registro Mercantil de Barcelona*) unter Band (*tomo*) 43911, Seite (*folio*) 74, Blatt (*hoja*) B-441644 und C.I.F. Nummer B-66099706 (nachfolgend auch **übertragende Gesellschaft**), auf die KWS SAAT SE, eine Europäischen Gesellschaft (*Societas Europaea*) mit satzungsmäßigem Sitz in Einbeck und der Geschäftsanschrift Grimsehlstraße 31, 37574 Einbeck, Deutschland, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Göttingen unter der Nummer HRB 204567, die nach Wirksamwerden ihres Formwechsels in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA) als KWS SAAT SE & Co. KGaA firmieren soll, (nachfolgend jeweils die **übernehmende Gesellschaft**), im Wege der grenzüberschreitenden Verschmelzung durch Aufnahme, wird vom Vorstand der KWS SAAT SE vorgelegt.

## 1. EINLEITUNG

Der Vorstand der KWS SAAT SE hat am 3. September 2018 beschlossen, dass die KWS SAAT SE in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA) umgewandelt (der **Formwechsel**) und die KWS Services West S.L.U. grenzüberschreitend auf die KWS SAAT SE, die nach dem Formwechsel als KWS SAAT SE & Co. KGaA firmieren wird, verschmolzen (die **Verschmelzung**) werden soll. Der Vorstand der KWS SAAT SE und die Geschäftsführung der KWS Services West S.L.U. haben daraufhin einen gemeinsamen Verschmelzungsplan (der **Verschmelzungsplan**) aufgestellt (siehe Anlage 1 – Verschmelzungsplan). Der Aufsichtsrat der KWS SAAT SE hat der geplanten Verschmelzung mit Beschluss vom 23. Oktober 2018 zugestimmt.

Die Hauptversammlung der KWS SAAT SE soll am 14. Dezember 2018 über den Formwechsel (§§ 190 ff. Umwandlungsgesetz) der KWS SAAT SE in eine KGaA und, sofern Aktionäre der KWS SAAT SE, deren Anteile zusammen den zwanzigsten Teil des Grundkapitals der KWS SAAT SE erreichen, die Einberufung einer Hauptversammlung verlangen, in der über die grenzüberschreitende Verschmelzung der KWS Services West S.L.U. auf die KWS SAAT SE Beschluss fassen. Nach Wirksamwerden des Formwechsels wird die übernehmende Gesellschaft als KWS SAAT SE & Co. KGaA firmieren. Persönlich haftende Gesellschafterin der KWS SAAT SE & Co. KGaA wird die KWS SE sein. Formwechsel und Verschmelzung sollen zeitgleich wirksam werden. Der Begriff **Gesellschaft** in diesem Verschmelzungsbericht bezeichnet sowohl die KWS SAAT SE in ihrer gegenwärtigen Rechtsform als SE, soweit sich der Begriff auf Zeitpunkte vor dem Wirksamwerden des Formwechsels bezieht, als auch die KWS SAAT SE & Co. KGaA in ihrer zukünftigen Rechtsform als KGaA, soweit sich der Begriff auf Zeitpunkte nach dem Wirksamwerden des Formwechsels bezieht.

Die grenzüberschreitende Verschmelzung führt zu einer Bereinigung und Vereinfachung der Konzernstruktur. Die grenzüberschreitende Verschmelzung hat zu Folge, dass die KWS SAAT SE auch nach dem Formwechsel in eine KGaA ihre bewährte Governance-Struktur mit einem aus sechs Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat mit zwei Arbeitnehmervertretern beibehalten und, vorbehaltlich einer Einigung mit Arbeitnehmervertretern, das bei der KWS SAAT SE eingerichtete EUROPEAN EMPLOYEE COMMITTEE fortbestehen kann.

Die Verschmelzung ist eine grenzüberschreitende Verschmelzung und erfolgt nach den gesetzlichen Vorschriften, die im Königreich Spanien und in der Bundesrepublik Deutschland in Umsetzung der einschlägigen EU-Richtlinien (zuletzt Richtlinie (EU) 2017/1132 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts) erlassen wurden. Im Königreich Spanien sind dies die Art. 54 ff. des Spanischen Gesetzes 3/2009 vom 3. April 2009 betreffend Strukturelle Änderungen von Handelsunternehmen (*Ley de Modificaciones Estructurales de las Sociedades Mercantiles*, nachfolgend **LME**); in Deutschland sind dies die §§ 122a bis 122l

des Umwandlungsgesetzes (**UmwG**) und die Vorschriften des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung (**MgVG**).

Der Verschmelzungsplan bedarf zu seiner Wirksamkeit entweder gemäß Art. 9 lit. f) des Gesellschaftsvertrags der KWS Services West S.L.U. der Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KWS Services West S.L.U. oder gemäß Art. 19 lit. f) des Gesellschaftsvertrags der KWS Services West S.L.U. der Zustimmung des Alleingeschafters der KWS Services West S.L.U. Ein Zustimmungsbeschluss der Aktionäre der KWS SAAT SE ist gemäß § 122g Abs. 2 UmwG nicht erforderlich, es sei denn, dass Aktionäre der KWS SAAT SE, deren Anteile zusammen den zwanzigsten Teil des Grundkapitals der KWS SAAT SE erreichen, die Einberufung einer Hauptversammlung verlangen, in der über die Zustimmung zu der Verschmelzung beschlossen wird (§ 62 Abs. 2 S. 1 UmwG).

Der Vorstand der KWS SAAT SE erstattet den vorliegenden Verschmelzungsbericht gemäß §§ 122e, 122a Abs. 2 i.V.m. § 8 Abs. 1 UmwG.

Des Weiteren wird auf den diesem Verschmelzungsbericht als Anlage beigefügten Verschmelzungsplan mitsamt Anlagen (Anlage 1) verwiesen. Auf die im Verschmelzungsplan und seinen Anlagen enthaltenen Informationen wird vollumfänglich Bezug genommen. Sie sind Bestandteil dieses Verschmelzungsberichts.

Ebenfalls wird ergänzend auf die Angaben in folgenden Dokumenten verwiesen:

- Einladung der KWS SAAT SE zu ihrer ordentlichen Hauptversammlung am 14. Dezember 2018, die am 2. November 2018 im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht wird;
- Umwandlungsbericht des Vorstands der KWS SAAT SE vom 24. Oktober 2018;
- Konzernabschlüsse und Jahresabschlüsse sowie die zusammengefassten Lage- und Konzernlageberichte der KWS SAAT SE für die letzten drei Geschäftsjahre 2015/2016, 2016/2017 und 2017/2018;
- Jahresabschlüsse der KWS Services West S.L.U. für die letzten drei Geschäftsjahre 2015/2016, 2016/2017 und 2017/2018.

Sämtliche vorgenannten Dokumente werden auf der Internetseite der KWS SAAT SE ([www.kws.de](http://www.kws.de) im Bereich Investor Relations) veröffentlicht.

Auf die in den vorgenannten Dokumenten enthaltenen Angaben wird vollumfänglich verwiesen; sie sind damit Bestandteil dieses Verschmelzungsberichts.

## **2. AN DER VERSCHMELZUNG BETEILIGTE GESELLSCHAFTEN**

### **2.1 KWS SAAT SE**

#### **(a) Allgemeine Informationen**

Übernehmende Gesellschaft ist die KWS SAAT SE. Die KWS SAAT SE ist im Handelsregister des Amtsgerichts Göttingen unter der Nummer HRB 204567 eingetragen. Vor und nach dem Formwechsel befindet sich der Sitz der Gesellschaft in Einbeck, Deutschland, und lautet die Geschäftsanschrift der Gesellschaft Grimsehlstraße 31, 37574 Einbeck, Deutschland.

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft beginnt am 1. Juli eines jeden Jahres und endet am 30. Juni des nächstfolgenden Jahres.

Unternehmensgegenstand der Gesellschaft ist gemäß § 2 Abs. 1 der Satzung der KWS SAAT SE die Züchtung, die Vermehrung und Verwertung von Nutzpflanzen aller Arten, die Erzeugung und der Vertrieb von Saatgut, der Betrieb von Landwirtschaft und Gartenbau und der Vertrieb ihrer Erzeugnisse und deren Bearbeitung und jegliche Verwertung für menschliche und tierische Ernährung, die Herstellung chemischer Erzeugnisse für landwirtschaftliche oder gartenbauliche Zwecke und von Düngemitteln, die Fertigung und der Vertrieb landwirtschaftlicher Geräte sowie die Erzeugung von Zucker und Süßwaren und deren Vertrieb einschließlich aller Nebenprodukte.

Die Gesellschaft kann gemäß § 2 Abs. 2 der Satzung der KWS SAAT SE Betriebsanlagen und landwirtschaftliche Betriebe auf eigenen und/oder gepachteten Flächen unterhalten.

Die Gesellschaft ist gemäß § 2 Abs. 3 der Satzung der KWS SAAT SE berechtigt, wesentliche Betriebsteile und/oder Geschäftsbereiche auszugliedern, zu veräußern, auf Tochtergesellschaften oder Gemeinschaftsunternehmen zu übertragen und sich auf die Wahrnehmung der Aufgaben einer Konzern-Holdinggesellschaft zu beschränken.

Außerdem kann die Gesellschaft gemäß § 2 Abs. 4 der Satzung der KWS SAAT SE im In- und Ausland Zweigniederlassungen errichten, im Rahmen ihres satzungsmäßigen Gegenstandes Unternehmen jeder Art und jeder Rechtsform gründen und sich an solchen beteiligen sowie Unternehmensverträge jeder Art eingehen.

(b) Unternehmensgeschichte und Entwicklung

Die aus der KWS SAAT SE und ihren unmittelbar und mittelbar gehaltenen Tochterunternehmen bestehende Unternehmensgruppe (nachfolgend **KWS Gruppe**) ist eines der führenden Pflanzenzüchtungsunternehmen weltweit. 5.147 Mitarbeiter erwirtschafteten in rund 70 Ländern im Geschäftsjahr 2017/18 einen Umsatz von EUR 1.068 Mio. und erzielten dabei ein Ergebnis von EUR 133 Mio. vor Zinsen und Steuern (EBIT).

Seit mehr als 160 Jahren ist KWS ein Synonym für Tradition, Bodenhaftung und erfolgreiche Pflanzenzüchtung wie auch für Weltoffenheit und internationales Wachstum. Die Wurzeln des familiengeprägten Unternehmens liegen rund 140 Kilometer östlich des heutigen Hauptsitzes Einbeck. In Klein Wanzleben in der Magdeburger Börde legte Matthias Christian Rabbethge 1856 den Grundstein für ein Unternehmen, das sich damals wie heute der Landwirtschaft verbunden fühlt.

Nach dem zweiten Weltkrieg begann der Neuaufbau des Unternehmens ausgehend vom heutigen Sitz der Gesellschaft in Einbeck. Ab den späten 1960er Jahren begann eine starke internationale Expansion des Unternehmens. Die KWS Gruppe wurde eine international tätige Unternehmensgruppe, deren Geschäftstätigkeit sich insbesondere auf zahlreiche europäische Länder erstreckt. Im Geschäftsjahr 2014/15 erfolgte die formwechselnde Umwandlung der KWS SAAT AG in eine SE. Dieser Rechtsformwechsel brachte das Selbstverständnis der Gesellschaft als ein europäisches und weltweit ausgerichtetes Unternehmen zum Ausdruck und trug dem weiteren Wachstum der Gesellschaft in Europa Rechnung.

Seit ihrer Gründung ist die Gesellschaft ein familiengeprägtes Unternehmen. Noch heute ist ein großer Teil ihrer Aktien in den Händen der Nachfahren des einstigen Unternehmensgründers. Die Mehrheit der Aktien wird heute unmittelbar und mittelbar von

Aktionären gehalten, die Mitglieder der Familien Carl Ernst Büchting und Arend Oetker bzw. den Familien nahestehende Stiftungen sind (vorstehend und nachfolgend die **Familiengesellschafter**). Die familiäre Prägung des Unternehmens soll auch künftig so bleiben und durch die Rechtsform der SE & Co. KGaA und die mehrheitliche (unmittelbare und mittelbare) Beteiligung von Familiengeschaftern an der Komplementärin sichergestellt werden.

(c) Geschäftstätigkeit

(i) Geschäftliche Tätigkeit

(A) Überblick

Die Aktivitäten der Gesellschaft konzentrieren sich im Wesentlichen auf den Bereich der landwirtschaftlichen Nutzpflanzen für die Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln sowie als nachwachsende Rohstoffe für erneuerbare Energien. Das Saatgut kommt im ökologischen und konventionellen Landbau zur Anwendung. In einigen Ländern werden auch gentechnisch veränderte Sorten angeboten. Zu dem Produktportfolio gehören unter anderem Zuckerrüben-, Mais- und Getreidesaatgut sowie Ölsaaten und Zwischenfrüchte. Auch über den Verkauf von Saatgut hinaus stehen Außendienstmitarbeiter Landwirten für Fragen rund um die Sortenwahl und den Anbau zur Verfügung.

Das operative Geschäft untergliedert sich dementsprechend in die Produktsegmente „Zuckerrüben“, „Mais“ sowie „Getreide“. Zum Segment „Zuckerrüben“ gehören die Züchtungs-, Vermehrungs- und Vertriebsaktivitäten für Zuckerrübensaatzgut sowie die Entwicklung von diploiden Hybridkartoffeln. Der Bereich „Mais“ umfasst Züchtung, Produktion und Vertrieb von Maissaatzgut sowie den Produktbereich Öl- und Feldsaaten (unter anderem Sonnenblumen). Zum Bereich „Getreide“ gehören insbesondere die Züchtung, Produktion und der Vertrieb von Hybridroggen, Weizen, Raps und Gerste. Der Bereich Forschung und Züchtung unterstützt die strategischen Ziele der einzelnen Produktbereiche durch die kontinuierliche Entwicklung wettbewerbsfähiger Sorten. Darüber hinaus erbringen regionale Servicegesellschaften Verwaltungsdienstleistungen im Auftrag und zur Unterstützung der operativen Unternehmensteile.

Die Gesellschaft ist die Muttergesellschaft in der KWS Gruppe. Unter ihrem Dach ist die strategische Führung aller globalen Aktivitäten der KWS Gruppe angesiedelt. Sie hat ihren Hauptsitz in Einbeck, Deutschland, und steuert die Züchtung des wesentlichen Sortenspektrums der KWS Gruppe. Sie betreibt Grundlagenforschung, die Vermehrung und den Vertrieb von Zuckerrüben- und Maissaatzgut und umfasst die zentralen Funktionen.

(B) Segment Mais

Das Segment Mais ist, gemessen am Umsatz, das größte Segment der KWS Gruppe. Es umfasst die Produktion und den Vertrieb von Saatgut für Mais, Sojabohnen, Sonnenblumen und Sorghum. Die operative Entwicklung ist weitgehend von der Frühjahrssaat auf der Nordhalbkugel geprägt. Somit werden die meisten Umsätze des Segments in der zweiten Hälfte des

Geschäftsjahres (Januar bis Juni) erwirtschaftet. Der kleinere Teil der Segmenterlöse wird in den ersten beiden Quartalen erzielt, vornehmlich durch Mais- und Sojasorten in Südamerika. KWS ist Marktführer im Bereich Silomais in Europa.

(C) Segment Zuckerrüben

Das Segment Zuckerrüben umfasst die Produktions- und Vertriebsaktivitäten für Zuckerrübensaatgut sowie die Entwicklung von diploiden Hybridkartoffeln. Die hochqualitativen Zuckerrübensorten gehören zu den leistungsstärksten der Branche, weswegen KWS mit einem weltweiten Marktanteil von 58 % deutlicher Marktführer für Zuckerrübensaatgut ist. Die Hauptabsatzmärkte sind Nordamerika – eine Region, in der ausschließlich gentechnisch veränderte, herbizidtolerante Zuckerrübensorten zum Einsatz kommen – sowie die EU, Russland und die Türkei, wo KWS mit konventionell gezüchteten, mehrfachresistenten Sorten ebenfalls eine sehr gute Marktstellung innehat. Die Aussaat der Zuckerrüben erfolgt im Frühjahr, sodass die Umsätze in diesem Segment größtenteils in der zweiten Hälfte (Januar bis Juni) unseres Geschäftsjahres erzielt werden.

(D) Segment Getreide

Zum Segment Getreide gehören unter anderem die Produktion und der Vertrieb von Saatgut für Roggen, Weizen, Gerste und Raps. Roggen hat dabei mit rund 35 % den größten Anteil an den Getreideerlösen, gefolgt von Raps, Weizen und Gerste (zusammen knapp 60 %). Die übrigen Erlöse erzielt die KWS Gruppe mit sonstigen Kulturarten wie beispielsweise Erbsen und Triticale. In den Kernmärkten für Getreidesaatgut (Deutschland, Polen, Großbritannien, Frankreich und Skandinavien) erfolgt die Aussaat durch die Landwirte überwiegend im Herbst. In diesem Segment erzielt KWS daher die wesentlichen Erlöse im ersten Halbjahr unseres Geschäftsjahres (Juli bis Dezember).

(E) Segment Corporate

Neben den operativen Produktsegmenten existiert mit Corporate ein Segment weitgehend ohne operative Tätigkeiten. Der vergleichsweise geringe Segmentumsatz ergibt sich aus den Erlösen unserer eigenen landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland. Da im Segment Corporate die Kosten für die administrativen Funktionen der KWS Gruppe sowie für die Grundlagenforschung abgebildet werden, fällt das Segmentergebnis regelmäßig negativ aus.

(F) Standort und Absatzmärkte

Neben der KWS SAAT SE existieren derzeit 70 Tochter- und Beteiligungsgesellschaften in 33 Ländern, wobei sich die Absatz-, Forschungs- und Züchtungsaktivitäten auf rund 70 Länder verteilen, größtenteils in der gemäßigten Klimazone.

(G) Produkte und Sortenberatung

Den Kunden bietet KWS eine breite Auswahl an Sorten landwirtschaftlicher Nutzpflanzen, die züchterisch speziell an standortspezifische Bedingungen angepasst wurden. Zu diesen Kulturarten gehören unter anderem Mais, Zuckerrüben, die Getreidearten Roggen, Weizen und Gerste, Ölfrüchte wie Sonnenblumen, Sojabohnen und Raps sowie Zwischenfrüchte. Die Sorten sind vorwiegend für Märkte der gemäßigten Klimazonen angepasst. Seit dem Markteintritt in Brasilien im Jahr 2012 gehören auch Mais- und Sojasorten für tropische Regionen zum Portfolio von KWS. Auch über den Verkauf von Saatgut hinaus stehen Außendienstmitarbeiter Landwirten für Fragen rund um die Sortenwahl und den Anbau zur Verfügung. Zudem bietet KWS eine digitale Fachberatung über den KWS CULTIVENT Farm Service mobil oder über [www.kws.de](http://www.kws.de) an.

(ii) Geschäftsstrategie

Die strategische Planung ist die Basis für die Weiterentwicklung der KWS Gruppe. Sie definiert strategische Ziele, Initiativen und Kernmaßnahmen sowohl für bestehende Aktivitäten als auch für mögliche neue Geschäftsfelder. Die Planung basiert auf einer langfristigen Sichtweise (zehn Jahre) und schließt die Analyse und Bewertung von Marktentwicklungen, Wettbewerbern und der Position der KWS Gruppe mit ein. Die strategische Planung wird regelmäßig rollierend durchgeführt. Als strategische Erfolgsfaktoren betrachtet KWS insbesondere die intensive Forschungsarbeit und die Züchtung neuer, ertragsstarker Sorten sowie den kontinuierlichen Ausbau der globalen Präsenz, um das Know-how in den regionalen Märkten mit ihren jeweiligen klimatischen Besonderheiten weiter zu stärken.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die mittel- und langfristigen Ziele der KWS Gruppe, einschließlich des Stands ihrer Umsetzung, und verweist auf diesbezügliche Erläuterungen im Geschäftsbericht.

Mittel- und langfristige Ziele der KWS Gruppe			
Ziele		Ziel inhaltlich unverändert?	Ziel erreicht?
Profitables Wachstum	<ul style="list-style-type: none"> <li>Steigerung des Gruppenumsatzes um durchschnittlich mindestens 5 % bis 10 % p. a.</li> </ul>	Ja	Nein
	<ul style="list-style-type: none"> <li>EBIT-Marge <math>\geq 10</math> %</li> </ul>	Ja	Ja
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ausbau des Sortenportfolios für neue Märkte</li> </ul>	Umformuliert	Ja
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ausschüttungsquote von 20 bis 25 % vom Jahresüberschuss der KWS Gruppe</li> </ul>	Ja	Ja
Innovation	<ul style="list-style-type: none"> <li>1 bis 2 % Ertragsfortschritt p. a. für unsere Kunden sowie Toleranz- und Resistenzentwicklungen</li> </ul>	Ja	Ja
	<ul style="list-style-type: none"> <li>F&amp;E-Quote von rund 17 % des Gruppenumsatzes</li> </ul>	Ja	Ja
Unabhängigkeit	<ul style="list-style-type: none"> <li>Erhaltung der familiengeprägten Kontrollstruktur</li> </ul>	Ja	Ja
Nachhaltigkeit	<ul style="list-style-type: none"> <li>Einbindung internationaler Tochtergesellschaften in die KWS Nachhaltigkeitsberichterstattung</li> </ul>	Ja	Ja

(iii) Geschäftsentwicklung

(A) KWS Gruppe

Die Konzernrechnungslegung der Gesellschaft erfolgt nach den Bestimmungen der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind.

Der Umsatz der KWS Gruppe erreichte im Berichtsjahr EUR 1.068,0 (1.075,2) Mio., was einem Rückgang von 0,7 % entspricht. Er unterlag im Berichtsjahr signifikanten Währungseffekten und einem weiterhin herausfordernden Marktumfeld mit niedrigen Erzeugerpreisen angesichts weltweit hoher Agrarrohstoffvorräte. Neben der Abwertung des US-Dollar und des brasilianischen Real wirkten sich auch der argentinische Peso und die türkische Lira negativ auf die Umsatzentwicklung aus. Bei konstanten Wechselkursen auf Basis des Vorjahres hätte der Umsatz EUR 1.113,4 Mio. betragen, was einem Umsatzzuwachs von 3,5 % entsprochen hätte. Umsatzzuwächse erzielte KWS in Europa (Mais-, Zuckerrüben-, Winterraps- und Getreidesaatgut) und Asien (Maissaatgut). Die Mais-Umsatzerlöse in Südamerika sanken neben den Währungseffekten durch eine temporär unzureichende Saatgutversorgung im Rahmen der geplanten Portfolioumstellung in Brasilien. Auch in Nordamerika ging der Umsatz mit Zuckerrübensaatgut im Wesentlichen währungsbedingt zurück. Die Herstellungskosten der KWS Gruppe sanken im Berichtsjahr deutlich auf EUR 446,1 (493,9) Mio., was einer Herstellungskostenquote von 41,8 (45,9) % entsprach. Der wesentliche Faktor dieser Entwicklung waren geringere Lizenzaufwendungen in den USA und höhere Umsatzanteile von Regionen mit vergleichsweise geringeren Herstellungskosten. Die trotz des stabilen Umsatzes umgesetzte Ausweitung der Forschungs- & Entwicklungsaufwendungen auf EUR 197,7 (190,3) Mio. führte zu einer F&E-Quote von 18,5 (17,7) %. Die Verwaltungskosten stiegen insbesondere durch den Optimierungsprozess der Organisationsstruktur auf EUR 95,8 (79,8) Mio. Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen sank um 73,0 % auf EUR 5,7 (21,1) Mio. Die Gründe für diese Entwicklung waren im Wesentlichen höhere Aufwendungen im Rahmen des Forderungsmanagements und positive Sondereffekte im Vorjahr, die sich nicht wiederholt haben. Insgesamt erzielte die KWS Gruppe im Geschäftsjahr 2017/2018 ein um 0,8 % gestiegenes EBIT in Höhe von EUR 132,6 (131,6) Mio. bei einer EBIT-Marge von 12,4 (12,2) %.

In der nachfolgenden Übersicht werden wesentliche Kennzahlen der KWS Gruppe für die zurückliegenden drei Geschäftsjahre dargestellt.

## KWS in Zahlen

KWS Gruppe (in Mio. €)	2017/2018	2016/2017	2015/2016
<b>Umsatz und Ergebnis</b>			
Umsatz	1068,0	1075,2	1036,8
EBIT	132,6	131,6	112,8
in % vom Umsatz (EBIT-Marge)	12,4	12,2	10,9
Finanzergebnis	5,4	16,6	14,8
Jahresüberschuss	99,7	97,7	85,3
<b>Weitere Kennzahlen zur Ertragslage</b>			
Forschungs- & Entwicklungsquote in %	18,5	17,7	17,6
<b>Finanz- und Vermögenslage</b>			
Investitionen	71,7	63,3	99,6
Abschreibungen	50,1	49,4	48,2
Eigenkapital	881,7	836,9	767,9
Eigenkapitalquote in %	58,1	56,0	53,5
Eigenkapitalrendite in %	13,3	13,1	11,9
Gesamtkapitalrendite in %	7,1	7,3	7,0
Nettoverschuldung <sup>1</sup>	37,4	48,5	87,9
Bilanzsumme	1517,7	1495,2	1436,6
Capital Employed (Ø) <sup>2</sup>	981,1	990,1	906,9
ROCE (Ø) in % <sup>3</sup>	13,8	13,3	12,4
Operativer Cashflow	98,1	122,4	125,9
<b>Mitarbeiter</b>			
Anzahl Mitarbeiter (Ø) <sup>4</sup>	5147,0	4937,0	4843,0
Personalaufwand	253,9	247,0	232,2
<b>Kennzahlen zur Aktie (in €)</b>			
Ergebnis je Aktie	15,08	14,78	12,92
Dividende je Aktie <sup>5</sup>	3,2	3,2	3,0

<sup>1</sup> = Kurzfristige & langfristige Finanzverbindlichkeiten – flüssige Mittel – Wertpapiere.

<sup>2</sup> = Summe des Capital Employed zum Quartalsende (immaterielle Vermögenswerte + Sachanlagen + Vorräte + Forderungen L&L – Verbindlichkeiten L&L) / 4

<sup>3</sup> = EBIT / Capital Employed (Ø)

<sup>4</sup> Durchschnittliche Mitarbeiterzahl im Berichtsjahr.

<sup>5</sup> Die Dividende für 2017/2018 ist noch vorbehaltlich der Zustimmung der ordentlichen Hauptversammlung im Dezember 2018.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Konzernabschlüsse und Konzernlageberichte der Gesellschaft für die betreffenden Geschäftsjahre verwiesen.

### (B) KWS SAAT SE

Die Umsatzerlöse der KWS SAAT SE erhöhten sich im Berichtsjahr 2017/2018 um 4,6 % auf EUR 532,0 (508,4) Mio. Dies lag im Rahmen unserer prognostizierten Erwartung eines leichten Umsatzanstiegs. Im Wesentlichen resultiert dieser Anstieg aus der positiven Entwicklung der Zuckerrübensaatguterlöse. Die Forschungs- & Entwicklungsaufwendungen, die in der KWS SAAT SE gebündelt werden, wurden auf EUR 173,8 (165,0) Mio. ausgeweitet. Die Vertriebskosten stiegen leicht auf EUR 65,0 (60,6) Mio. an. Ein Großteil der Verwaltungsaufwendungen der KWS Gruppe ist in der KWS SAAT SE angesiedelt – die allgemeinen Verwaltungskosten beliefen sich im Berichtsjahr auf EUR 69,6 (50,1) Mio. Ein Grund für den Anstieg sind gestiegene Beratungs- und Personalkosten im Zuge der Optimierungsprozesse der Organisationsstruktur. Der Saldo aus

den sonstigen betrieblichen Erträgen und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen beläuft sich in erster Linie aufgrund von niedrigeren Währungsumrechnungserträgen und höheren Wertberichtigungen auf Forderungen auf EUR –2,3 (11,0) Mio. Insgesamt belief sich das Betriebsergebnis der KWS SAAT SE somit auf EUR –12,1 (23,4) Mio. und verringerte sich damit wie von uns prognostiziert deutlich. Das Finanzergebnis setzt sich aus dem Beteiligungsergebnis von 11 Gesellschaften und dem Zinsergebnis zusammen. Das Beteiligungsergebnis stieg um EUR 9,3 Mio. auf EUR 39,2 (29,9) Mio. an. Die durch Gewinnabführungsverträge abgeführten Gewinne betragen im Geschäftsjahr 2017/2018 EUR 14,0 (17,8) Mio. Das Zinsergebnis ist mit EUR 4,2 (4,2) Mio. auf Vorjahresniveau. Unter Berücksichtigung des Steueraufwands ergab sich ein Jahresüberschuss von EUR 22,1 (34,6) Mio.

Die Bilanzsumme der KWS SAAT SE stieg im Geschäftsjahr 2017/2018 um EUR 25,8 Mio. auf EUR 935,5 (909,7) Mio. Das Anlagevermögen beträgt zum Abschlussstichtag EUR 525,8 (498,7) Mio. und repräsentiert somit 56,2 % der Bilanzsumme. Der Anstieg resultiert insbesondere aus den Sachanlagen sowie den Finanzanlagen. Im Berichtsjahr wurde unter anderem eine neue Lagerhalle am Standort Einbeck fertiggestellt und mit dem Bau eines Maschinenhauses für eine Produktionsanlage begonnen. Die Reduzierung des Umlaufvermögens folgte aus der Abnahme der Vorräte auf EUR 68,5 (71,9) Mio. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände blieben mit EUR 213,4 (211,4) Mio. auf Vorjahresniveau. Das Eigenkapital der KWS SAAT SE erhöhte sich um EUR 0,3 Mio. auf EUR 282,3 (281,3) Mio. Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 30,1 (30,9) %. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sind vornehmlich durch Finanzierungstätigkeiten auf EUR 319,7 (266,8) Mio. gestiegen. Insgesamt beliefen sich die Verbindlichkeiten der KWS SAAT SE zum Bilanzstichtag auf EUR 508,6 (495,3) Mio.

Im Durchschnitt waren im Berichtsjahr 1.484 (1.434) Mitarbeiter bei der KWS SAAT SE beschäftigt, davon 109 (114) Auszubildende, Trainees und Praktikanten.

In der nachfolgenden Übersicht werden wesentliche Kennzahlen der KWS SAAT SE für die drei zurückliegenden Geschäftsjahre dargestellt.

<b>Kennzahlen KWS SAAT SE (HGB)</b>			
<b>in Mio. EUR</b>	<b>2017/2018</b>	<b>2016/2017</b>	<b>2015/2016</b>
<b>Umsatzerlöse</b>	532,0	508,4	458,0
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	22,9	49,0	103,8
<b>Jahresüberschuss</b>	22,1	34,6	100,8

<b>Bilanzgewinn</b>	22,2	21,2	100,8
<b>Eigenkapital</b>	282,3	281,3	266,4
<b>Eigenkapitalquote (in %)</b>	30,1	30,9	30,1
<b>Fremdkapital</b>	649,9	624,5	614,2
<b>Bilanzsumme</b>	935,5	909,7	885,2

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Jahresabschlüsse und Lageberichte der KWS SAAT SE für die betreffenden Geschäftsjahre verwiesen.

(iv) Weitere Angaben

Weitere Angaben zur Geschäftstätigkeit der KWS Gruppe, einschließlich ihrer Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sowie der für sie relevanten Chancen und Risiken finden sich in den veröffentlichten Geschäftsberichten 2015/2016, 2016/2017 und 2017/2018 sowie den künftig zu veröffentlichenden Quartalsmitteilungen, Halbjahresfinanzberichten und Geschäftsberichten der KWS Gruppe, die durch Verweis in diesen Bericht einbezogen sind. Sämtliche vorgenannten Finanzberichte sind kostenfrei zugänglich und erhältlich auf der Internetseite der Gesellschaft (<https://www.kws.de/unternehmen/investor-relations/finanzberichte/>).

(d) Organe der KWS SAAT SE (vor dem Formwechsel)

(i) Überblick

Die KWS SAAT SE verfügt über ein dualistisches Leitungs- und Aufsichtssystem mit dem Vorstand als Leitungsorgan und dem Aufsichtsrat als Aufsichtsorgan. Weiteres Organ ist die Hauptversammlung. Die Kompetenzen dieser Organe sind in der Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE) – SE-Verordnung (**SE-VO**) vom 8. Oktober, dem Gesetz zur Ausführung der Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE) – SE-Ausführungsgesetz (**SEAG**), im Aktiengesetz (**AktG**) und der Satzung der KWS SAAT SE näher geregelt.

(ii) Vorstand

Der Vorstand leitet die Gesellschaft in eigener Verantwortung und vertritt die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich.

Der Vorstand besteht gemäß § 6 der Satzung der KWS SAAT SE aus mindestens zwei Personen. Der Aufsichtsrat bestimmt die Zahl der Vorstandsmitglieder und bestellt die Mitglieder des Vorstands.

Die Gesellschaft wird gemäß § 7 der Satzung der KWS SAAT SE gemeinschaftlich durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

(iii) Mitglieder des Vorstands

(A) Überblick

Mitglieder des Vorstands der KWS SAAT SE sind derzeit:

Name	Position / Zuständigkeit	Jahr der erstmaligen Bestellung	Aufsichtsratsmandate / Mitgliedschaften in sonstigen Kontrollgremien
Dr. Léon Broers	Ressort Forschung und Züchtung	2007	Keine
Dr. Hagen Duenbostel	Ressorts Mais, Corporate Business Development und Communications sowie Compliance; Sprecher des Vorstands	2003	Hero AG, Lenzburg (Schweiz): Mitglied des Verwaltungsrats, des Finance and Audit Committee und des Human Resources Committee.
Dr. Peter Hofmann	Ressorts Zuckerrüben, Getreide und Marketing	2014	Keine
Eva Kienle	Ressorts Finanzen, Controlling, Global Services, Recht, IT und Personal	2013	Keine

(B) Dr. Léon Broers, Ressort Forschung und Züchtung

Dr. Léon Broers, geboren 1960, ist niederländischer Staatsbürger. Er studierte Pflanzenzüchtung an der Universität in Wageningen, Niederlande, und spezialisierte sich anschließend auf die Züchtung von Getreidearten. 1989 promovierte er auf dem Gebiet der Resistenzzüchtung in Weizen und arbeitete in Mexiko am Centro Internacional de Mejoramiento de Maíz y Trigo (CIMMYT). Als wissenschaftlicher Mitarbeiter war er an Forschungsprogrammen in Südamerika und Afrika im Bereich der Resistenzzüchtung verschiedener Getreidearten beteiligt. 1995 stieg er bei Lochow Petkus in Allones, Frankreich, ein und verantwortete dort als Stationsleiter die Weizenzüchtung. 1997 wechselte Dr. Léon Broers als Leiter der Züchtungsabteilung (Head of Breeding EuMEA) zum holländischen Gemüsezüchter Nunhems, wo er bis 2006 europäische Züchtungsprogramme für verschiedene Kulturarten leitete. Von 2001 bis 2003 absolvierte er ein berufsbegleitendes MBA-Studium. Seit 2007 ist Dr. Léon Broers Mitglied des Vorstands der KWS SAAT AG bzw. SE und leitet in dieser Funktion das Ressort Forschung und Züchtung.

(C) Dr. Hagen Duenbostel, Ressorts Mais, Corporate Business Development und Communications sowie Compliance, Sprecher des Vorstands

Dr. Hagen Duenbostel, geboren 1970, deutscher Staatsbürger, erlangte 1995 einen Abschluss als Diplom-Kaufmann an den Universitäten Regensburg und Passau. Seinen beruflichen Werdegang begann Dr. Hagen Duenbostel 1995 bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG in Hannover bevor er 1998 die Leitung eines neu gegründeten Tochterunternehmens der KWS SAAT AG übernahm. Seine akademische Ausbildung schloss Dr. Hagen Duenbostel 1998 mit

einer Promotion zum Dr. rer. pol. an der Universität Göttingen sowie der Harvard Business School ab. Seit 2003 gehört Dr. Hagen Duenbostel dem Vorstand der KWS SAAT SE an. Von 2005 bis 2009 engagierte er sich zudem für den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Seit 2015 ist Dr. Hagen Duenbostel Vorstandssprecher der KWS SAAT SE und verantwortlich für die Ressorts Mais, Corporate Business Development und Communications sowie Compliance. Neben seiner Tätigkeit im Vorstand der KWS ist Dr. Hagen Duenbostel auch Mitglied des Verwaltungsrats der Hero AG, Lenzburg (Schweiz), und gehört dort dem Finance and Audit Committee und dem Human Resources Committee an.

(D) Dr. Peter Hofmann, Ressorts Zuckerrüben, Getreide und Marketing

Dr. Peter Hofmann, geboren 1960, deutscher Staatsbürger, studierte an der Hochschule Stuttgart-Hohenheim Agrarwissenschaften und Phytomedizin und promovierte auf dem Gebiet der Saatgutphysiologie. Seinen beruflichen Werdegang begann Dr. Peter Hofmann 1993 bei F. Hoffmann-La Roche in der Schweiz im Business Development der Geschäftseinheit Vitamins und Fine Chemicals. 1994 kam Dr. Peter Hofmann zur KWS Gruppe nach Einbeck wo er bis 2004 zunächst den Vertrieb für Zuckerrüben in Nordeuropa, Nordamerika und Asien leitete und sodann den Gesamtvertrieb übernahm. Ab 2005 hatte Dr. Peter Hofmann die Leitung des Segmentes Zuckerrüben inne bevor er 2014 in den Vorstand berufen wurde, wo er seitdem die Ressorts Zuckerrüben, Getreide und Marketing verantwortet.

(E) Eva Kienle, Ressorts Finanzen, Controlling, Global Services, Recht, IT und Personal

Eva Kienle, geboren 1967, deutsche Staatsbürgerin, absolvierte eine Ausbildung zur Bankkauffrau und studierte Betriebswirtschaft an den Universitäten Reims, Frankreich, und Reutlingen mit Schwerpunkten in den Fachrichtungen Controlling und internationales Finanzwesen. Ihre berufliche Karriere begann Eva Kienle 1992 bei der Unilever-Gruppe wo sie an den Standorten Hamburg, Bremen und in der Schweiz bis 2000 verschiedene Leitungsfunktionen innehatte. Zwischen 2000 und 2004 war Eva Kienle Geschäftsführerin einer Shared Service Gesellschaft in Berlin. Ab 2004 leitete Eva Kienle sodann den Bereich Finanzen bei Wal-Mart Germany in Wuppertal bevor sie 2010 als CFO zur amedes Holding AG, einem der führenden Unternehmen von medizinischen Diagnostikleistungen in Deutschland und Belgien, wechselte. Seit 2013 ist Eva Kienle nunmehr Vorstandsmitglied der KWS SAAT AG bzw. SE und verantwortet als solche die Ressorts Finanzen, Controlling, Global Services, Recht und IT. Seit 2014 hat Eva Kienle hierzu auch noch das Ressort Personal übernommen.

(F) Dr. Gunnar Felix Büchting, Bestellt mit Wirkung zum 1. Januar 2019

Der Aufsichtsrat hat am 23. Oktober 2018 Dr. Gunnar Felix Büchting mit Wirkung zum 1. Januar 2019 zum Mitglied des Vorstands der KWS SAAT SE bestellt.

Dr. Gunnar Felix Büchting, geboren 1974, deutscher Staatsbürger, studierte an der Universität Hohenheim/Stuttgart Agrarbiologie und erwarb einen Ph. D. in Crop Science an der Oregon State University, Corvallis, Oregon, USA. Seine berufliche Karriere begann er 2005 bei der KWS Mais France bevor er von 2007 bis 2010 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Strategiegruppe beim Projektträger Jülich arbeitete. Zwischen 2010 und 2015 war Dr. Gunnar Felix Büchting zunächst bei der

Symrise BioActives GmbH, Hamburg, und sodann bei der Symrise AG, Holzminden, tätig. Seit 2015 begleitet er leitende Funktionen bei der KWS Lochow GmbH, Bergen. Er ist zudem Vorstand in der AKB Stiftung, der Zukunftsstiftung Jugend, Umwelt und Kultur sowie dem Verein der Freunde des Sprengel Museum Hannover e. V.

(iv) Der Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstands und berät und überwacht den Vorstand bei der Leitung der Gesellschaft. Er darf, abgesehen von der Vertretung der Gesellschaft gegenüber den Vorstandsmitgliedern, grundsätzlich keine Geschäftsführungsfunktionen ausüben. In der Satzung der KWS SAAT SE ist allerdings ein Katalog an Geschäften enthalten, zu deren Vornahme der Vorstand der KWS SAAT SE der Zustimmung des Aufsichtsrates bedarf.

Der Aufsichtsrat der KWS SAAT SE setzt sich derzeit gemäß Art. 40 Abs. 2, Abs. 3 SE-VO, § 17 SEAG, § 21 Abs. 3 SE-Beteiligungsgesetz (**SEBG**), § 11 Abs. 2 der Vereinbarung über die Beteiligung der Arbeitnehmer bei der KWS SAAT SE vom 16. März 2015 (Beteiligungsvereinbarung) und § 8 der Satzung der KWS SAAT SE aus sechs Mitgliedern zusammen, und zwar aus vier Anteilseignervertretern und zwei Arbeitnehmervertretern. Die Arbeitnehmervertreter werden gemäß §§ 12(a), 15 ff. der Beteiligungsvereinbarung und § 8 Abs. 2 der Satzung der KWS SAAT SE durch alle in der Europäischen Union (EU) und in den sonstigen jeweiligen Vertragsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums, in denen die SE-VO und die Richtlinie 2001/86/EG („SE-RL“) gelten, beschäftigten KWS Arbeitnehmer (i.S.d. Beteiligungsvereinbarung) in freier, geheimer und direkter Urwahl gewählt.

Bei kapitalmarktorientierten Gesellschaften im Sinne des § 264d HGB, zu denen die KWS SAAT SE wegen der Börsenzulassung ihrer Aktien am regulierten Markt gehört, muss dem Aufsichtsrat gemäß § 100 Abs. 5 AktG mindestens ein unabhängiges Mitglied mit Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung angehören.

Die genannten Anforderungen an Unabhängigkeit und Sachverstand werden nach Feststellungen des Aufsichtsrats unter anderem von Viktor W. Balli und Cathrina Claas-Mühlhäuser erfüllt.

Gemäß der Vorgabe in Ziffer 5.6 des Deutschen Corporate Governance Kodex vom 7. Februar 2017 hat sich der Aufsichtsrat im laufenden Geschäftsjahr in einer Sitzung im Wege einer offenen Diskussion im Plenum mit seiner Effizienz befasst und die Arbeitsabläufe im Aufsichtsrat überprüft. Die vom Aufsichtsrat vorgenommene Prüfung hat ergeben, dass der Aufsichtsrat effizient organisiert ist und gut mit dem Vorstand zusammenwirkt.

(v) Mitglieder des Aufsichtsrats

(A) Überblick

Derzeit gehören folgende Personen dem Aufsichtsrat der KWS SAAT SE an:

Name (Ausgeübter Beruf)	Position	Mitglied seit	Weitere Aufsichtsratsmandate / Mitgliedschaften in sonstigen Kontrollgremien
Dr. Drs. h.c. Andreas J. Büchting (Agrarbiologe, Vorsitzender des Aufsichtsrats der KWS SAAT SE),	Vorsitzender	2007	KWS SE, München (Vorsitzender des Aufsichtsrats)
Dr. Marie Th. Schnell (Kommunikationswissenschaftlerin)	Stellv. Vorsitzende	2016	KWS SE, München (stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats) DR. SCHNELL GmbH & Co. KGaA, München (stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats)
Victor W. Balli (Chemieingenieur, Mitglied des Verwaltungsrats der Givaudan SA, Vernier, Schweiz)	Mitglied	2017	KWS SE, München (Mitglied des Aufsichtsrats) Givaudan SA, Vernier, Schweiz (Mitglied des Verwaltungsrats) CEVA Logistics AG, Baar , Schweiz (Mitglied des Verwaltungsrats) Louis Dreyfus Company Holdings B.V., Rotterdam, Niederlande (Mitglied des Supervisory Board)
Cathrina Claas-Mühlhäuser (Kauffrau, Vorsitzende des Aufsichtsrats der CLAAS KGaA mbH)	Mitglied	2007	KWS SE, München (bereits zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt – Amtsbeginn mit Wirksamwerden der von der Hauptversammlung der KWS SE am 23. Oktober 2018 beschlossenen Neufassung der Satzung der KWS SE)) CLAAS KGaA mbH, Harsewinkel (Vorsitzende des Aufsichtsrats und stellvertretende Vorsitzende des Gesellschafterausschusses)
Jürgen Bolduan* (Saatzuchtangestellter), Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der KWS SAAT SE	Mitglied	2007	Keine
Christine Coenen* (Dolmetscherin), Vorsitzende der europäischen Arbeitnehmervertretung)	Mitglied	2017	Keine

\* Arbeitnehmervertreter

Die Mandate der Aufsichtsratsmitglieder enden mit Ablauf der Hauptversammlung die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2021/2022 entscheidet, d.h. voraussichtlich im Jahr 2022, sofern sie nicht bereits mit dem Wirksamwerden des Formwechsels kraft Gesetzes enden.

(B) Dr. Drs. h.c. Andreas J. Büchting, Vorsitzender

Andreas J. Büchting, geboren 1946, deutscher Staatsbürger, studierte von 1968 bis 1973 Agrarbiologie und Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten von Stuttgart-Hohenheim, Ithaca/N.Y. und Berlin. Mit der Promotion über Selektionsverfahren bei Mais schloss er als Dr. sc. agr. und Dipl. Agrarbiologe seine wissenschaftliche Ausbildung ab. 1975 trat er in die KWS ein und bekleidete verschiedene Positionen, bis er 1978 in den Vorstand bestellt wurde, in dem er später die Funktion des Sprechers (in der sechsten Generation) übernahm. Im Dezember 2007 wechselte Andreas J. Büchting in den Aufsichtsrat der Gesellschaft. Seither steht er diesem Gremium vor. Seine besonderen Interessen liegen auf den Gebieten Evolution, Ökologie und Musik.

(C) Dr. Marie Th. Schnell, Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Marie Th. Schnell, geboren 1976, deutsche Staatsbürgerin, hat nach dem Abitur Kommunikationswissenschaften in Salzburg und Göteborg studiert und in Zürich mit der Promotion im Jahr 2007 ihre universitäre Ausbildung abgeschlossen. Berufliche Erfahrungen sammelte sie als Vorstandsreferentin in einem großen digitalen Verlagshaus sowie im Rahmen eines Trainee-Programms in der Lebensmittelindustrie in Spanien. Zusätzlich zu ihrer internationalen Tätigkeit konnte sie vielfältige Erfahrungen in den Unternehmen der Arend Oetker Gruppe sammeln, nicht nur in den Bereichen Landwirtschaft, Handel und Nahrungsmittel, sondern auch in verschiedenen Gesellschafterorganen. Ferner ist sie stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats der DR. SCHNELL GmbH & Co. KGaA, München.

(D) Victor W. Balli, Mitglied

Victor W. Balli, geboren 1957, ist Schweizer Staatsbürger. Von 1976 bis 1981 studierte er an der ETH Zürich Chemie und schloss seinen ersten Studiengang als Diplomchemiker ab. Nach einem Aufbaustudium an der Universität St. Gallen erwarb er 1984 einen Master of Economics. Parallel arbeitete er als Chemielehrer an einem Gymnasium, bevor er 1985 als Finanzanalyst und Business Development Manager in die private Wirtschaft wechselte. Seither bekleidete Victor W. Balli in verschiedenen international tätigen Unternehmen führende Funktionen, insbesondere die eines CFO. Seine beruflichen Stationen führten ihn nach Mailand, Princeton und New York.

Von 2007 bis 2018 war Victor W. Balli Finanzvorstand des weltweit tätigen Kakao- und Schokoladenproduzenten, der Barry Callebaut AG. Das an der Schweizer Börse notierte Unternehmen beschäftigt 9.500 Mitarbeiter in 28 Ländern. Seine Expertise als Finanzexperte bringt Victor W. Balli auch als Mitglied des Audit und Compensation Committee im Verwaltungsrat der Givaudan SA, einem führenden Hersteller von Aromen und Duftstoffen, ein. Ferner ist er Mitglied im Verwaltungsrat und Vorsitzender des Audit Committee der CEVA Logistics AG in der Schweiz sowie Mitglied im Aufsichtsrat und im Audit Committee der Louis Dreyfus Company Holding B.V. in den Niederlanden.

(E) Cathrina Claas-Mühlhäuser, Mitglied

Cathrina Claas-Mühlhäuser, geboren 1975, deutsche Staatsbürgerin, hat nach einer Ausbildung zur Industriekauffrau an der Schweizer Universität St. Gallen

Betriebswirtschaftslehre studiert. Nach ihrem Studienabschluss als Master of Business Administration war sie in der Schweiz und in Chile für den internationalen Technologiekonzern ABB tätig. Seit 2004 ist Cathrina Claas-Mühlhäuser stellvertretende Vorsitzende des CLAAS Gesellschafterausschusses, seit 2010 hat sie zudem den Vorsitz im Aufsichtsrat der CLAAS KGaA mbH inne.

Zu den externen Mandaten zählt seit Dezember 2007 ein Sitz im Aufsichtsrat der KWS SAAT SE. Darüber hinaus ist sie Mitglied im Zentralen Beirat der Commerzbank, im Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft sowie im Vorstand des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft.

Im Mai 2018 hat Cathrina Claas-Mühlhäuser die Ehrendoktorwürde der Harper Adams University in Großbritannien verliehen bekommen.

(F) Jürgen Bolduan, Mitglied

Jürgen Bolduan, geboren 1966, ist Saatzuchtangestellter und seit 1988 bei KWS angestellt. Er ist Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der KWS SAAT SE und seit 2007 als Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Gesellschaft.

(G) Christine Coenen, Mitglied

Christine Coenen, geboren 1960, ist Dolmetscherin und seit 1988 bei der KWS angestellt. Sie ist Vorsitzende des als EUROPEAN EMPLOYEE COMMITTEE bezeichneten SE-Betriebsrats der KWS SAAT SE und seit 2017 als Arbeitnehmervertreterin im Aufsichtsrat der Gesellschaft.

(vi) Ausschüsse des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat der KWS SAAT SE hat folgende Ausschüsse gebildet:

Ausschuss	Vorsitzender	Weitere Mitglieder
Prüfungsausschuss	Victor W. Balli	Dr. Drs. h.c. Andreas J. Büchting Jürgen Bolduan
Präsidialausschuss	Dr. Drs. h.c. Andreas J. Büchting	Marie Th. Schnell Cathrina Claas-Mühlhäuser
Nominierungsausschuss	Marie Th. Schnell	Dr. Drs. h.c. Andreas J. Büchting Cathrina Claas-Mühlhäuser

(e) Organe der KWS SAAT SE & Co. KGaA (nach dem Formwechsel und der grenzüberschreitenden Verschmelzung)

(i) Überblick

Nach dem Wirksamwerden des Formwechsels sind zwingende Organe der KWS SAAT SE & Co. KGaA die persönlich haftende Gesellschafterin als Geschäftsführungsorgan, der Aufsichtsrat als Aufsichtsorgan und die Hauptversammlung als Vertretungsorgan der Kommanditaktionäre. Weitere Organe sollen in der KWS SAAT SE & Co. KGaA nicht bestehen.

(ii) Persönlich haftende Gesellschafterin

Im Zuge des Formwechsels der KWS SAAT SE in die KWS SAAT SE & Co. KGaA wird der Gesellschaft die KWS SE als alleinige persönlich haftende Gesellschafterin beitreten. Diese persönlich haftende Gesellschafterin wird keine Kapitaleinlage leisten und daher weder am Vermögen noch am Gewinn oder Verlust der Gesellschaft beteiligt sein.

Die persönlich haftende Gesellschafterin wurde am 23. Juli 2018 (als sogenannte Vorratsgesellschaft) unter der Firma Atrium 137. Europäische VV SE gegründet und am 25. Juli 2018 im Handelsregister des Amtsgerichts München unter HRB 242486 mit einem Grundkapital von EUR 120.000,00, eingeteilt in 120.000 auf den Namen lautende Stückaktien eingetragen. Mit Kauf- und Übertragungsvertrag vom 25./26. September 2018 haben die Büchting Beteiligungsgesellschaft mbH (nachfolgend **BBG**), deren sämtliche Gesellschafter unmittelbar oder mittelbar an der KWS SAAT SE beteiligte Familiengeschafter der Familie Büchting sind, und die RETOKE Management GmbH (nachfolgend **RETOKE**), deren sämtliche Gesellschafter unmittelbar oder mittelbar an der KWS SAAT SE beteiligte Familiengeschafter der Familie Oetker sind, sämtliche Anteile an der Atrium 137. Europäische VV SE erworben. Dabei wurden von den zu diesem Zeitpunkt 120.000 Stückaktien an der Atrium 137. Europäische VV SE jeweils 60.000 Stückaktien von der BBG und der RETOKE erworben. Am 28. September 2018 haben BBG und RETOKE eine Hauptversammlung der Atrium 137. Europäische VV SE abgehalten, auf der die Änderung der Firma in „KWS SE“ und die Änderung des Unternehmensgegenstands sowie die Erhöhung des Grundkapitals von EUR 120.000,00 um EUR 480.000,00 auf EUR 600.000,00 durch Ausgabe von jeweils 240.000 neuen auf den Namen lautenden Stückaktien an BBG und RETOKE gegen Bareinlagen beschlossen wurde. Diese Satzungsänderungen sowie die Durchführung der Kapitalerhöhung wurden am 10. Oktober 2018 in das Handelsregister eingetragen und damit wirksam. Mit Kauf- und Übertragungsverträgen vom 23. Oktober 2018 haben die BBG und die RETOKE jeweils 60.000 Stückaktien an der KWS SE an die Husabe Verwaltungs GmbH verkauft und übertragen. Alleingeschafter der Husabe Verwaltungs GmbH ist Hubertus von Baumbach, der der KWS Gruppe als ehemaliges Aufsichtsratsmitglied der Gesellschaft eng verbunden ist, jedoch weder zur Familie Büchting noch zur Familie Oetker gehört. Seitdem sind die Anteilsverhältnisse an der KWS SE wie folgt: Die BBG und die RETOKE halten jeweils 40 % und die Husabe Verwaltungs GmbH hält 20 % der Aktien und der Stimmrechte an der KWS SE.

Am 23. Oktober 2018 haben BBG, RETOKE und Husabe Verwaltungs GmbH eine Hauptversammlung der KWS SE abgehalten, auf der die Neufassung der Satzung der KWS SE beschlossen wurde, sodass sie mit Wirksamwerden dieser Neufassung den u.a. im Folgenden beschriebenen Inhalt hat. Diese Neufassung der Satzung wird zeitnah zum Handelsregister angemeldet werden und voraussichtlich noch vor der ordentlichen Hauptversammlung der KWS SAAT SE am 14. Dezember 2018 wirksam werden.

Einzigster Unternehmensgegenstand der KWS SE ist die Beteiligung an der KWS SAAT SE & Co. KGaA als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Führung der Geschäfte der KWS SAAT SE & Co. KGaA. Dabei ist die KWS SE zu allen Maßnahmen berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens der KWS SAAT SE & Co. KGaA zusammenhängen oder geeignet sind, den Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar zu fördern. Dementsprechend wird die KWS SE nicht außerhalb ihrer Rolle als persönlich haftende Gesellschafterin der KWS SAAT SE & Co. KGaA tätig.

Gemäß § 7 der Satzung der KWS SAAT SE & Co. KGaA umfasst die Geschäftsführungsbefugnis der persönlich haftenden Gesellschafterin auch außergewöhnliche Geschäftsführungsmaßnahmen. Das Zustimmungsrecht der Aktionäre in der Hauptversammlung zu außergewöhnlichen Geschäftsführungsmaßnahmen ist ausgeschlossen. § 164 Satz 1 Halbsatz 2 HGB und § 111 Abs. 4 Satz 2 AktG finden auf die Führung der Geschäfte keine Anwendung.

Das Verhältnis zwischen den Gesellschaftsorganen innerhalb der KWS SE ist entsprechend der bestehenden Regelung bei der KWS SAAT SE ausgestaltet. Die Rechtsgeschäfte, die der Zustimmung des Aufsichtsrats der KWS SAAT SE bedürfen, bedürfen auch in der KWS SE der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Auch die Vertretungsbefugnis des Vorstands der KWS SE entspricht der bisherigen Regelung bei der KWS SAAT SE. Der Vorstand der KWS SE besteht gemäß § 6 der Satzung der KWS SE aus mindestens zwei Personen. Der Aufsichtsrat bestimmt die Zahl der Vorstandsmitglieder und bestellt die Mitglieder des Vorstands. Gemäß § 7 der Satzung der KWS SE wird die KWS SE gemeinschaftlich durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Die bisherigen Vorstandsmitglieder der KWS SAAT SE sind bereits Vorstandsmitglieder der KWS SE und werden in dieser Funktion weiterhin die Geschäfte der KWS SAAT SE & Co. KGaA leiten.

Mitglieder des Vorstands der KWS SE sind Dr. Léon Broers, Dr. Hagen Duenbostel, Dr. Peter Hofmann und Eva Kienle. Weiterhin wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2019 Dr. Gunnar Felix Büchting zum Mitglied des Vorstands der KWS SE bestellt.

Die Aktionärsvertreter im Aufsichtsrat der KWS SAAT SE werden auch dem Aufsichtsrat der KWS SE angehören. Zu Mitgliedern des Aufsichtsrats sind mit Beschluss der Hauptversammlung der KWS SE vom 23. Oktober 2018 Dr. Drs. h.c. Andreas J. Büchting, Dr. Marie Th. Schnell, Victor W. Balli und Cathrina Claas-Mühlhäuser gewählt worden.

(iii) Der Aufsichtsrat

Nach dem Wirksamwerden des Formwechsels überwacht der Aufsichtsrat der KWS SAAT SE & Co. KGaA die Geschäftsführung durch die persönlich haftende Gesellschafterin. Der Aufsichtsrat kann jedoch nicht die persönlich haftende Gesellschafterin oder deren Organe bestellen. Er darf, abgesehen von der Vertretung der Gesellschaft gegenüber der persönlich haftenden Gesellschafterin, grundsätzlich keine Geschäftsführungsfunktionen ausüben. Ein Zustimmungsvorbehalt für einzelne Geschäftsführungsmaßnahmen der persönlich haftenden Gesellschafterin besteht nicht. Ebenso ist es dem Aufsichtsrat nicht möglich, eine Geschäftsordnung für die persönlich haftende Gesellschafterin erlassen.

Mit dem Wirksamwerden des Formwechsels besteht der Aufsichtsrat der KWS SAAT SE & Co. KGaA gemäß § 8 der dann geltenden Satzung der KWS SAAT SE & Co. KGaA aus insgesamt sechs Mitgliedern und setzt sich aus vier von der Hauptversammlung ohne Bindung an Wahlvorschläge gewählten Mitgliedern (Anteilseignervertreter) und zwei von den Arbeitnehmern zu wählenden Mitgliedern (Arbeitnehmersvertreter) zusammen. Da zeitgleich mit dem Formwechsel die Verschmelzung wirksam werden soll, richtet sich die Mitbestimmung der

Arbeitnehmer im Aufsichtsrat nach den Vorschriften des MgVG (vgl. § 3.f (f) und § 5.7 dieses Verschmelzungsberichts).

Da die Amtszeit der bisherigen Aufsichtsratsmitglieder mit Wirksamwerden des Formwechsels kraft Gesetz endet, müssen alle Aufsichtsratsmitglieder der KWS SAAT SE & Co. KGaA neu bestellt werden.

Die Wahl der Aktionärsvertreter ist als Tagesordnungspunkt 9 an der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft am 14. Dezember 2018 vorgesehen.

Die derzeitigen Aktionärsvertreter im Aufsichtsrat der KWS SAAT SE (Herr Dr. Dres. h.c. Andreas J. Büchting, Frau Dr. Marie Theres Schnell, Frau Cathrina Claas-Mühlhäuser und Herr Victor W. Balli) sollen nach Wirksamwerden des Formwechsels auch Mitglieder des Aufsichtsrats der KWS SAAT SE & Co. KGaA werden.

Wegen der Verschmelzung, die zeitgleich mit dem Formwechsel wirksam werden soll, wird die Wahl der Arbeitnehmervertreter aufgrund der Entscheidung des Vorstands der KWS SAAT SE und der Leitung der KWS Services West S.L.U. vom 24. Oktober 2018 nach den Vorschriften der gesetzlichen Auffanglösung des MgVG (§§ 25 f. MgVG) erfolgen, wenn nicht eine schriftliche Vereinbarung (i.S.d. § 22 MgVG) über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat der künftigen KWS SAAT SE & Co. KGaA zwischen den Leitungen der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften und dem besonderen Verhandlungsgremium der Arbeitnehmer abgeschlossen wird. In letzterem Fall richtete sich die Wahl der Arbeitnehmervertreter nach dieser Vereinbarung (siehe hierzu Abschnitt 3.2(g) und 5.2(b)).

Bei kapitalmarktorientierten Gesellschaften im Sinne des § 264d HGB, zu denen die KWS SAAT SE & Co. KGaA wegen der Börsenzulassung ihrer Aktien am regulierten Markt gehören wird, muss dem Aufsichtsrat gemäß § 100 Abs. 5 AktG mindestens ein unabhängiges Mitglied mit Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung angehören. Die genannten Anforderungen an Unabhängigkeit und Sachverstand werden nach ihrer Wahl zum Aufsichtsrat unter anderem von Viktor W. Balli und Cathrina Claas-Mühlhäuser erfüllt.

Die Mandate der Aufsichtsratsmitglieder der KWS SAAT SE & Co. KGaA werden mit Ablauf der Hauptversammlung enden, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2021/2022 beschließt, d.h. voraussichtlich im Jahr 2022.

(f) Kapitalverhältnisse

(i) Gegenwärtiger Stand

Das Grundkapital der KWS SAAT SE beträgt gegenwärtig EUR 19.800.000,00. Es ist eingeteilt in insgesamt 6.600.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien. Es bestehen bei der KWS SAAT SE keine Aktien unterschiedlicher Gattung.

Die auf den Inhaber lautenden Stückaktien der KWS SAAT SE sind zum Börsenhandel im Regulierten Markt der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen mit gleichzeitiger Zulassung im Teilbereich des Regulierten Markts Frankfurter Wertpapierbörse mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard). Sie sind außerdem zum regulierten Markt der Börse Hannover zugelassen.

Sie sind ferner an den Börsen Berlin, Düsseldorf, Hamburg, München und Stuttgart notiert und über die elektronische Handelsplattform XETRA der Deutsche Börse AG handelbar.

Die Internationalen Wertpapier-Identifikationsnummern (ISIN) und die deutsche Wertpapierkennnummern (WKN) der auf den Inhaber lautenden Stückaktien der KWS SAAT SE lauten:

ISIN: DE0007074007

WKN: 707400

Die KWS-Aktien sind globalverbrieft. Die vorhandene Globalurkunde wird mit Umwandlung der KWS SAAT SE in eine KWS SAAT SE & Co. KGaA unrichtig. Die globalverbrieften Anteile sollen in einer neuen, von der KWS SAAT SE & Co. KGaA ausgestellten Globalurkunde verbrieft werden.

Die KWS SAAT SE verfügt weder über ein genehmigtes Kapital noch über ein bedingtes Kapital. Ebenso wenig besteht eine Ermächtigung des Vorstands zum Rückerwerb oder zur Veräußerung oder Einziehung eigener Aktien. Auch eine Ermächtigung des Vorstands zur Ausgabe von Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen oder Genussrechten wurde nicht erteilt.

(ii) Geplanter Aktiensplit

Um die Fungibilität der Aktie der KWS SAAT SE zu steigern, soll ein „Aktiensplit“ durchgeführt werden, als dessen Ergebnis jeder Aktionär statt einer Aktie fünf Aktien hält, also sich die Zahl der den Aktionären zustehenden Aktien (bei unverändertem Unternehmenswert und ohne dass eine Zuzahlung zu leisten ist) verfünffacht. Der „Aktiensplit“ soll rechtlich im Wege einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln umgesetzt werden. Danach soll jeder Aktionär für jede bestehende Aktie der KWS SAAT SE zusätzlich vier neue Aktien erhalten (ohne dass der Aktionär für diese eine Zuzahlung leisten muss). Im Ergebnis hält dann jeder Aktionär statt einer Aktie fünf Aktien, nämlich eine alte und vier neue Aktien. Es wird also auf diesem Wege eine Verfünffachung der Aktienzahl erzielt. Anders als bei einem rechtlichen Aktiensplit im Sinne einer Neueinteilung des Grundkapitals bleibt aber der Betrag des Grundkapitals nicht unverändert. Vielmehr erhöht sich durch die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln das Grundkapital, wobei dazu vorliegend Teilbeträge aus den anderen Gewinnrücklagen im Sinne von § 272 Abs. 3 Satz 2 HGB in Grundkapital umgewandelt werden sollen. Der anteilige Betrag am Grundkapital je Aktie bleibt dabei hingegen unverändert bei EUR 3,00.

Der der Hauptversammlung am 14. Dezember 2018 vorgeschlagene Aktiensplit im Wege der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln führt, sofern er vor dem Formwechsel in das Handelsregister eingetragen und damit wirksam wird, dazu, dass das Grundkapital der KWS SAAT SE von EUR 19.800.000,00 um EUR 79.200.000,00 auf EUR 99.000.000,00 erhöht wird. Die hierfür neu auszugebenden Aktien sind kraft Gesetzes in den Börsenhandel einbezogen, ohne dass es hierzu eines weiteren Antrags der Gesellschaft bedarf (§ 33 Abs. 4 EGAktG).

(g) Konzern- und Aktionärsstruktur

(i) Konzernstruktur

Das operative Geschäft der KWS Gruppe besteht derzeit aus vier Geschäftseinheiten, die in den drei Produktsegmenten Mais, Zuckerrüben und Getreide zusammengefasst werden. Die Geschäftseinheiten Zuckerrüben und Getreide sind mit den entsprechenden Segmenten identisch. Im Segment Mais existieren die Geschäftseinheiten Europa/Asien und Amerika. Die nachfolgende Tabelle stellt die wesentlichen Beteiligungen der KWS SAAT SE dar.

Firma	Sitz	Tätigkeit	Anteil indirekt (Konzern) in %	Anteil KWS SAAT SE in %
Agreliant Genetics LL.C.	Westfield, USA	Züchtung Produktion Vertrieb	50%	0%
Agromais GmbH	Everswinkel	Produktion Vertrieb	100%	100%
Betaseed Deutschland GmbH	Frankfurt	Vertrieb	100%	100%
Betaseed Inc.	Bloomington, USA	Züchtung Produktion Vertrieb	100%	0%
KWS BENELUX B.V.	Amsterdam, Niederlande	Vertrieb	100%	0%
KWS France S.A.R.L.	Roye, Frankreich	Züchtung Produktion Vertrieb	100%	100%
KWS Lochow GmbH	Bergen	Züchtung Produktion Vertrieb	100%	100%
KWS Mais France S.A.R.L.	Champol, Frankreich	Vertrieb	100%	0%
KWS RUS O. O. O.	Lipezk, Russland	Vertrieb	100%	0%
KWS UK Ltd.	Thriplow, Großbritannien	Züchtung Produktion Vertrieb	100%	0%
Riber KWS Sementes Ltda.	Patos de Minas, Brasilien	Züchtung Produktion Vertrieb	100%	0%

(ii) Aktionärsstruktur

Das Grundkapital der KWS SAAT SE ist in auf den Inhaber lautende Stückaktien eingeteilt. Dementsprechend hat die Gesellschaft grundsätzlich keine rechtlich gesicherte Möglichkeit, zu ermitteln, wer ihre Aktionäre sind und wie viele Aktien ein bestimmter Aktionär hält.

Die KWS SAAT SE hält derzeit keine eigenen Aktien.

Nach Kenntnis der Gesellschaft sind Angehörige der Familie Büchting bzw. der Familie nahestehende Stiftungen unmittelbar und mittelbar insgesamt mit rund 27 % und Angehörige der Familie Oetker unmittelbar und mittelbar insgesamt ebenfalls mit rund 27 % des Grundkapitals und der Stimmrechte an der KWS SAAT SE beteiligt. Familiengesellschaftern werden insgesamt rund 54,6 % der Stimmrechte an der KWS SAAT SE zugerechnet.

Herr Hans-Joachim Tessner ist nach Kenntnis der Gesellschaft mittelbar mit insgesamt rund 15,4 % des Grundkapitals und der Stimmrechte an der KWS SAAT SE beteiligt (Stand per 30. Juni 2018); die Stimmrechte werden ihm über die Tessner Beteiligungs GmbH zugerechnet. Dieser ist damit neben den Familiengesellschaftern der größte (mittelbare) Einzelaktionär der KWS SAAT SE.

Im Übrigen sind der Gesellschaft Beteiligungen an der KWS SAAT SE nur bekannt, soweit ihr diese durch Stimmrechtsmitteilungen nach dem Wertpapierhandelsgesetz (**WpHG**) mitgeteilt werden. Hiervon ausgehend bestehen neben den vorstehend genannten Beteiligungen der Familiengesellschafter (und den Beteiligungen der Büchting Beteiligungsgesellschaft mbH und der RETOKE Holding Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, deren jeweilige Gesellschafter sämtlich unmittelbar oder mittelbar an der KWS SAAT SE beteiligte Familiengesellschafter sind) und Herrn Tessner (und der Tessner Beteiligungs GmbH) derzeit keine Beteiligungen an der KWS SAAT SE, die die Eingangsmeldeschwelle gemäß § 33 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1 WpHG von 3 % der Stimmrechte erreichen oder überschreiten.

(h) Mitarbeiter und Mitbestimmung

Die KWS Gruppe hatte im Geschäftsjahr 2017/18 im Jahresdurchschnitt weltweit 5.147 in Vollzeitbeschäftigte umgerechnete Mitarbeiter (sogenannte FTE). Zum 31. Juli 2018 beschäftigte die KWS SAAT SE insgesamt 1.473 Mitarbeiter. Die Zahl der Mitarbeiter der KWS Gruppe im Inland betrug zum 31. Juli 2018 insgesamt 1.952.

Die KWS SAAT SE unterliegt als SE deutschen Rechts der Mitbestimmung der Arbeitnehmer nach den maßgeblichen Vorschriften des SEBG. Die Mitbestimmung in der KWS SAAT SE richtet sich nach der seinerzeit im Zuge des Formwechsels der KWS SAAT AG in eine SE abgeschlossenen Beteiligungsvereinbarung und § 8 der Satzung. Der Aufsichtsrat der KWS SAAT SE besteht aus sechs Mitgliedern; er ist mit zwei Arbeitnehmervertretern und vier Anteilseignervertretern besetzt.

Die Arbeitnehmervertreter werden nach Maßgabe der bestehenden Beteiligungsvereinbarung im Rahmen einer freien, geheimen und direkten Urwahl durch alle Arbeitnehmer (i.S.d. Beteiligungsvereinbarung) im Geltungsbereich der Beteiligungsvereinbarung, d.h. den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den sonstigen jeweiligen Vertragsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums, in denen die SE-Verordnung und die SE-Richtlinie gelten, gewählt. Die genaue Ausgestaltung des Wahlverfahrens ergibt sich aus der einheitlichen Wahlordnung, die Bestandteil der Beteiligungsvereinbarung ist. Die Wahl erfolgt jeweils für eine volle satzungsmäßige Amtsperiode des Aufsichtsrats und mit Wirkung ab dem Ablauf der jeweils vorhergehenden satzungsmäßigen Amtsperiode. Mit Wirksamwerden des Formwechsels unterfällt die KWS SAAT SE & Co. KGaA nicht mehr dem SEBG. Die Beteiligungsvereinbarung und somit die Grundlage für die bisherigen Regelungen zur Wahl der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat entfällt. Ohne die Verschmelzung wären auf die Wahl der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der KWS SAAT SE & Co. KGaA das

jeweils anwendbare deutsche Mitbestimmungsgesetz (DrittelbG oder Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer („MitbestG“)) anzuwenden.

Zudem wurde nach Maßgabe der Beteiligungsvereinbarung ein als EUROPEAN EMPLOYEE COMMITTEE bezeichneter SE-Betriebsrat i.S.d. § 21 Abs. 1 SEBG eingerichtet, der nach Maßgabe der Beteiligungsvereinbarung für die Beteiligung der KWS-Arbeitnehmer in grenzüberschreitenden Angelegenheiten zuständig ist und aus 11 Mitgliedern besteht. Mit Wirksamwerden des Formwechsels unterfällt die KWS SAAT SE & Co. KGaA nicht mehr dem SEBG. Die Beteiligungsvereinbarung als Grundlage für die Errichtung des EUROPEAN EMPLOYEE COMMITTEE und damit auch das Gremium entfallen ersatzlos. Mit dem Wirksamwerden des Formwechsels besteht die Möglichkeit, einen Europäischen Betriebsrat nach Maßgabe des Gesetzes über Europäische Betriebsräte (**Europäische Betriebsräte-Gesetz – EBRG**) zu errichten. Die Gesellschaft beabsichtigt, mit Arbeitnehmervertretern entweder eine Vereinbarung zur Fortführung des EUROPEAN EMPLOYEE COMMITTEE auf freiwilliger Basis abzuschließen oder dieses in einen Europäischen Betriebsrat zu überführen.

Betriebsräte wurden in der KWS SAAT SE für die Standorte Einbeck (für den gemeinsamen Betrieb mit der KWS Services Deutschland GmbH), Gondelsheim, Wanzleben-Börde und Seligenstadt gebildet. Es besteht ein Gesamtbetriebsrat für die KWS SAAT SE. Im Rahmen eines Übergangsmandats nimmt der Betriebsrat für den gemeinsamen Betrieb der KWS SAAT SE und der KWS Services GmbH auch die Aufgaben eines Betriebsrats für die KWS Berlin GmbH wahr. Ferner besteht ein unternehmenseinheitlicher Betriebsrat für die KWS LOCHOW GmbH. Bei der KWS Mais France S.A.R.L. am Standort Champol, Frankreich, wurde nach nationalem Recht ein Personalvertretungsgremium (*Délégués du personnel*) gebildet. Am Standort Lille der KWS Momont SAS besteht ein Betriebsrat (*Conseil d'entreprise*). Für die Standorte Allones und Mons-en-Pévèle der KWS Momont Research S.A.R.L. in Frankreich wurden ebenfalls jeweils Betriebsratsgremien (*Conseil d'entreprise*) gebildet. Selbiges gilt für die Standorte der KWS France S.A.R.L. in Alzonne, Buzet sur Baise, Champol, Corps-nuds und Roye sowie für den Standort Alzonne der Razès Hybrides S.A.R.L. in Frankreich. Bei der KWS Services West S.L.U. besteht am Standort Barcelona ein Betriebsrat nach spanischem Recht (*Delegados de personal*). Der Formwechsel hat keine Auswirkungen auf den Bestand dieser Gremien

## 2.2 KWS Services West S.L.U.

### (a) Allgemeine Informationen

Die übertragende Gesellschaft ist eine nach spanischem Recht gegründete und bestehende Einpersonen-Gesellschaft mit beschränkter Haftung (*Sociedad Limitada Unipersonal*). Sie firmiert als KWS Services West S.L.U. und ist im Handelsregister von Barcelona (*Registro Mercantil de Barcelona*) unter Band (*tomo*) 43911, Seite (*folio*) 74, Blatt (*hoja*) B-441644 und C.I.F Nummer B-66099706 eingetragen. Der Sitz der Gesellschaft ist Barcelona, Spanien. Die Geschäftsanschrift lautet calle Anglí, 31, 3.º-1, 08017 Barcelona, Spanien.

Gegründet wurde die KWS Services West S.L.U. am 24. Juli 2013 in Barcelona mit der Firma KWS Services Mediterranen S.L. Mit Wirkung zum 1. Oktober 2015 änderte sie ihre Firma in KWS Services West S.L.U., ihre heutige Firma.

Das Geschäftsjahr der übertragenden Gesellschaft beginnt am 1. Juli eines jeden Jahres und endet am 30. Juni des nächstfolgenden Jahres.

Die KWS Services West S.L.U. ist derzeit als Tochtergesellschaft der KWS SAAT SE am Standort Barcelona operativ tätig. Unternehmensgegenstand der KWS Services West S.L.U. ist gemäß Art. 2.1 Unterabsatz 1 ihrer Satzung die Erbringung von Verwaltungs- und Unterstützungsdienstleistungen für die KWS SAAT SE und ihre verbundenen Unternehmen in Spanien und im Ausland, einschließlich Buchhaltungs-, Controlling-, Einkaufs- und IT-Dienstleistungen. Die KWS Services West S.L.U. ist gemäß Art. 2.1 Unterabsatz 2 und 3 ihrer Satzung berechtigt, Beteiligungen an anderen Gesellschaften sowie jegliches registrierte und andere Eigentum zu erwerben, zu unterhalten und zu veräußern. Zudem darf die KWS Services West S.L.U. gemäß Art. 2.1 Unterabsatz 4 ihrer Satzung sowohl in Spanien als auch im Ausland Patente, Geschäftsnamen, Marken, Systeme, Lizenzen, technisches Wissen, Urheberrechte, andere Rechte und geistiges Eigentum erwerben, abtreten, besitzen, verwalten und nutzen sowie Lizenzen über diese Rechte vergeben, kaufen und verkaufen.

Außerdem kann die KWS Services West S.L.U. gemäß § 2 Abs. 2 ihrer Satzung im Rahmen ihres satzungsmäßigen Unternehmensgegenstands Unternehmen jeder Art und jeder Rechtsform gründen und sich an solchen beteiligen sowie Unternehmensverträge jeder Art eingehen.

(b) Geschäftstätigkeit

Die KWS Services West S.L.U. unternimmt insbesondere die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich Management und Verwaltung, namentlich im Bereich Buchhaltung, Einkauf, Controlling, Personal- und Rechtswesen und Informationstechnologie.

(c) Beteiligungen

Die KWS Services West S.L.U. hat keine Tochtergesellschaften.

(d) Organe der KWS Services West S.L.U.

Organe der KWS Services West S.L.U. sind die Geschäftsführung (*Administradores*) und die Gesellschafterversammlung (*Junta general de Socios*).

(i) Die Geschäftsführung

Die Geschäftsführung der KWS Services West S.L.U. besteht gemäß Art. 16.1 ihrer Satzung aus maximal fünf Geschäftsführern. Die Geschäftsführer führen die Geschäfte im Rahmen der in der Satzung festgelegten Befugnisse und vertreten die KWS Services West S.L.U. gerichtlich und außergerichtlich gegenüber Dritten. Wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind, sind mindestens zwei Geschäftsführer gemeinsam vertretungsberechtigt.

Die Geschäftsführer der KWS Services West S.L.U. werden gemäß Art. 16.2 ihrer Satzung von der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen.

Alleiniger Geschäftsführer der KWS Services West S.L.U. ist gegenwärtig Herr Cord Warnecke (geb. 22. August 1968). Herr Warnecke übt dieses Amt seit dem 29. März 2018 aus.

(ii) Die Gesellschafterversammlung oder ein alleiniger Gesellschafter

Die Gesellschafterversammlung ist gemäß Art. 13 der Satzung der KWS Services West S.L.U. beschlussfähig, wenn mindestens 67 % des Grundkapitals vertreten sind.

Die Gesellschafterversammlung der KWS Services West S.L.U. fasst gemäß Art. 14.3 der Satzung die Beschlüsse mit einer Zweidrittelmehrheit, soweit nicht eine andere Mehrheit zwingend vorgeschrieben ist.

Falls die KWS Services West S.L.U. einen einzigen Gesellschafter hat, kann dieser gemäß Art. 19 der Satzung der KWS Services West S.L.U. ohne Einberufung einer Hauptversammlung jederzeit Beschluss fassen. Die Beschlüsse sind zu protokollieren und am Gesellschaftssitz aufzubewahren.

(e) Kapitalverhältnisse

Das Gesellschaftskapital (*capital social*) der KWS Services West S.L.U. beträgt im Zeitpunkt der Aufstellung dieses Verschmelzungsberichts EUR 155.000. Es ist gemäß Art. 5 der Satzung eingeteilt in Gesellschaftsanteile mit einem Nominalwert von je EUR 1,00 je Gesellschaftsanteil. Alleinige Gesellschafterin der KWS Services West S.L.U. ist die KWS SAAT SE.

(f) Finanzkennzahlen

Die KWS Services West S.L.U. wies in den Geschäftsjahren 2016/2017 und 2017/2018 folgende wesentliche Finanzkennzahlen (IFRS) auf:

	2016/2017 (in EUR)	2017/2018 (in EUR)
Jahresüberschuss	216.996	154.932
Bilanzsumme	1.296.221	1.028.509
Gezeichnetes Kapital	155.000	155.000

(g) Arbeitnehmer

Die KWS Services West S.L.U. beschäftigt aktuell ca. 28 Mitarbeiter.

Die KWS Services West S.L.U. handelt in Spanien als Arbeitgeber im Sinne des Königlichen Gesetzesdekrets 2/2015 vom 23. Oktober 2015, das den konsolidierten Text des Arbeiterstatuts billigt (*el Estatuto de los Trabajadores*; das **spanische Arbeitsgesetzbuch**).

Gemäß Art. 44 des spanischen Arbeitsgesetzbuchs gehen die Arbeitsverhältnisse mit Wirksamwerden der Verschmelzung von der KWS Services West S.L.U. kraft Gesetzes auf die Gesellschaft über. Die Vermögensgegenstände der KWS Services West S.L.U. bilden nach dem Wirksamwerden der Verschmelzung eine Zweigniederlassung der KWS SAAT SE & Co. KGaA in Barcelona. Weil die Arbeitsverhältnisse der von der KWS Services West S.L.U. beschäftigten Arbeitnehmer durch die Verschmelzung auf die Gesellschaft übergehen, tritt die Zweigniederlassung Barcelona der Gesellschaft mit dem Wirksamwerden der Verschmelzung kraft Gesetzes in sämtliche Rechte und Pflichten gegenüber den Arbeitnehmern der KWS Services West S.L.U. ein.

Bei der KWS Services West S.L.U. besteht am Standort Barcelona ein Betriebsrat nach spanischem Recht (*Delegados de personal*). Die Verschmelzung hat keine Auswirkungen auf diesen Betriebsrat. Er wird nach der Verschmelzung bei der Zweigniederlassung Barcelona der Gesellschaft fortbestehen.

### **3. RECHTLICHE ERLÄUTERUNG DER VERSCHMELZUNG**

#### **3.1 Verschmelzung durch Aufnahme**

Die Verschmelzung soll gemäß § 122a Abs. 2 i.V.m. § 2 Nr. 1, §§ 46 ff. UmwG und Art. 54 ff. LME im Wege der grenzüberschreitenden Verschmelzung der KWS Services West S.L.U. auf die Gesellschaft durch Aufnahme unter Auflösung ohne Abwicklung erfolgen. Mit der Eintragung der Verschmelzung in das für die übernehmende Gesellschaft zuständige Handelsregister des Amtsgerichts Göttingen wird die Verschmelzung gemäß § 122a Abs. 2, § 20 UmwG und Art. 46 LME wirksam. Mit Eintragung der Verschmelzung in das Handelsregister des Amtsgerichts Göttingen geht das Vermögen der KWS Services West S.L.U. als Ganzes im Wege der Universalsukzession auf die Gesellschaft über und die KWS Services West S.L.U. erlischt ohne Abwicklung. Die gewerbliche Tätigkeit der KWS Services West S.L.U. wird nach dem Wirksamwerden der Verschmelzung von einer spanischen Zweigniederlassung der Gesellschaft fortgeführt. Die KWS Services West S.L.U. wird anschließend im spanischen Handelsregister gemäß Art. 46.2 LME gelöscht.

Da die KWS SAAT SE sämtliche Gesellschaftsanteile der KWS Services West S.L.U. hält, werden im Zuge der Verschmelzung gemäß § 122a Abs. 2, § 68 Abs. 1 Nr. 1 UmwG keine neuen Anteile der übernehmenden Gesellschaft ausgegeben. Ein Umtauschverhältnis zwischen den Aktien der KWS SAAT SE und den Gesellschaftsanteilen der KWS Services West S.L.U. ist demzufolge ebenfalls nicht zu bestimmen. Daher bedarf es auch keiner Bewertung der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften. Die Bestimmungen des zugrundeliegenden Verschmelzungsplans werden in Abschnitt 6 dieses Berichts erläutert.

#### **3.2 Ablauf der Verschmelzung**

##### **(a) Aufstellung des Verschmelzungsplans und des Verschmelzungsberichts**

Der Vorstand der KWS SAAT SE und die Geschäftsführung der KWS Services West S.L.U. haben einen gemeinsamen Verschmelzungsplan aufgestellt, der am 24. Oktober 2018 notariell beurkundet wurde. eingereicht wurde. Dieser Verschmelzungsplan bildet die Grundlage für den Übergang des Vermögens der KWS Services West S.L.U. auf die Gesellschaft.

Die Erstellung dieses Verschmelzungsberichts dient der Erfüllung der Informationspflichten des Vorstands der KWS SAAT SE gegenüber den Aktionären – zusammen mit dem Verschmelzungsplan – und den Arbeitnehmern bzw. dem Gesamtbetriebsrat der Gesellschaft sowie den Arbeitnehmern der KWS Services West S.L.U.

##### **(b) Einreichung beim spanischen Handelsregister**

Nach der Aufstellung des Verschmelzungsplans, der Beachtung weiterer Formvorschriften des spanischen Rechts und der notariellen Beurkundung des Verschmelzungsplans wird die KWS Services West S.L.U. den Verschmelzungsplan in der vorgeschriebenen Form bei dem für die KWS Services West S.L.U. zuständigen spanischen Handelsregister einreichen und die Ausstellung der für die Eintragung der Verschmelzung im Handelsregister der Gesellschaft erforderlichen Verschmelzungsbescheinigung beantragen.

(c) Keine Verschmelzungsprüfung

Gemäß § 122f Satz 1, § 9 Abs. 2 UmwG sowie Art 49.1.2 LME ist eine Verschmelzungsprüfung vorliegend entbehrlich, da sich alle Gesellschaftsanteile der KWS Services West S.L.U. in Händen der Gesellschaft befinden.

(d) Keine Kapitalerhöhung, kein Umtauschverhältnis

Die übernehmende Gesellschaft ist alleinige Gesellschafterin der KWS Services West S.L.U. Daher ist eine Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft durch Ausgabe neuer Aktien zur Durchführung der Verschmelzung nicht gestattet (§ 122a Abs. 2 i.V.m. § 68 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 UmwG). Für die Übertragung des Vermögens der übertragenden Gesellschaft auf die übernehmende Gesellschaft werden somit keine Anteile der übernehmenden Gesellschaft gewährt. Im Verschmelzungsplan entfallen daher (i) die Angaben über das Umtauschverhältnis und etwaige bare Zuzahlungen (§ 122c Abs. 2 Nr. 2 UmwG bzw. Art. 49.1 LME), (ii) die Angaben hinsichtlich der Übertragung von neuen Gesellschaftsanteilen der übernehmenden Gesellschaft (§ 122c Abs. 2 Nr. 3 UmwG bzw. Art. 49.1 LME) und (iii) die Angabe des Zeitpunkts, von dem an neu ausgegebene Gesellschaftsanteile das Recht auf Beteiligung am Gewinn gewähren (§ 122c Abs. 2 Nr. 5 UmwG bzw. Art. 49.1 LME).

(e) Entbehrlichkeit eines Hauptversammlungsbeschlusses

Da die KWS SAAT SE sämtliche Gesellschaftsanteile der KWS Services West S.L.U. hält, ist ein Verschmelzungsbeschluss der KWS SAAT SE gemäß § 62 Abs. 1 und 2 UmwG i. V. m. § 122a Abs. 2 UmwG nur erforderlich, wenn Aktionäre der KWS SAAT SE, deren Anteile zusammen den zwanzigsten Teil des Grundkapitals der KWS SAAT SE erreichen, die Einberufung einer Hauptversammlung verlangen, in der über die Zustimmung zu der Verschmelzung beschlossen wird.

Die übernehmende Gesellschaft ist nach einhelliger Auffassung in der juristischen Literatur berechtigt, ihren Aktionären eine Frist zur Geltendmachung dieses Minderheitsverlangens zu setzen. Dabei wird ganz überwiegend die Auffassung vertreten, dass eine solche Frist nicht kürzer sein dürfe als ein Monat, gerechnet ab dem Tag der Veröffentlichung der Hinweisbekanntmachung gemäß § 62 Abs. 3 S. 2 UmwG.

Der Vorstand hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und eine Frist bis zum 3. Dezember 2018 gesetzt. Bis spätestens zu diesem Zeitpunkt können Aktionäre ein solches Einberufungsverlangen unter Nachweis des Aktienbesitzes gegenüber der KWS SAAT SE unter der Anschrift KWS SAAT SE, Grimsehlstraße 31, 37574 Einbeck, zu Händen von Herrn Wolf-Gebhard von der Wense bis zum 3. Dezember 2018 geltend machen. Diese Frist erscheint ausreichend, um den Aktionären der KWS SAAT SE Zeit und Gelegenheit zu geben, sich über die Verschmelzung der 100%igen Tochtergesellschaft KWS Services West S.L.U. auf ihre Muttergesellschaft zu informieren und eine Entscheidung über die Ausübung ihrer Rechte zu treffen.

Dementsprechend sieht die Tagesordnung der ordentlichen Hauptversammlung der KWS SAAT SE am 14. Dezember 2018 vor, dass der Vorstand und Aufsichtsrat den Beschlussvorschlag über die Zustimmung zur Verschmelzung der KWS Services West S.L.U. auf die KWS SAAT SE nur zur Abstimmung vorlegen, sofern innerhalb der gesetzten Frist Aktionäre der KWS SAAT SE, deren Anteile zusammen den zwanzigsten Teil des Grundkapitals der KWS SAAT SE erreichen, die Beschlussfassung über die Zustimmung zu der Verschmelzung verlangt haben.

- (f) Beschluss der Geschäftsführung und der Gesellschafterversammlung der KWS Services West S.L.U.

Die Zustimmung der Geschäftsführung der KWS Services West S.L.U. erfolgte am 22. Oktober 2018. Gemäß Art. 9 lit. f) bzw. Art. 19 lit. f) der Satzung der KWS Services West S.L.U. bedarf die Verschmelzung zu ihrer Wirksamkeit eines zustimmenden Gesellschafterbeschlusses des Alleingeschafters der KWS Services West S.L.U. Die KWS Services West S.L.U. wird voraussichtlich im Januar 2019 eine Gesellschafterversammlung abhalten. Auf dieser Gesellschafterversammlung wird die KWS SAAT SE als Alleingeschafterin der KWS Services West S.L.U. der Verschmelzung zustimmen.

- (g) Arbeitnehmerbeteiligungsverfahren

- (i) Allgemeine Grundsätze

Nach den Regelungen des MgVG (§ 5 Abs. 1 MgVG) ist vor Durchführung einer grenzüberschreitenden Verschmelzung ein Verfahren zur Regelung der Mitbestimmung bei dem aus der Verschmelzung hervorgehenden Unternehmen durchzuführen, wenn

- (A) in den sechs Monaten vor der Veröffentlichung des Verschmelzungsplans mindestens eine der unmittelbar an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften durchschnittlich mehr als 500 Arbeitnehmer beschäftigt und in dieser Gesellschaft ein System der Mitbestimmung im Sinne des § 2 Abs. 7 MgVG besteht (§ 5 Nr. 1 MgVG),
- (B) das für die aus der grenzüberschreitenden Verschmelzung hervorgehende Gesellschaft maßgebende innerstaatliche Recht nicht mindestens den gleichen Umfang an Mitbestimmung der Arbeitnehmer vorsieht, wie er in den jeweiligen an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften bestand (§ 5 Nr. 2 MgVG), oder
- (C) das für die aus der grenzüberschreitenden Verschmelzung hervorgehende Gesellschaft maßgebende innerstaatliche Recht für Arbeitnehmer in Betrieben dieser Gesellschaft, die sich in anderen Mitgliedstaaten befinden, nicht den gleichen Anspruch auf Ausübung von Mitbestimmung vorsieht, wie sie den Arbeitnehmern in demjenigen Mitgliedstaat gewährt werden, in dem die aus der grenzüberschreitenden Verschmelzung hervorgehende Gesellschaft ihren Sitz hat (§ 5 Nr. 3 MgVG).

- (ii) Konkrete Auswirkungen auf die Verschmelzung

Das MgVG bezweckt die Sicherung der im Zeitpunkt der Verschmelzung bestehenden Unternehmensmitbestimmung sowie den konkreten Schutz der Rechte ausländischer Arbeitnehmer bei der Wahl eines inländischen arbeitnehmerbeteiligten Aufsichtsrates. Dementsprechend setzt die Anwendbarkeit des MgVG nach § 5 MgVG nach herrschender Auffassung voraus, dass entweder vor der Verschmelzung ein System der Mitbestimmung in einer an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften bestanden hat oder die Schwellenwerte für die Errichtung eines arbeitnehmerbeteiligten Aufsichtsrates bei der übernehmenden Gesellschaft nach Eintragung der Verschmelzung erreicht werden.

Da die KWS derzeit ca. 1.473 eigene Arbeitnehmer hat und über einen Aufsichtsrat verfügt, der zu einem Drittel mit Vertretern der Arbeitnehmer besetzt ist, sind die Voraussetzungen des § 5 Nr. 1 MgVG erfüllt.

Daher ist ein Arbeitnehmerbeteiligungsverfahren nach dem MgVG durchzuführen. Dieses Arbeitnehmerbeteiligungsverfahren läuft wie folgt ab:

- (A) Zunächst haben die Leitungen der KWS SAAT SE und der KWS Services West S.L.U. gemäß § 6 MgVG die zuständigen Arbeitnehmervertretungen und Sprecherausschüsse in den an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften, den betroffenen Tochtergesellschaften und den betroffenen Betrieben über die geplante Verschmelzung zu informieren. Dabei ist insbesondere Folgendes mitzuteilen:
- I. Die Identität und Struktur der beteiligten Gesellschaften, der betroffenen Tochtergesellschaften und betroffenen Betriebe und deren Verteilung auf die Mitgliedstaaten,
  - II. die in diesen Gesellschaften und Betrieben bestehenden Arbeitnehmervertretungen,
  - III. die Zahl der in diesen Gesellschaften und Betrieben jeweils beschäftigten Arbeitnehmer sowie die daraus zu errechnende Gesamtzahl der in einem Mitgliedstaat beschäftigten Arbeitnehmer und
  - IV. die Zahl der Arbeitnehmer, denen Mitbestimmungsrechte in den Organen dieser Gesellschaften zustehen.
- (B) Anschließend (oder gleichzeitig) haben die Leitungen der KWS SAAT SE und der KWS Services West S.L.U. die zuständigen Arbeitnehmervertretungen schriftlich aufzufordern, ein besonderes Verhandlungsgremium (**BVG**) zu bilden. Das BVG hat gemäß § 6 Abs. 1 Satz 2 MgVG die Aufgabe, mit den Leitungen der KWS SAAT SE und der KWS Services West S.L.U. eine schriftliche Vereinbarung über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der aus der Verschmelzung hervorgehenden Gesellschaft abzuschließen.
- (C) Die zuständigen Arbeitnehmervertretungen bzw. ihre Vertretungen sollen sodann innerhalb von zehn Wochen nach der Information die Mitglieder des BVG nach Maßgabe des jeweils nationalen Rechts wählen.
- (D) Anschließend wird das BVG in einer konstituierenden Sitzung gebildet, zu der die Leitungen der KWS SAAT SE und der KWS Services West S.L.U. unverzüglich nach Benennung der Mitglieder des BVG, spätestens aber nach Ablauf von zehn Wochen nach der Information, einzuladen haben.
- (E) Nach Konstituierung des BVG beginnt das eigentliche MgVG-Verhandlungsverfahren: Das Verhandlungsverfahren endet entweder mit dem Abschluss einer Mitbestimmungsvereinbarung oder der unmittelbaren Geltung der gesetzlichen Auffangregelungen, wenn nicht das BVG gem. § 18 MgVG beschließt, keine Verhandlungen aufzunehmen oder bereits aufgenommene Verhandlungen abzubrechen. Im ersten Fall richtet sich die

Mitbestimmung im Aufsichtsrat der aus der Verschmelzung hervorgehenden Gesellschaft nach der Mitbestimmungsvereinbarung, im zweiten Fall nach den Regelungen der §§ 23 bis 28 MgVG. In dem zuletzt genannten Ausnahmefall der Nichtaufnahme oder des Abbruchs von Verhandlungen bliebe es bei der Anwendung des innerstaatlichen Mitbestimmungsrechts. Letzteres gilt jedoch nicht für den Fall, dass der Vorstand der KWS SAAT SE und die Leitung der KWS Services West S.L.U. gemäß § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 MgVG für die gesetzliche Auffangregelung optiert haben.

Vorliegend wird das Arbeitnehmerbeteiligungsverfahren durch Veröffentlichung der Information und Aufforderung gegenüber den Arbeitnehmern der KWS Gruppe in den Mitgliedstaaten bzw. ihren zuständigen Vertretungen voraussichtlich am 9. November 2018 eingeleitet.

Der Vorstand der KWS SAAT SE und die Leitung der KWS Services West S.L.U. haben am 24. Oktober 2018 entschieden, unmittelbar und ohne vorgehende Verhandlungen mit dem BVG die Anwendung der gesetzlichen Auffanglösung ab Eintragung der Verschmelzung zur Anwendung zu bringen. Die hierfür erforderlichen weiteren Voraussetzungen von § 23 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 MgVG liegen vor, da bei der KWS aufgrund der Beteiligungsvereinbarung i.S.d. § 21 SEBG ein System der Mitbestimmung besteht, das alle Arbeitnehmer der KWS-Unternehmensgruppe in den Mitgliedstaaten betrifft.

Die Entscheidung des Vorstands der KWS SAAT SE und der Leitung der KWS Services West S.L.U. schließt den Abschluss einer Mitbestimmungsvereinbarung nach § 22 MgVG auf freiwilliger Grundlage nicht aus. Die Gesellschaft beabsichtigt Verhandlungen mit dem besonderen Verhandlungsgremium aufzunehmen, um auf freiwilliger Grundlage eine Mitbestimmungsvereinbarung abzuschließen.

Nach der gesetzlichen Auffanglösung gemäß §§ 23 ff. MgVG hätte das BVG die Sitze der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der übernehmenden Gesellschaft auf die Mitgliedstaaten zu verteilen, in denen Arbeitnehmer in einer der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften, betroffener Tochtergesellschaften oder betroffener Betriebe beschäftigt werden. Die Verteilung richtet sich nach dem jeweiligen Anteil der in den einzelnen Mitgliedstaaten beschäftigten Arbeitnehmer der aus der Verschmelzung hervorgehenden Gesellschaft, ihrer Tochtergesellschaften und Betriebe. Nach den derzeitigen Arbeitnehmerzahlen entfällt nach Maßgabe dieser Verteilung ein Sitz der Arbeitnehmervertreter auf Deutschland; der weitere Sitz entfällt auf Frankreich.

Etwas entgegenstehende Vorschriften in der Satzung der KWS SAAT SE & Co. KGaA wären gemäß § 24 Abs. 3 MgVG anzupassen.

(iii) Arbeitnehmerbeteiligungsverfahren nach spanischem Recht

Gemäß Art. 67 LME sind die Bedingungen zur Mitbestimmung von Arbeitnehmervertretern in den Organen der aus einer grenzüberschreitenden Verschmelzung hervorgehenden Gesellschaft in gesonderten Vorschriften geregelt. Im Falle einer Verschmelzung durch Aufnahme bezieht sich die Bezeichnung "eine aus einer grenzüberschreitenden Verschmelzung hervorgehende Gesellschaft" auf die übernehmende Gesellschaft. Da die übernehmende Gesellschaft ihren Sitz in Deutschland hat, sollten sämtliche Angelegenheiten aus Art. 67 LME dem jeweils

einschlägigen – hier dem deutschen – Recht unterliegen. Dies ist das MgVG (vgl. Ziffer 12.2 des Verschmelzungsplans).

Nach spanischem Recht sind die Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmern im Gesetz 31/2006 vom 19. Oktober 2006 über die Mitbestimmung von Arbeitnehmern in einer aus einer grenzüberschreitenden Verschmelzung hervorgehenden Gesellschaft (das **spanische Arbeitnehmermitbestimmungsgesetz**) geregelt. Die maßgeblichen Rechtsvorschriften für spanische Betriebe von Gesellschaften, die an einer grenzüberschreitenden Verschmelzung beteiligt sind, bei der die aus der Verschmelzung hervorgehende Gesellschaft ihren Sitz außerhalb Spaniens hat, sind die Art. 27 bis 32 des spanischen Arbeitnehmermitbestimmungsgesetzes. Diese Vorschriften regeln die Wahl der spanischen Mitglieder des BVG und des Aufsichtsrats sowie deren Rechte als Arbeitnehmervertreter. Im Übrigen gelten die Vorschriften des deutschen Rechts; dies sind die Vorschriften des MgVG.

(h) Offenlegungspflichten

Sowohl das deutsche als auch das spanische Recht sehen im Rahmen des Verschmelzungsverfahrens verschiedene Offenlegungspflichten vor, die der Information der Gesellschafter, der Arbeitnehmer und der Öffentlichkeit dienen.

(i) Offenlegungspflichten nach deutschem Recht

(A) Einreichung des Verschmelzungsplans zum Handelsregister und Bekanntmachung

Der Verschmelzungsplan oder sein Entwurf ist gemäß § 122d Satz 1, § 122a Abs. 2, § 61 Satz 1 UmwG spätestens vor der Einberufung der Hauptversammlung zum Handelsregister einzureichen. Das Registergericht macht nach Einreichung des Verschmelzungsplans gemäß § 122d Abs. 1 Satz 2 i.V.m. § 61 Satz 2 UmwG und § 10 HGB unverzüglich bekannt, dass der Verschmelzungsplan bzw. sein Entwurf beim Handelsregister eingereicht worden ist.

Außerdem ist der Verschmelzungsplan bzw. sein Entwurf gemäß § 122d Satz 1, § 122a Abs. 2, § 62 Abs. 3 UmwG spätestens einen Monat vor der Gesellschafterversammlung der übertragenden Gesellschaft zum Handelsregister der übernehmenden Gesellschaft einzureichen. Das Registergericht macht nach Einreichung des Verschmelzungsplans bzw. seines Entwurfs gemäß § 122d Abs. 1 Satz 2 i.V.m. § 10 HGB unverzüglich Folgendes bekannt: (1) einen Hinweis darauf, dass der Verschmelzungsplan bzw. sein Entwurf beim Handelsregister eingereicht worden ist, (2) Rechtsform, Firma und Sitz der an der grenzüberschreitenden Verschmelzung beteiligten Gesellschaften, (3) die Register, in die die an der grenzüberschreitenden Verschmelzung beteiligten Gesellschaften eingetragen sind, einschließlich der jeweiligen Nummer der Eintragung, (4) einen Hinweis auf die Modalitäten für die Ausübung der Rechte der Gläubiger und der Minderheitsgesellschafter der an der grenzüberschreitenden Verschmelzung beteiligten Gesellschaften sowie (5) die Anschrift, unter der vollständige Auskünfte über diese Modalitäten kostenlos eingeholt werden können.

Die Einreichung des Verschmelzungsplans beim Handelsregister des Amtsgerichts Göttingen soll unmittelbar nach dessen Aufstellung erfolgen.

Ebenfalls spätestens einen Monat vor dem Tag der Gesellschafterversammlung der übertragenden Gesellschaft, die der Verschmelzung zustimmt, hat der Vorstand der KWS SAAT SE gemäß § 122a Abs. 2, § 62 Abs. 3 Satz 2 UmwG in den Gesellschaftsblättern einen Hinweis auf die bevorstehende Verschmelzung sowie auf die Rechte der Aktionäre gemäß § 62 Abs. 2 UmwG (d.h. das Recht, die Einberufung und Beschlussfassung einer Hauptversammlung zu veranlassen) bekanntzumachen. Die Satzung der KWS SAAT SE bestimmt keine anderen Gesellschaftsblätter als den elektronischen Bundesanzeiger.

(B) Zugänglichmachung von Verschmelzungsplan, Verschmelzungsbericht und weiteren Dokumenten

Weiterhin sind in den Geschäftsräumen der KWS SAAT SE gemäß § 122e Satz 2, § 122a Abs. 2, § 62 Abs. 3 UmwG mindestens einen Monat vor dem Tag der Gesellschafterversammlung der übertragenden Gesellschaft, die der Verschmelzung zustimmt, der Verschmelzungsplan, die Jahresabschlüsse, und, soweit eine gesetzliche Pflicht zur Aufstellung besteht, die Lageberichte der an der Verschmelzung beteiligten Rechtsträger für die letzten drei Geschäftsjahre, dieser Verschmelzungsbericht und der Verschmelzungsbericht der KWS Services West S.L.U. zur Einsicht der Aktionäre der KWS SAAT SE während der üblichen Geschäftszeiten auszulegen. Auf Verlangen wird jedem Aktionär der KWS SAAT SE unverzüglich und kostenlos eine Abschrift dieser Unterlagen erteilt. Der vorliegende Verschmelzungsbericht ist gemäß § 122e Satz 2 UmwG auch zur Einsicht der zuständigen Betriebsratsgremien in Deutschland auszulegen.

Gemäß § 122a Abs. 2, § 5 Abs. 3 UmwG sind der Verschmelzungsplan und die Jahresabschlüsse spätestens einen Monat vor der Versammlung der Anteilshaber jedes beteiligten Rechtsträgers, die gemäß § 13 Abs. 1 UmwG über die Zustimmung zum Verschmelzungsplan beschließen soll, den zuständigen Betriebsratsgremien in Deutschland zuzuleiten.

Der Vorstand der KWS SAAT SE wird den Verschmelzungsplan und diesen Verschmelzungsbericht den Betriebsratsgremien der Betriebe der KWS SAAT SE in Einbeck, Gondelsheim, Wanzleben-Börde, und Seligenstadt, dem Gesamtbetriebsrat der KWS SAAT SE sowie dem EUROPEAN EMPLOYEE COMMITTEE zuleiten.

(ii) Offenlegung nach spanischem Recht

Das spanische Recht sieht ähnliche Informationserfordernisse vor und verlangt, dass der gemeinsame Verschmelzungsplan einschließlich der aktuellen und der künftigen Satzung der übernehmenden Gesellschaft bei dem zuständigen Handelsregister in Barcelona eingereicht wird.

Weiterhin sind einen Monat vor dem Tag der Gesellschafterversammlung der übertragenden Gesellschaft der Verschmelzungsplan, die Jahresabschlüsse und, soweit eine gesetzliche Verpflichtung zur Aufstellung besteht, die Lageberichte der

an der Verschmelzung beteiligten Rechtsträger für die letzten drei Geschäftsjahre, der Verschmelzungsbericht, die Satzungen sowie eine Liste der Organmitglieder der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften zur Einsicht dem Alleingesellschafter, den Arbeitnehmern bzw. den Arbeitnehmervertretern sowie den Inhaber von Schuldverschreibungen der KWS Services West S.L.U. zugänglich zu machen. Nach spanischem Recht sind die vorgenannten Dokumente in den Geschäftsräumen der KWS Services West S.L.U. auszulegen.

Einen Tag nach der Zustimmung zur Verschmelzung durch den Alleingesellschafter der KWS Services West S.L.U. wird die Verschmelzung im offiziellen Anzeiger der spanischen Registergerichte (*Boletín Oficial del Registro Mercantil*) und in einer landesweit verbreiteten Tageszeitung bekannt gemacht.

KWS Services West S.L.U. wird den Verschmelzungsplan und diesen Verschmelzungsbericht nach Maßgabe von Art. 44 des spanischen Arbeitsgesetzbuchs und Art. 39 des Gesetzes 3/2009 über Strukturveränderungen den Arbeitnehmern und den Arbeitnehmervertretern zuleiten.

(i) Handelsregisterverfahren; Verschmelzungsbescheinigung

Die Geschäftsführung der KWS Services West S.L.U. hat das Vorliegen der sie betreffenden Voraussetzungen der Verschmelzung zur Eintragung beim für sie zuständigen spanischen Handelsregister anzumelden. Das spanische Handelsregister erteilt auf entsprechenden Antrag und nach entsprechender Prüfung gemäß Art. 64 LME eine Verschmelzungsbescheinigung über das Vorliegen und die Rechtmäßigkeit der Rechtshandlungen und Formalitäten, die der KWS Services West S.L.U. obliegen, sowie über das Vorliegen und die Rechtmäßigkeit des gemeinsamen Verschmelzungsplans.

Die Verschmelzung wird mit ihrer Eintragung in das Handelsregister des Amtsgerichts Göttingen als dem für die übernehmende Gesellschaft zuständigen Handelsregister wirksam. Hierzu ist gemäß § 1221 Abs. 1 UmwG die Verschmelzung beim Handelsregister des Amtsgerichts Göttingen anzumelden und die entsprechende Verschmelzungsdokumentation (u.a. der Verschmelzungsplan, der Verschmelzungsbericht und die Verschmelzungsbescheinigung des spanischen Handelsregisters) beizufügen. Das Handelsregister des Amtsgerichts Göttingen prüft nach Einreichung der spanischen Verschmelzungsbescheinigung und der übrigen Unterlagen, ob sämtliche Vorschriften des deutschen Rechts beachtet wurden. Nach Durchführung der Rechtmäßigkeitsprüfung und bei Vorliegen aller Eintragungsvoraussetzungen trägt das Registergericht die Verschmelzung ein. Die Eintragung der Verschmelzung wird zeitgleich mit der Eintragung des Formwechsels erfolgen.

### 3.3 Wirksamwerden der Verschmelzung

Mit der Eintragung der Verschmelzung in das Handelsregister der übernehmenden Gesellschaft beim Amtsgericht Göttingen wird die Verschmelzung wirksam. Mit dem Wirksamwerden der Verschmelzung geht das Vermögen der KWS Services West S.L.U. einschließlich ihrer Verbindlichkeiten als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten im Wege der Universalsukzession auf die übernehmende Gesellschaft über. Die KWS Services West S.L.U. erlischt ohne Abwicklung.

Nach Eintragung der Verschmelzung in das Handelsregister des Amtsgerichts Göttingen erfolgt von Amts wegen eine Mitteilung an das spanische Handelsregister. Dieses wird daraufhin die Eintragung der KWS Services West S.L.U. im spanischen Handelsregister löschen und alle relevanten Dokumente mit Bezug zur KWS Services West S.L.U. an das Amtsgericht Göttingen übersenden.

#### **4. WIRTSCHAFTLICHE BEGRÜNDUNG DER VERSCHMELZUNG**

Die grenzüberschreitende Verschmelzung dient der Vereinfachung und Bereinigung der Konzernstruktur. Zudem hat die grenzüberschreitende Verschmelzung zur Folge, dass die übernehmende Gesellschaft ihre bewährte Governance-Struktur mit einem aus sechs Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat mit zwei international zu besetzenden Arbeitnehmervertretern beibehalten und, sofern dies mit Arbeitnehmervertretern vereinbart wird, dass bei der KWS SAAT SE das eingerichtete EUROPEAN EMPLOYEE COMMITTEE fortbestehen kann.

##### **4.1 Vereinfachung und Bereinigung der Konzernstruktur**

Die KWS Gruppe führt derzeit eine konzernweite Umstrukturierung durch, in dessen Rahmen die Funktionen der regionalen europäischen Servicegesellschaften an den zentralen Standorten Einbeck und Berlin zusammengeführt und gebündelt werden. In dessen Folge wird der Geschäftsbetrieb der Servicegesellschaften in Österreich, Spanien und der Ukraine geschlossen werden. Der KWS Services West S.L.U. kommt daher innerhalb der KWS Gruppe keine unternehmerische Funktion mehr zu. Die erste Phase dieser Umstrukturierung wurde am 13. März 2018, an dem mit den deutschen zuständigen Betriebsratsgremien eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen wurde, begonnen.

Im Rahmen der konzernweiten Umstrukturierung ist weiter vorgesehen, dass die übernehmende Gesellschaft die derzeit durch die KWS Services West S.L.U. betriebenen Aktivitäten durch eine spanische Zweigniederlassung fortführt. Mittelfristig ist geplant, die Ausübung dieser Aktivitäten in Spanien zu beenden. Diese Pläne beruhen auf einem geänderten Target Operating Model, das eine stärkere Zentralisation von übergreifenden Unterstützungsfunktionen vorsieht.

Die geplante Überführung des Geschäfts von der KWS Services West S.L.U. in die übernehmende Gesellschaft versetzt die KWS Gruppe in die Lage, flexibler und kostengünstiger auf die Bedürfnisse ihrer Kunden zu reagieren. Darüber hinaus trägt die Verschmelzung zu einer effektiveren Steuerung des Konzerns bei. Außerdem werden durch die Verschmelzung und die damit verbundene Eliminierung einer Verwaltungsebene Konzernstrukturen vereinfacht und Doppelkapazitäten abgebaut. Zudem wird Potential für Kostensynergien geschaffen, weil zukünftig Aufwendungen für die Verwaltung einer funktionslos gewordenen Gesellschaft entfallen.

##### **4.2 Beibehaltung der bewährten Corporate-Governance Struktur**

Seit dem Wechsel der Gesellschaft in die Rechtsform der SE im Jahr 2015 richtet sich die unternehmerische Mitbestimmung in der KWS SAAT SE nach den Vorschriften der Beteiligungsvereinbarung. Demnach besteht der Aufsichtsrat der KWS SAAT SE aus sechs Personen und zu einem Drittel aus Vertretern der Arbeitnehmer. Der Arbeitnehmerbank gehören derzeit zwei Arbeitnehmervertreter aus Deutschland an. Ab dem Jahr 2022 würde ohne den Formwechsel und die Verschmelzung ein Sitz der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat von einem Arbeitnehmer aus einem anderen Mitgliedstaat der EU bzw. einem Vertragsstaat des EWR besetzt werden.

Voraussetzung für die Anwendbarkeit des SEBG und der Beteiligungsvereinbarung ist das Bestehen einer SE. Mit Formwechsel und Verschmelzung ändert sich die rechtliche Grundlage der unternehmerischen Mitbestimmung.

Vorliegend tritt an die Stelle des SEBG und der Beteiligungsvereinbarung das Mitbestimmungsregime des MgVG, weil zeitgleich mit dem Formwechsel die KWS Services West S.L.U. grenzüberschreitend auf die Gesellschaft verschmolzen wird. Nach dem Mitbestimmungsregime des MgVG kann die übernehmende Gesellschaft ihre bewährte Governance-

Struktur auch nach Formwechsel und Verschmelzung mit einem aus sechs Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat beibehalten. Anders als die nach dem Formwechsel ohne gleichzeitige Verschmelzung auf die Gesellschaft jeweils anzuwendenden deutschen Mitbestimmungsgesetze, in deren Anwendungsbereich die Arbeitnehmer aus anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bzw. Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum weder aktiv noch passiv wahlberechtigt wären und die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat somit ausschließlich von den in Deutschland beschäftigten Arbeitnehmern des KWS-Konzerns gewählt würden, können die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Gesellschaft auch in Zukunft nach Formwechsel und Verschmelzung unter Beteiligung der Arbeitnehmer in den zahlreichen Tochtergesellschaften und Niederlassungen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum international besetzt werden.

Unter Geltung des MgVG wird die Größe des Aufsichtsrats innerhalb der Grenzen des § 95 Aktiengesetz (**AktG**) vom Satzungsgeber festgelegt. Sie ist nicht abhängig von der Arbeitnehmerzahl der Gesellschaft oder der von der Gesellschaft geführten Unternehmensgruppe. Bei der KWS SAAT SE & Co. KGaA kann die Satzung daher wie bisher einen mit sechs Mitgliedern besetzten Aufsichtsrat vorsehen. An der derzeitigen Zusammensetzung des Aufsichtsrats aus zwei Drittel Anteilseigner- und einem Drittel Arbeitnehmervertretern ändert sich unter Geltung des MgVG nichts. Dementsprechend sieht die Satzung der KWS SAAT SE & Co. KGaA weiterhin einen aus sechs Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat vor, von dem ein Drittel der Mitglieder von den Arbeitnehmern gewählt wird.

Die Besetzung des Aufsichtsrats mit sechs Mitgliedern hat sich bei der KWS SAAT SE bewährt. Wie sich nicht zuletzt in der KWS SAAT SE gezeigt hat, kann eine Sechsergruppe, die sich aus vier Aktionärsvertretern und zwei Arbeitnehmervertretern zusammensetzt, sehr effektiv zusammenarbeiten. Weil effektive Aufsichtsratsarbeit für die Belange der übernehmenden Gesellschaft und ihre Corporate Governance große Bedeutung hat, soll die bewährte Aufsichtsratsgröße auch nach dem Formwechsel beibehalten werden.

Zudem besteht unter Geltung des MgVG auch weiterhin die Möglichkeit, dass dem Aufsichtsrat Arbeitnehmervertreter aus anderen Mitgliedsstaaten der EU bzw. Vertragsstaaten des EWR angehören können. Auf diese Weise lässt sich die durch den Formwechsel in eine SE herbeigeführte Internationalisierung der Arbeitnehmerbank im Aufsichtsrat der Gesellschaft fortsetzen. Seit dem Formwechsel in eine SE wirken alle Arbeitnehmer des KWS-Konzerns in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum an der Bestellung der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat mit. Diese Mitwirkung an der Bestellung kann bei dem freiwilligen Abschluss einer Vereinbarung i.S.d. § 22 MgVG mit entsprechendem Inhalt beibehalten werden. Hierdurch wird dem Umstand Rechnung getragen, dass ein ähnlich großer Anteil des Umsatzes der KWS Gruppe in anderen EU-Mitgliedstaaten und den anderen EWR-Vertragsstaaten erwirtschaftet wird wie in Deutschland. Auf diese Weise wird auch eine höhere Identifikation der Arbeitnehmer mit der Gesellschaft ermöglicht.

#### **4.3 Organisationsstruktur nach der Verschmelzung**

Nach Wirksamwerden der Verschmelzung wird die KWS Services West S.L.U. nicht mehr existieren. Die übernehmende Gesellschaft, die nach dem Wirksamwerden des Formwechsels als KWS SAAT SE & Co. KGaA firmieren wird, wird wie die heutige KWS SAAT SE einen aus sechs Mitgliedern bestehenden drittelmitbestimmten Aufsichtsrat mit international besetzter Arbeitnehmerbank haben.

Weitere Auswirkungen auf die Organisationsstruktur der Gesellschaft wird das Wirksamwerden der Verschmelzung nicht haben. Die Gesellschaft wird als Kommanditgesellschaft auf Aktien mit der KWS SE als persönlich haftender Gesellschafterin fortbestehen. Die Organisationsstruktur der

Gesellschaft nach dem Formwechsel ist in dem dazu erstellten Umwandlungsbericht vom 24. Oktober an die Hauptversammlung der KWS SAAT SE ausführlich beschrieben.

#### **4.4 Alternativen zur Verschmelzung**

Die KWS SAAT SE und die KWS Services West S.L.U. haben geprüft, ob andere gesellschaftsrechtliche Strukturmaßnahmen als Alternative zu der beabsichtigten Verschmelzung der KWS Services West S.L.U. auf die KWS SAAT SE in Betracht kommen. Als Option für die Übertragung des Unternehmens der KWS Services West S.L.U. auf die KWS käme die Einzelrechtsübertragung im Wege eines Asset Deals mit anschließender Liquidation der KWS Services West S.L.U. in Betracht. Dieser Weg wäre jedoch deutlich aufwendiger, würde weniger Rechtssicherheit bieten als eine grenzüberschreitende Verschmelzung und wäre außerdem mit deutlich höheren Kosten verbunden.

Die grenzüberschreitende Verschmelzung der KWS Services West S.L.U. und der KWS SAAT SE zur Neugründung auf einen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bestehenden neuen Rechtsträger – das so genannte „NewCo-Modell“ – würde den vorstehend dargestellten Rahmenbedingungen ebenfalls nicht gerecht. Das NewCo-Modell wird in der Praxis vor allem in Fällen genutzt, bei denen noch keine Mehrheitsbeteiligung des übernehmenden Rechtsträgers am übertragenden Rechtsträger besteht (z.B. bei einem so genannten „Merger of Equals“) oder bei denen beide zu verschmelzende Rechtsträger börsennotiert sind und außenstehende Aktionäre haben. Da sich alle Aktien der KWS Services West S.L.U. in der Hand der KWS SAAT SE befinden, gab es für die Wahl der NewCo-Struktur keine Veranlassung. Im Gegenteil: Die Einschaltung eines weiteren Beteiligungsvehikels hätte die Erstellung eines Wertpapierprospekts erfordert und den administrativen Aufwand auch im Übrigen unnötig erhöht. Sie hätte ferner zu dem hier nicht erwünschten Untergang des Rechtsträgers der KWS SAAT SE geführt.

Eine Verschmelzung in umgekehrter Richtung – d.h. eine so genannte „Downstream“-Verschmelzung der KWS SAAT SE auf die KWS Services West S.L.U. – wäre rechtlich zwar auch möglich gewesen. Diese Variante wäre dem unternehmerischen Konzept der beteiligten Unternehmen jedoch nicht gerecht geworden. Die übernehmende Gesellschaft beabsichtigt, das Geschäft des KWS-Konzerns weiterhin aus Deutschland heraus zu steuern und ihre bestehende Börsennotierung beizubehalten.

### **5. AUSWIRKUNGEN DER VERSCHMELZUNG**

#### **5.1 Rechtliche Auswirkungen**

Durch die Eintragung der Verschmelzung in das Handelsregister der übernehmenden Gesellschaft geht das Vermögen, mithin alle Aktiva und Passiva, der KWS Services West S.L.U. als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die KWS SAAT SE über. Die gewerbliche Tätigkeit der KWS Services West S.L.U. wird nach dem Wirksamwerden der Verschmelzung von der übernehmenden Gesellschaft durch ihre spanische Zweigniederlassung fortgeführt. Gleichzeitig erlischt die KWS Services West S.L.U. als eigenständiger Rechtsträger, ohne dass es einer besonderen Liquidation bedarf. Nach Eintragung der Verschmelzung der KWS Services West S.L.U. auf die übernehmende Gesellschaft in das Handelsregister des Amtsgerichts Göttingen erfolgt die Löschung der KWS Services West S.L.U. im spanischen Handelsregister. Die Gesellschaftsanteile der KWS Services West S.L.U. gehen mit der Eintragung der Verschmelzung in das Handelsregister der übernehmenden Gesellschaft unter; die Existenz ihrer Organe und die Mandate ihrer Organmitglieder gehen zu Ende.

Auf die gesellschaftsrechtliche Struktur der übernehmenden Gesellschaft hat die Verschmelzung keine Auswirkungen. Insbesondere gibt die übernehmende Gesellschaft infolge der Verschmelzung

keine neuen Anteile aus. Die Verschmelzung als solche lässt das Grundkapital und die Beteiligungsverhältnisse an der übernehmenden Gesellschaft unverändert.

## 5.2 Auswirkungen auf die Stellung und Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

- (a) Die KWS SE wird als Komplementärin die Geschäftsführung der KWS SAAT SE & Co. KGaA übernehmen
- (b) Mitbestimmung im Aufsichtsrat

Nach Wirksamwerden der Verschmelzung wird sich die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat der Gesellschaft auf der Grundlage der Entscheidung des Vorstands der KWS SAAT SE und der Leitung der KWS Services West S.L.U. für die gesetzliche Auffangregelung (vgl. Ziffer 3.3 dieses Verschmelzungsberichts) nach den §§ 23-28 MgVG richten, wenn nicht eine Vereinbarung mit dem BVG zustande kommt. Sollten der Vorstand der KWS SAAT SE, die Leitung der KWS Services West S.L.U. und das BVG hingegen gemäß § 22 MgVG eine Vereinbarung schließen, würde sich die Mitbestimmung nach dieser richten.

In beiden Fällen wäre die Größe des Aufsichtsrats (innerhalb der Grenzen des § 95 AktG) in der Satzung der KWS SAAT SE & Co. KGaA festzulegen. Eine Veränderung der Größe des Aufsichtsrats ist anlässlich der Verschmelzung nicht beabsichtigt. Die proportionale Verteilung der Aufsichtsratssitze zwischen Anteilseigner- und Arbeitnehmerseite ergäbe sich demgegenüber bei Geltung der gesetzlichen Auffangregelung aus der Vorschrift des § 24 Abs. 1 MgVG, wenn eine Vereinbarung zustande kommt, aus dieser Vereinbarung:

- (i) Mitbestimmung bei Anwendung der gesetzlichen Auffangregelung gemäß §§ 23 ff. MgVG

Bei Anwendung der gesetzlichen Auffangregelung bemisst sich gem. § 24 Abs. 1 Satz 2 MgVG die Zahl der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Gesellschaft nach dem höchsten Anteil an Arbeitnehmervertretern, der vor der Verschmelzung in den Organen der verschmolzenen Gesellschaften bestand. Da in den Organen der KWS Services West S.L.U. keine Arbeitnehmervertreter repräsentiert sind und nach spanischem Recht bei der KWS Services West S.L.U. auch keine Mitbestimmung in den Organen vorgesehen ist, bemisst sich der Arbeitnehmervertreteranteil im Aufsichtsrat der Gesellschaft nach Wirksamwerden der Verschmelzung nach dem derzeitigen Arbeitnehmervertreteranteil im Aufsichtsrat der KWS SAAT SE. Demgemäß hat der künftige Aufsichtsrat der KWS SAAT SE & Co. KGaA nach der gesetzlichen Auffangregelung auch nach der Verschmelzung zu einem Drittel aus Arbeitnehmervertretern zu bestehen (§ 24 Abs. 1 Satz 2 MgVG).

Die Verteilung der Arbeitnehmersitze im Aufsichtsrat ist in § 25 Abs. 1 MgVG geregelt. Demnach verteilt das BVG die den Arbeitnehmern zustehenden Sitze im Aufsichtsrat auf die Mitgliedstaaten entsprechend dem jeweiligen Anteil der in den Mitgliedstaaten beschäftigten Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der in den Mitgliedstaaten beschäftigten Arbeitnehmer. Können bei dieser anteiligen Verteilung die Arbeitnehmer aus einem oder mehreren Mitgliedstaaten keinen Sitz erhalten, so hat das BVG den letzten zu verteilenden Sitz einem bisher unberücksichtigten Mitgliedstaat zuzuweisen. Mindestens ein Arbeitnehmersitz im Aufsichtsrat der Gesellschaft entfällt daher hiernach auf einen anderen Mitgliedstaat als Deutschland (vgl. schon Ziffer 3.2 (f) (ii) dieses Verschmelzungsberichts). Bei den derzeitigen Arbeitnehmerzahlen wäre dies Frankreich. Die personelle Auswahl der

Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat richtet sich nach dem Recht des Mitgliedstaats, auf den der betreffende Aufsichtsratssitz entfällt. Soweit die Mitgliedstaaten über die Besetzung der ihnen zugewiesenen Sitze keine eigenen Regelungen treffen, bestimmt das BVG die betreffenden Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat.

- (ii) Mitbestimmung bei Abschluss einer Mitbestimmungsvereinbarung gemäß § 22 MgVG

Kommt eine Mitbestimmungsvereinbarung zustande, richtet sich die Mitbestimmung im Aufsichtsrat der Gesellschaft ab dem Wirksamwerden der Verschmelzung nach dem Inhalt der Vereinbarung.

Im Grundsatz liegt der Inhalt der Mitbestimmungsvereinbarung in der Vereinbarungsfreiheit der Parteien. § 22 MgVG legt allerdings bestimmte Regelungsgegenstände fest, die in der Mitbestimmungsvereinbarung zwingend zu adressieren sind. Eine Vereinbarung über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der KWS SAAT SE & Co. KGaA müsste danach insbesondere Angaben zur Zahl der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, zum Verfahren, nach dem diese Arbeitnehmervertreter bestimmt werden, und zu ihren Rechten enthalten.

Darüber hinaus müsste die Vereinbarung Regelungen über ihren Geltungsbereich (einschließlich einer eventuellen Einbeziehung von Arbeitnehmern in Nicht-Mitgliedstaaten), den Zeitpunkt ihres Inkrafttretens und ihre Laufzeit enthalten. Ferner wären die Fälle festzulegen, in denen die Vereinbarung neu ausgehandelt werden soll, und das dabei anzuwendende Verfahren.

Der Abschluss einer Vereinbarung über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bedürfte eines entsprechenden Beschlusses des BVG, das grundsätzlich mit der Mehrheit seiner Mitglieder beschließt, wobei diese zugleich die Mehrheit der vertretenen Arbeitnehmer repräsentieren muss (§ 17 Abs. 2 MgVG).

### 5.3 Handelsbilanzielle Auswirkungen

Mit dem Wirksamwerden der Verschmelzung durch Eintragung in das Handelsregister des Amtsgerichts Göttingen gelten im Verhältnis zwischen der übernehmenden Gesellschaft und der KWS Services West S.L.U. für Zwecke der Rechnungslegung bereits alle ab dem 1. Juli 2018, 0:00 Uhr (**Verschmelzungstichtag**) vorgenommenen Handlungen der KWS Services West S.L.U. als für Rechnung der übernehmenden Gesellschaft vorgenommen. Dies gilt auch für den Übergang der Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und Vertragsbeziehungen der KWS Services West S.L.U.; diese gelten für Zwecke der deutschen Rechnungslegung im Verhältnis zwischen der KWS SAAT SE und der KWS Services West S.L.U. als bereits am Verschmelzungstichtag auf die übernehmende Gesellschaft übergegangen.

Für Zwecke der deutschen Rechnungslegung wird der Verschmelzung daher die Jahresabschlussbilanz der KWS Services West S.L.U. zum 30. Juni 2018, 24:00 Uhr zugrunde gelegt. Nach dem Verschmelzungsplan (Ziffer 5.1) gelten die Handlungen der KWS Services West S.L.U. auch für bilanzielle Zwecke mit Wirkung ab dem 1. Juli 2018, 0:00 Uhr, als für Rechnung der übernehmenden Gesellschaft vorgenommen (handelsrechtlicher Verschmelzungstichtag).

Die übernehmende Gesellschaft wird die von der KWS Services West S.L.U. auf sie übergehenden Vermögensgegenstände des Aktiv- und Passivvermögens in ihrem handelsrechtlichen Jahresabschluss zu Buchwerten ansetzen.

#### **5.4 Ertragsteuerliche Auswirkungen**

Die Verschmelzung der KWS Services West S.L.U. auf die übernehmende Gesellschaft ist von den Vorschriften des Umwandlungssteuergesetzes (UmwStG) erfasst.

Da die Verschmelzung zu Buchwerten erfolgt, ist sie für den übertragenden Rechtsträger, den übernehmenden Rechtsträger und die Anteilseigner des übernehmenden Rechtsträgers dem Grunde nach steuerneutral (§§ 11-13 UmwStG).

Bei der übernehmenden Gesellschaft bleibt ein Gewinn in Höhe des Unterschieds zwischen dem Buchwert der Anteile an der KWS Services West S.L.U. und dem Wert, mit dem die übergegangenen Wirtschaftsgüter zu übernehmen sind, abzüglich der Kosten für den Vermögensübergang, grundsätzlich außer Ansatz (sog. Übernahmeergebnis). § 8b des Körperschaftsteuergesetzes ist allerdings anzuwenden, soweit der Gewinn dem Anteil der übernehmenden Gesellschaft an der KWS Services West S.L.U. entspricht. Insoweit kommt es also zu einer Besteuerung von 5% des Übernahmeergebnisses bei der übernehmenden Gesellschaft.

Das Entstehen eines sog. Beteiligungskorrekturgewinns (Korrektur einer vorherigen Teilwertabschreibung auf die Beteiligung der KWS Services West S.L.U.) oder eines Übernahmefolgegewinns (Gewinn aus der Konfusion von Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den beteiligten Gesellschaften oder aus der Auflösung von Rückstellungen) bei der übernehmenden Gesellschaft ist nicht zu erwarten.

In Spanien erfüllt die Verschmelzung dem Grunde nach die Voraussetzungen zur Anwendung der spanischen besonderen Steuerregelungen für Verschmelzungen, Abspaltungen, Vermögensübertragungen, Beteiligungstausch und der Sitzverlegung einer europäischen Gesellschaft oder Genossenschaft von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union in einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union gemäß Titel VII des Kapitel VII des Spanischen Körperschaftsteuergesetzes 27/2014 vom 27. November 2014 und ist unter den dort genannten Voraussetzungen in Spanien steuerneutral. Innerhalb einer Frist von drei Monaten nach der Registrierung der öffentlichen Urkunde betreffend die Verschmelzung beim spanischen Handelsregister wird die erforderliche Anzeige gegenüber den spanischen Steuerbehörden erfolgen, damit die Transaktion den spanischen besonderen Steuerregelungen unterliegt.

#### **5.5 Umsatzsteuerliche Auswirkungen**

Die Verschmelzung der KWS Services West S.L.U. auf die übernehmende Gesellschaft ist nach deutschem Recht eine Geschäftsveräußerung im Ganzen, so dass der Vorgang nicht der deutschen Umsatzsteuer unterliegt. Selbiges gilt auch nach spanischem Recht, so dass die Verschmelzung der KWS Services West S.L.U. nicht der Umsatzsteuer in Spanien unterfällt.

Die Umsatzsteuerpflicht der übertragenden Gesellschaft (KWS Services West S.L.U.) erlischt mit dem Wirksamwerden der Verschmelzung, d.h. mit der Eintragung der Verschmelzung in das Handelsregister des Amtsgerichts Göttingen. Bis zu diesem Datum hat die übertragende Gesellschaft daher Umsatzsteuervoranmeldungen abzugeben.

#### **5.6 Besteuerung der Aktionäre**

Für die Aktionäre der KWS SAAT SE ergeben sich aus der Verschmelzung keine steuerlichen Auswirkungen. Die von ihnen an der KWS SAAT SE bzw. nach dem Formwechsel an der KWS SAAT SE & Co. KGaA gehaltenen Aktien werden durch die Verschmelzung nicht berührt. Die steuerliche Behandlung künftig von der Gesellschaft ausgeschütteter Dividenden erfährt durch die Verschmelzung keine Änderung.

## 5.7 Auswirkungen auf die Arbeitnehmer

### (a) Auswirkung auf die Arbeitnehmer der KWS SAAT SE

Von einer möglichen Änderung des Mitbestimmungsregimes abgesehen (siehe hierzu Ziffer 5.2), hat die Verschmelzung für die in Deutschland beschäftigten Arbeitnehmer der Gesellschaft keinerlei Auswirkungen. Ihre Arbeitsverhältnisse und bestehende betriebliche Arbeitnehmervertretungen werden durch die Verschmelzung nicht berührt.

Die Gesellschaft ist an diverse Tarifverträge gebunden. Die Geltung dieser tarifvertraglichen Regelungen wird durch die Verschmelzung nicht berührt. Selbiges gilt für die mit den diversen Betriebsratsgremien abgeschlossenen Betriebsvereinbarungen. Es sind anlässlich der Verschmelzung auch keine sonstigen Maßnahmen geplant, die die Arbeitnehmer der Gesellschaft nachteilig berühren.

### (b) Auswirkungen auf die Arbeitnehmer der KWS Services West S.L.U.

Die Verschmelzung hat einen Betriebsübergang im Sinne der Richtlinie 2001/23/EG des Rates vom 12. März 2001 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer beim Übergang von Unternehmen, Betrieben oder Unternehmens- oder Betriebsteilen (Betriebsübergangsrichtlinie) zur Folge, durch den alle Arbeitnehmer der KWS Services West S.L.U. zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Verschmelzung von Rechtswegen zu Arbeitnehmern der KWS werden, und zwar gemäß dem einschlägigen Gesetz zur Umsetzung der Betriebsübergangsrichtlinie in Spanien, d.h. Art. 44 des Königlichen Dekrets 2/2015 vom 23. Oktober 2005, durch das das Arbeitnehmerstatut genehmigt wurde. Die Gesellschaft übernimmt die volle Haftung für alle Ansprüche und erwirbt alle Rechte, die sich aus den Beschäftigungsverträgen der übergehenden Arbeitnehmer ergeben. Die Arbeitsverhältnisse der übergehenden Arbeitnehmer unterliegen auch nach dem Betriebsübergang spanischem Recht und die entsprechenden Arbeitnehmerschutzregelungen finden weiterhin Anwendung. Die Verschmelzung hat keine Auswirkungen auf den bei der KWS Services West S.L.U. am Standort Barcelona gebildeten Betriebsrat nach spanischem Recht (*Delegados de personal*). Er wird nach der Verschmelzung bei der Zweigniederlassung Barcelona der Gesellschaft fortbestehen.

Es sind anlässlich der Verschmelzung keine Maßnahmen geplant, die die Arbeitnehmer der KWS Services West S.L.U. nachteilig berühren.

## 5.8 Auswirkungen auf die Gläubiger der KWS SAAT SE

Mit Wirksamwerden der Verschmelzung geht das Vermögen der KWS Services West S.L.U. als Ganzes unter Auflösung ohne Abwicklung im Wege der Gesamtrechtsnachfolge einschließlich aller Aktiva und Passiva und einschließlich aller bestehenden Vertragsverhältnisse auf die übernehmende Gesellschaft über. Mit dem Wirksamwerden der Verschmelzung durch Eintragung in das für die übernehmende Gesellschaft zuständige Handelsregister des Amtsgerichts Göttingen wird die übernehmende Gesellschaft daher kraft Gesetzes Vertragspartnerin der bei der KWS Services West S.L.U. bestehenden Verträge, ohne dass es der Zustimmung der Gläubiger oder sonstigen Vertragspartner der KWS Services West S.L.U. zum Übergang ihrer Vertragsverhältnisse von der KWS Services West S.L.U. auf die übernehmende Gesellschaft bedarf.

Auf die rechtliche Stellung als Schuldnerin ihrer Verbindlichkeiten und Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern hat die Verschmelzung auf Seiten der übernehmenden Gesellschaft keinen Einfluss. Die übernehmende Gesellschaft bleibt auch nach Wirksamwerden der Verschmelzung ihren

Gläubigern gegenüber im gleichen Umfang verpflichtet. Deren Rechte ergeben sich aus § 122a Abs. 2 i.V.m. § 22 UmwG. Danach ist den Gläubigern der übernehmenden Gesellschaft Sicherheit zu leisten, soweit sie nicht Befriedigung verlangen können, wenn sie binnen sechs Monaten nach dem Tag, an dem die Eintragung der Verschmelzung in das Register des Sitzes der KWS nach § 122a Abs. 2 i.V.m. § 19 Abs. 3 UmwG bekannt gemacht worden ist, ihren Anspruch nach Grund und Höhe schriftlich anmelden. Dieses Recht steht den Gläubigern jedoch nur zu, wenn sie glaubhaft machen, dass durch die Verschmelzung die Erfüllung ihrer Forderungen gefährdet wird. Die Gläubiger werden in der Bekanntmachung der Eintragung der Verschmelzung im Handelsregister der übernehmenden Gesellschaft auf dieses Recht hingewiesen werden (§ 122a Abs. 2 i.V.m. § 22 Abs. 1 Satz 3 UmwG). Gemäß § 122a Abs. 2 i.V.m. § 22 Abs. 2 UmwG steht das Recht, Sicherheitsleistung zu verlangen, den Gläubigern nicht zu, die im Fall der Insolvenz ein Recht auf vorzugsweise Befriedigung aus einer Deckungsmasse haben, die nach gesetzlicher Vorschrift zu ihrem Schutz errichtet und staatlich überwacht ist.

Die Rechte der Gläubiger sowie der Anspruch auf Sicherheitsleistung sind schriftlich unmittelbar gegenüber der übernehmenden Gesellschaft unter der Anschrift KWS SAAT SE & Co. KGaA, Grimsehlstraße 31, 37574 Einbeck, zu Händen von Herrn Wolf-Gebhard von der Wense geltend zu machen. Hierzu ist eine genaue Beschreibung der zugrunde liegenden Forderung erforderlich, so dass eine Individualisierung ohne weitere Nachforschungen möglich ist. Die Sicherheitsleistung muss spätestens sechs Monate nach Bekanntmachung der Eintragung der Verschmelzung in das Handelsregister der übernehmenden Gesellschaft gefordert werden.

Ein Anspruch der Gläubiger der KWS SAAT SE, die Verschmelzung zu verhindern oder zu untersagen, besteht nicht.

Der Vorstand der KWS SAAT SE ist überzeugt, dass die Verschmelzung der KWS Services West S.L.U. auf die übernehmende Gesellschaft die Erfüllung der Forderungen der Gläubiger der übernehmenden Gesellschaft nicht gefährdet. Es ist nicht zu erwarten, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen der Verschmelzung sich auf die Fähigkeit der übernehmenden Gesellschaft, ihre Gläubiger zu befriedigen, nachteilig auswirken werden.

Es ist daher nicht zu erwarten, dass die Gläubiger der übernehmenden Gesellschaft erfolgreich die Gefährdung der Erfüllung ihrer Forderungen werden glaubhaft machen können.

#### **5.9 Auswirkungen auf die Gläubiger der KWS Services West S.L.U.**

Die Zustimmung der Anteilseignerversammlungen der übertragenden Gesellschaft und der übernehmenden Gesellschaft muss in einer in Spanien landesweit vertriebenen Zeitung und im Amtsblatt des Handelsregisters (*Boletín Oficial del Registro Mercantil*) bekannt gemacht werden.

Nach spanischem Recht und in Übereinstimmung mit Artikel 44 LME kann ein Gläubiger der übertragenden Gesellschaft nur dann innerhalb eines Monats ab Bekanntmachung der Zustimmung der Anteilseignerversammlungen eine Sicherheit in Höhe seiner Forderungen von der übertragenden Gesellschaft verlangen, wenn (i) seine Forderung bereits vor der Hinterlegung dieses Verschmelzungsplans beim spanischen Handelsregister bestand, (ii) er der übertragenden Gesellschaft seinen Widerspruch zu der Verschmelzung innerhalb der Monatsfrist mitgeteilt hat und (iii) die übertragende Gesellschaft in Bezug auf die Forderung keine Sicherheit gewährt hat.

#### **5.10 Auswirkungen auf die Aktionäre der KWS SAAT SE**

Die Struktur der übernehmenden Gesellschaft, die zeitgleich mit dem Wirksamwerden der Verschmelzung in die Rechtsform der Kommanditgesellschaft auf Aktien wechselt, und das zu diesem Zeitpunkt in der Satzung ausgewiesene Grundkapital werden durch die Verschmelzung nicht

verändert. Da die KWS Services West S.L.U. eine 100%-ige Tochtergesellschaft der KWS SAAT SE ist, bleibt auch die wirtschaftliche Substanz der KWS Gruppe unberührt. Es gibt keine außenstehenden Anteilseigner der KWS Services West S.L.U., denen ggf. ein Abfindungsangebot zu unterbreiten wäre. Der Kreis der Aktionäre der übernehmenden Gesellschaft und die von jedem Aktionär gehaltene Beteiligungsquote werden durch die Verschmelzung nicht verändert, da zur Durchführung der Verschmelzung keine Aktien ausgegeben werden. Die Dividendenpolitik der übernehmenden Gesellschaft wird durch die Verschmelzung nicht berührt.

## **6. ERLÄUTERUNG DES VERSCHMELZUNGSPLANS**

### **6.1 Überblick**

Der durch den Vorstand der KWS SAAT SE und der Geschäftsführung der KWS Services West S.L.U. aufgestellte gemeinsame Verschmelzungsplan ist die rechtliche Grundlage der Verschmelzung. Der Verschmelzungsplan – mitsamt allen Anlagen – ist diesem Verschmelzungsbericht als **Anlage 1** beigelegt.

### **6.2 Vermögensübertragung im Wege der grenzüberschreitenden Verschmelzung durch Aufnahme (Ziffer 2)**

Wie auch unter Ziffer 3.1 dieses Verschmelzungsberichts erläutert, wird in diesem Abschnitt des Verschmelzungsplans die Form und die Konstellation der Verschmelzung der KWS Services West S.L.U. auf die Gesellschaft beschrieben. Mit der Verschmelzung überträgt die KWS Services West S.L.U. ihr Vermögen als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten unter Auflösung ohne Abwicklung auf die Gesellschaft als übernehmende Gesellschaft (Verschmelzung durch Aufnahme). Mit dem Wirksamwerden der Verschmelzung geht das gesamte Vermögen (d.h. alle Aktiva und Passiva) der KWS Services West S.L.U. im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die Gesellschaft über.

### **6.3 Wirksamwerden der Verschmelzung (Ziffer 3)**

Ziffer 3 des Verschmelzungsplans regelt, dass die Verschmelzung mit ihrer Eintragung in das für die Gesellschaft zuständige Handelsregister des Amtsgerichts Göttingen wirksam wird..

### **6.4 Keine Gegenleistung; Entbehrlichkeit weiterer Angaben; Auswirkungen der Verschmelzung auf Leistungspflichten der Gesellschafter (Ziffer 4)**

In diesem Abschnitt des Verschmelzungsplans wird dargestellt, weshalb im Falle der hier vorliegenden Verschmelzung keine Angaben zur Gegenleistung erforderlich sind. Denn da sich alle Anteile an der übertragenden Gesellschaft in der Hand der KWS SAAT SE befinden, ist eine Erhöhung des Grundkapitals der übernehmenden Gesellschaft durch Ausgabe neuer Aktien zur Durchführung der Verschmelzung nicht gestattet (§ 122a Abs. 2 i.V.m. § 68 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 UmwG). Für die Übertragung des Vermögens der übertragenden Gesellschaft auf die übernehmende Gesellschaft werden somit keine Anteile der übernehmenden Gesellschaft gewährt. Im Verschmelzungsplan entfallen daher (i) die Angaben über das Umtauschverhältnis und etwaige bare Zuzahlungen (§ 122c Abs. 2 Nr. 2 UmwG bzw. Art. 49.1 LME), (ii) die Angaben hinsichtlich der Übertragung von neuen Geschäftsanteilen der übernehmenden Gesellschaft (§ 122c Abs. 2 Nr. 3 UmwG bzw. 49.1 LME) und (iii) die Angabe des Zeitpunkts, von dem an neu ausgegebene Anteile das Recht auf Beteiligung am Gewinn gewähren (§ 122c Abs. 2 Nr. 5 UmwG bzw. Art. 49.1 LME). Da die Satzung der KWS Services West S.L.U. keine statutarischen Leistungspflichten der Gesellschafter nach spanischem Recht festlegt, werden aufgrund der Verschmelzung auch keine Folgen eintreten oder Ausgleichszahlungen erforderlich (vgl. Art. 31.3<sup>a</sup> LME).

## **6.5 Verschmelzungsstichtag; steuerlicher Übertragungsstichtag; Bilanzstichtage (Ziffer 5)**

In diesem Abschnitt des Verschmelzungsplans werden, wie auch unter Ziffer 5.1 bis 5.5 dieses Verschmelzungsberichts erläutert, die bilanz- und steuerrechtlichen Bedingungen und Auswirkungen der Verschmelzung geregelt.

Die Übernahme des Vermögens der KWS Services West S.L.U. durch die Gesellschaft erfolgt für Zwecke der deutschen Rechnungslegung mit Wirkung ab dem 1. Juli 2018, 0:00 Uhr (Verschmelzungsstichtag i.S.v. § 122c Abs. 2 Nr. 6 UmwG und Art. 31.7 LME). Die Gesellschaft wird die in der Bilanz der KWS Services West S.L.U. zum 30. Juni 2018 angesetzten Werte des übergelenden Aktiv- und Passivvermögens in ihre Rechnungslegung übernehmen und dort fortführen (Buchwertfortführung).

Hiervon zu unterscheiden ist die für die interne Bewertung des zu übertragenden Aktiv- und Passivvermögens der KWS Services West S.L.U. gemäß Art. 31.9<sup>a</sup> LME zu verwendende Bilanz (sog. Verschmelzungsbilanz). Dieser gemäß den spanischen Verschmelzungsvorschriften anzugebenden Bewertung ist im vorliegenden Fall zwingend die Verschmelzungsbilanz der KWS Services West S.L.U., die dem Jahresabschluss zum 30. Juni 2018 entspricht, zugrunde zu legen. Denn nach zwingendem spanischem Recht hat der Stichtag dieser Verschmelzungsbilanz entweder dem Ende des vor der Aufstellung des Verschmelzungsplans liegenden Geschäftsjahres zu entsprechen, wenn die Aufstellung des Verschmelzungsplans innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres erfolgt, oder darf bei Aufstellung des Verschmelzungsplans nicht mehr als drei Monate zurückliegen. Da der Verschmelzungsplan vorliegend am 24. Oktober 2018, und mithin vor dem Ablauf von sechs Monaten nach Aufstellung des Jahresabschlusses der KWS Services West S.L.U. zum 30. Juni 2018 aufgestellt wurde, ist der maßgebliche Bilanzstichtag für die interne Bewertung nach zwingendem spanischem Recht der 30. Juni 2018. Diese Festlegung des Stichtages gemäß spanischem Recht und die Bewertung auf Grundlage der von der KWS Services West S.L.U. gebilligten Verschmelzungsbilanz hat keinerlei Auswirkungen auf die Festlegung des Verschmelzungsstichtags i.S. des § 122c Abs. 2 Nr. 6 UmwG und Art. 31.7 LME; vielmehr sind der Verschmelzungsstichtag und der Stichtag dieser Bewertung voneinander unabhängig.

Steuerlicher Übertragungs- und Übernahmestichtag für deutsche steuerliche Zwecke ist der 30. Juni 2018, 24:00 Uhr.

Die nach § 122c Abs. 2 Nr. 12 UmwG und Art. 31.10 und Art. 36 LME anzugebenden Stichtage der Bilanzen, die zur Festlegung der Bedingungen der Verschmelzung verwendet werden, sind für die übernehmende Gesellschaft der 30. Juni 2018 und für die übertragende Gesellschaft ebenfalls der 30. Juni 2018.

## **6.6 Angaben zur Bewertung des Aktiv- und Passivvermögens der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften; ertragsteuerliche Auswirkungen; umsatzsteuerliche Auswirkungen (Ziffer 6)**

In diesem Abschnitt des Verschmelzungsplans wird dargelegt, dass die interne Bewertung des infolge der Verschmelzung auf die Gesellschaft zu übertragenden Aktiv- und Passivvermögens der KWS Services West S.L.U. auf Basis der Verschmelzungsbilanz der KWS Services West S.L.U., die ihrem Jahresabschluss entspricht, zum 30. Juni 2018 erfolgt. Die Bewertung zu diesem Stichtag ist gemäß Art. 31.9<sup>a</sup> LME zwingend vorgesehen (siehe zuvor unter Ziff. 6.5). Demnach hat der Stichtag der Verschmelzungsbilanz entweder dem Ende des vor der Aufstellung des Verschmelzungsplans liegenden Geschäftsjahres zu entsprechen, wenn die Aufstellung des Verschmelzungsplans bis zum Ablauf von sechs Monaten nach dem Ende des Geschäftsjahres erfolgt, oder darf bei Aufstellung des Verschmelzungsplans nicht älter als drei Monate sein. Da der Verschmelzungsplan vorliegend nach dem 30. Juni 2018, nämlich am 24. Oktober 2018, aufgestellt wurde, und mithin nicht länger als

sechs Monate nach Aufstellung des Jahresabschlusses der KWS Services West S.L.U. zum 30. Juni 2018 aufgestellt wurde, ist nach spanischem Recht der maßgebliche Bilanzstichtag für die interne Bewertung bei der KWS Services West S.L.U. somit der 30. Juni 2018. Diese Festlegung des Stichtages gemäß spanischem Recht und die Bewertung auf Grundlage der durch KWS Services West S.L.U. gebilligten Verschmelzungsbilanz hat keinerlei Auswirkungen auf die Festlegung des Verschmelzungsstichtags i.S. des § 122c Abs. 2 Nr. 6 UmwG und Art. 31.7 LME; vielmehr sind der Verschmelzungsstichtag und der Stichtag dieser Bewertung voneinander unabhängig. Die Tatsache, dass als Verschmelzungsbilanz der zum 30. Juni 2018 erstellte Jahresabschluss der KWS Services West S.L.U. zur Erfüllung der Vorschriften von Artikel 36 LME zugrunde gelegt wird, soll in keiner Weise Auswirkungen auf die Erfüllung der Berichtspflichten der KWS Services West S.L.U. (einschließlich der Verpflichtung zur Erstellung des Jahresabschlusses für das am 30. Juni 2019 endende Geschäftsjahr) haben, denen die KWS Services West S.L.U. nach der Aufstellung des Verschmelzungsplans, nachkommen muss.

Hinsichtlich der ertragsteuerlichen Auswirkungen wird darauf hingewiesen, dass die Verschmelzung handelsrechtlich in §§ 122a ff. UmwG geregelt ist und damit von den Vorschriften des Umwandlungssteuergesetzes (UmwStG) erfasst wird. Die Steuerneutralität der Verschmelzung ist beim Anteilseigner, der übertragenden Gesellschaft sowie der übernehmenden Gesellschaft gegeben (§§ 11-13 UmwStG). Bei der übernehmenden Gesellschaft bleibt ein Gewinn in Höhe des Unterschieds zwischen dem Buchwert der Anteile an der KWS Services West S.L.U. und dem Wert, mit dem die übergegangenen Wirtschaftsgüter zu übernehmen sind, abzüglich der Kosten für den Vermögensübergang, grundsätzlich außer Ansatz (sog. Übernahmeergebnis). § 8b des Körperschaftsteuergesetzes ist allerdings anzuwenden, soweit der Gewinn dem Anteil der übernehmenden Gesellschaft an der KWS Services West S.L.U. entspricht. Insoweit kommt es also zu einer Besteuerung von 5% des Übernahmeergebnisses bei der übernehmenden Gesellschaft. Das Entstehen eines sog. Beteiligungskorrekturgewinns (Korrektur einer vorherigen Teilwertabschreibung auf die Beteiligung der KWS Services West S.L.U.) oder eines Übernahmefolgegewinns (Gewinn aus der Konfusion von Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den beteiligten Gesellschaften oder aus der Auflösung von Rückstellungen) bei der übernehmenden Gesellschaft ist nicht zu erwarten.

In Spanien erfüllt die Verschmelzung dem Grunde nach die Voraussetzungen zur Anwendung der spanischen besonderen Steuerregelungen für Verschmelzungen, Abspaltungen, Vermögensübertragungen, Beteiligungstausch und der Sitzverlegung einer europäischen Gesellschaft oder Genossenschaft von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union in einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union gemäß Titel VII des Kapitel VII des Spanischen Körperschaftsteuergesetzes 27/2014 vom 27. November 2014 und ist unter den dort genannten Voraussetzungen in Spanien steuerneutral. Innerhalb einer Frist von drei Monaten nach der Registrierung der öffentlichen Urkunde betreffend die Verschmelzung beim spanischen Handelsregister wird die erforderliche Anzeige gegenüber den spanischen Steuerbehörden erfolgen, damit die Transaktion den spanischen besonderen Steuerregelungen unterliegt.

Ferner wird in diesem Abschnitt erläutert, dass die Verschmelzung der KWS Services West S.L.U. auf die Gesellschaft nach deutschem Recht eine Geschäftsveräußerung im Ganzen ist, so dass der Vorgang nicht der deutschen Umsatzsteuer unterliegt. Selbiges gilt auch nach spanischem Recht, so dass die Verschmelzung der KWS Services West S.L.U. nicht der Umsatzsteuer in Spanien unterfällt. Die Umsatzsteuerpflicht der übertragenden Gesellschaft (KWS Services West S.L.U.) erlischt mit dem Wirksamwerden der Verschmelzung, d.h. mit der Eintragung der Verschmelzung in das Handelsregister des Amtsgerichts Göttingen.

#### **6.7 Keine Gewährung besonderer Rechte (Ziffer 7)**

In diesem Abschnitt wird geregelt, dass die übernehmende Gesellschaft weder den Gesellschaftern der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften noch etwaigen Inhabern von anderen Wertpapieren als Gesellschaftsanteilen Rechte im Sinne von § 122c Abs. 2 Nr. 7 UmwG und Artikel 31.4<sup>a</sup> LME gewährt und dass auch keine Maßnahmen im Sinne dieser Vorschriften vorgeschlagen werden.

#### **6.8 Geschäftsführung durch die KWS SE als persönlich haftender Gesellschafterin, Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Ziffer 8)**

Im Zuge des Formwechsels tritt die KWS SE als persönlich haftende Gesellschafterin in die übernehmende Gesellschaft ein. Es wird nicht beabsichtigt, die Stellung oder die Zusammensetzung der persönlich haftenden Gesellschafterin KWS SE als dem zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Verschmelzung zuständigen Geschäftsführungsorgan der übernehmenden Gesellschaft nach dem Wirksamwerden der Verschmelzung zu verändern. Die übernehmende Gesellschaft wird zeitgleich mit der Verschmelzung in die Rechtsform einer Kommanditgesellschaft auf Aktien umgewandelt. Nach dem Wirksamwerden des Formwechsels und der Verschmelzung werden ihre Geschäfte daher nicht mehr vom Vorstand der Gesellschaft, sondern von der persönlich haftenden Gesellschafterin geführt werden. Die KWS SE bleibt auch nach Wirksamwerden der Verschmelzung die persönlich haftende Gesellschafterin der übernehmenden Gesellschaft.

Es ist auch nicht beabsichtigt, in der Zusammensetzung des Aufsichtsrats der übernehmenden Gesellschaft andere als die Änderungen vorzunehmen, die durch den Wechsel des auf die übernehmende Gesellschaft anwendbaren Mitbestimmungsrechts erforderlich sind. Diese Änderungen sind in Abschnitt 5.2 dieses Verschmelzungsberichts im Einzelnen beschrieben.

#### **6.9 Keine Gewährung besonderer Vorteile (Ziffer 9)**

Der Abschnitt erläutert, dass die Organstellung des Mitglieds der Geschäftsführung der KWS Services West S.L.U. mit dem Wirksamwerden der Verschmelzung erlischt. Besondere Vorteile i.S.d. § 122c Abs. 2 Nr. 8 UmwG bzw. Art. 31.5<sup>a</sup> und Art. 59.2.1<sup>a</sup> LME wurden und werden den Verwaltungs-, Leitungs-, Aufsichts- oder Kontrollorganen der KWS Services West S.L.U. bzw. der übernehmenden Gesellschaft nicht gewährt.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die Organstellung der zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Verschmelzung persönlich haftenden Gesellschafterin und der zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Verschmelzung amtierenden Mitglieder des Aufsichtsrats der übernehmenden Gesellschaft auch nach Wirksamwerden der Verschmelzung fortbestehen können.

Da sich alle Anteile der KWS Services West S.L.U. in der Hand der KWS SAAT SE befinden, bedarf es gemäß § 122f Satz 1 i.V.m. § 9 Abs. 2 UmwG bzw. Artikel 49.1.2 LME keiner Verschmelzungsprüfung und dementsprechend auch keiner Bestellung eines Verschmelzungsprüfers. Besondere Vorteile im Sinne von § 122c Abs. 2 Nr. 8 UmwG oder Artikeln 31.5<sup>a</sup> und 59.2.1<sup>a</sup> LME zugunsten von Sachverständigen, die den Verschmelzungsplan prüfen, können daher nicht gewährt werden.

#### **6.10 Satzung der KWS SAAT SE und der KWS SAAT SE & Co. KGaA (Ziffer 10)**

Zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Verschmelzung wird bei der übernehmenden Gesellschaft nicht mehr die Satzung in ihrer heutigen Fassung gelten, weil zu diesem Zeitpunkt der Formwechsel in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien wirksam wird; die übernehmende Gesellschaft wird in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft auf Aktien eine andere Satzung haben als in der Rechtsform

der Europäischen Gesellschaft. Die Satzungen der KWS SAAT SE als auch der KWS SAAT SE & Co. KGaA sind dem Verschmelzungsplan als Anlagen beigelegt. Das Wirksamwerden der Verschmelzung hat keine Auswirkungen auf die Satzung der übernehmenden Gesellschaft.

#### **6.11 Voraussichtliche Auswirkungen der Verschmelzung auf die Beschäftigung (Ziffer 11)**

Ziffer 11 des Verschmelzungsplans stellt die Auswirkungen der Verschmelzung für die Arbeitnehmer der Gesellschaft und der KWS Services West S.L.U. dar. Insoweit wird erläuternd auf die Ausführungen unter Ziffer 5.7 dieses Verschmelzungsberichts verwiesen.

Die Verschmelzung hat keinerlei Auswirkungen für die Arbeitnehmer der KWS SAAT SE. Die Arbeitsverhältnisse bleiben unverändert bestehen, individualvertragliche und kollektive Regelungen gelten unverändert fort. Betriebsänderungen oder sonstige organisatorische Anpassungen sind aufgrund der Verschmelzung nicht geplant. Auch hat die Verschmelzung keinerlei Auswirkungen auf die Betriebsräte an den Standorten Einbeck (gemeinsamer Betrieb mit der KWS Services Deutschland GmbH), Gondelsheim, Seligenstadt und Wanzleben-Börde noch auf den Gesamtbetriebsrat. Der bestehende, als „EUROPEAN EMPLOYEE COMMITTEE“ bezeichnete, SE-Betriebsrat der KWS SAAT SE ist an die Rechtsform der SE gebunden, sodass er mit Wirksamwerden von Formwechsel und grenzüberschreitender Verschmelzung grundsätzlich als SE-Betriebsrat erlischt. Da die KWS Gruppe eine gemeinschaftsweit tätige Unternehmensgruppe ist, deren herrschendes Unternehmen seinen Sitz in Deutschland hat, kann anstelle des bisherigen als „EUROPEAN EMPLOYEE COMMITTEE“ bezeichneten SE-Betriebsrats ein Europäischer Betriebsrat nach den Vorschriften des EBRG gebildet werden. Die Gesellschaft beabsichtigt, mit Arbeitnehmervertretern entweder eine Vereinbarung zur Fortführung des EUROPEAN EMPLOYEE COMMITTEE auf freiwilliger Basis abzuschließen oder dieses in einen Europäischen Betriebsrat zu überführen.

Die in der KWS Services West S.L.U. beschäftigten Arbeitnehmer werden kraft Gesetzes zu Arbeitnehmern der Gesellschaft, die eine Zweigniederlassung in Barcelona führen wird. Ihre Arbeitsverhältnisse bleiben durch die Verschmelzung unberührt.

#### **6.12 Verfahren zur Regelung der Beteiligung der Arbeitnehmer an der Festlegung ihrer Mitbestimmungsrechte (Ziffer 12)**

Wie auch unter Ziffer 5.2 dieses Verschmelzungsberichts erläutert, werden in Ziffer 12 des Verschmelzungsplans die einzelnen Schritte und Aspekte des Verfahrens über die Regelung der Beteiligung der Arbeitnehmer bei der Festlegung ihrer Mitbestimmungsrechte nach dem MgVG dargestellt.

Hier wird eingehend erläutert, dass die Voraussetzungen des § 5 MgVG erfüllt sind und daher die Durchführung eines Arbeitnehmerbeteiligungsverfahrens gemäß den Vorschriften des MgVG erforderlich ist. Außerdem wird dargelegt, dass der Vorstand der KWS SAAT SE und die Leitung der KWS Services West S.L.U. am 24. Oktober 2018 entschieden haben, unmittelbar und ohne vorgehende Verhandlungen mit dem BVG für die Anwendung der gesetzlichen Auffanglösung ab Eintragung der Verschmelzung zur Anwendung zu bringen und dass die hierfür erforderlichen weiteren Voraussetzungen von § 23 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 MgVG vorliegen.

Auch für die KWS Services West S.L.U. richten sich die Bedingungen der Mitbestimmung von Arbeitnehmervertretern gemäß Art. 67 LME nach dem hier einschlägigen deutschen Recht, dem MgVG, und nicht nach dem spanischen Arbeitnehmermitbestimmungsgesetz. Lediglich die Wahl des die spanischen Arbeitnehmer repräsentierenden Mitglieds des BVG richtet sich nach spanischem Recht.

### **6.13 Bedingungen zur Ausübung der Rechte der Gläubiger und Minderheitsgesellschafter der jeweiligen an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften (Ziffer 13)**

In diesem Abschnitt werden die Folgen der Verschmelzung für sämtliche Gläubiger der übertragenden Gesellschaft dargestellt, die Gläubiger der übernehmenden Gesellschaft werden. Ferner werden die Folgen der Verschmelzung für die Gläubiger der übernehmenden Gesellschaft erläutert. Zudem werden die Rechte der Aktionäre der KWS SAAT SE dargestellt.

Hinsichtlich der Gläubiger der KWS Services West S.L.U. gilt Folgendes: Die Zustimmungen der Gesellschafterversammlung der KWS Services West S.L.U. und, wenn eine solche Beschlussfassung erfolgt, die Zustimmung der Hauptversammlung der KWS SAAT SE sind in einer in Spanien landesweit vertriebenen Zeitung und im Amtsblatt des Handelsregisters (*Boletín Oficial del Registro Mercantil*) bekannt zu machen. Die Gläubiger der KWS Services West S.L.U. können innerhalb eines Monats nach Bekanntmachung eine Sicherheit in Höhe ihrer Forderungen von der KWS verlangen, wenn (i) ihre jeweilige Forderung bereits vor der Hinterlegung dieses Verschmelzungsplans beim spanischen Handelsregister bestand, (ii) sie innerhalb der Monatsfrist der übertragenden Gesellschaft ihren Widerspruch zu der Verschmelzung mitgeteilt haben und (iii) die übertragende Gesellschaft in Bezug auf die Forderung keine Sicherheit gewährt hat.

Für die Gläubiger der Gesellschaft) gilt, dass die Verschmelzung keine Auswirkung auf ihre rechtliche Position hat. Ihnen ist nur in den gemäß § 122a Abs. 2 i.V.m. § 22 UmwG vorgesehenen Fällen Sicherheit zu leisten. Die gesetzlichen Voraussetzungen werden in Ziffer 13.4 des Verschmelzungsplans näher erläutert. Hierzu wird ergänzend auf die Ausführungen unter Ziffer 5.8 dieses Verschmelzungsberichts verwiesen.

Auf die Darstellung oder Regelung der Rechte von Minderheitsgesellschaftern der KWS Services West S.L.U. im Verschmelzungsplan wurde verzichtet, da die KWS SAAT SE einzige Anteilseignerin der KWS Services West S.L.U. ist und somit die übertragende Gesellschaft keine Minderheitsgesellschafter hat.

Hinsichtlich der Aktionäre der KWS SAAT SE gilt Folgendes: Da die KWS SAAT SE sämtliche Anteile an der KWS Services West S.L.U. hält, ist ein Hauptversammlungsbeschluss der KWS SAAT SE gemäß § 62 Abs. 1 und 2 UmwG i. V. m. § 122a Abs. 2 UmwG nur erforderlich, wenn Aktionäre der KWS SAAT SE, deren Anteile zusammen den zwanzigsten Teil des Grundkapitals der KWS SAAT SE erreichen, die Einberufung einer Hauptversammlung verlangen, in der über die Zustimmung zu der Verschmelzung beschlossen wird.

Das Gesetz sieht für ein solches Einberufungsverlangen keine Frist vor. Nach einhelliger Auffassung in der juristischen Literatur ist die übernehmende Gesellschaft berechtigt, ihren Aktionären eine Frist zur Geltendmachung dieses Minderheitsverlangens zu setzen. Dabei wird ganz überwiegend die Auffassung vertreten, dass eine solche Frist nicht kürzer sein dürfe als ein Monat, gerechnet ab dem Tag der Veröffentlichung der Hinweisbekanntmachung gemäß § 62 Abs. 3 S. 2 UmwG. Der Vorstand der KWS SAAT SE hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und eine Frist bis zum 3. Dezember 2018 gesetzt.

Für den Fall, dass die Hauptversammlung der KWS SAAT SE über die Verschmelzung zu entscheiden hat, könnten die Aktionäre der KWS SAAT SE ihre Zustimmung zu der Verschmelzung nach § 122g Abs. 1 UmwG davon abhängig machen, dass die Art und Weise der Mitbestimmung der Arbeitnehmer der übernehmenden Gesellschaft ausdrücklich von ihnen bestätigt wird.

Ansprüche auf eine Barabfindung gemäß § 122i UmwG bestehen nicht, da die übernehmende Gesellschaft eine deutsche Gesellschaft ist.

Die Aktionäre werden in der Bekanntmachung der Einreichung des Verschmelzungsplans durch das Handelsregister der KWS auf diese Rechte hingewiesen werden (§ 122d Satz 3 Nr. 4 UmwG).

#### **6.14 Rücktrittsvorbehalt (Ziffer 14)**

In diesem Abschnitt des Verschmelzungsplans wird das Rücktrittsrecht der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften geregelt. Sofern die Verschmelzung nicht bis zum 30. September 2019 in das für die übernehmende Gesellschaft zuständige Handelsregister beim Amtsgericht Göttingen eingetragen wurde, ist jede an der Verschmelzung beteiligte Gesellschaft zum Rücktritt von dem Verschmelzungsplan berechtigt.

#### **6.15 Kosten (Ziffer 15)**

Die KWS SAAT SE und die KWS Services West S.L.U. haben festgelegt, dass die KWS SAAT SE und die KWS Services West S.L.U. die ihnen im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Verschmelzung entstehenden Kosten jeweils selbst tragen. Die gemeinsam veranlassten Kosten werden von der übernehmenden Gesellschaft getragen. Die durch die Bildung und Tätigkeit des BVG entstehenden erforderlichen Kosten tragen gem. § 20 MgVG die übertragende und die übernehmende Gesellschaft gesamtschuldnerisch. Die Kostentragungspflicht umfasst die sachlichen und persönlichen Kosten, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit des BVG, einschließlich der Verhandlungen des BVG mit den Leitungen der verschmelzenden Gesellschaften, entstehen.

#### **6.16 Abschließende Bestimmungen (Ziffer 16)**

Für den Fall, dass einzelne Bestimmungen des Verschmelzungsplans unwirksam, undurchführbar oder nicht durchsetzbar sein oder werden sollten, wird geregelt, dass dies die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen des Verschmelzungsplans nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich stattdessen, eine Bestimmung zu vereinbaren, die wirksam ist und der unwirksamen Bestimmung rechtlich und wirtschaftlich am ehesten entspricht. Entsprechendes wird im Hinblick auf etwaige Regelungslücken vereinbart. Änderungen des Verschmelzungsplans bedürfen der notariellen Beurkundung, soweit dies nach dem anwendbaren Recht zwingend erforderlich ist. Ansonsten bedürfen Änderungen oder Ergänzungen des Verschmelzungsplans zumindest der Schriftform.

\*\*\*

Einbeck, den 24. Oktober 2018

**KWS SAAT SE**



---

Dr. Hagen Duenbostel

Vorstandssprecher



---

Eva Kienle

Mitglied des Vorstands



---

Dr. Peter Hofmann

Mitglied des Vorstands



---

Dr. Léon Broers

Mitglied des Vorstands

## ANLAGE 1

### Gemeinsamer Verschmelzungsplan für die grenzüberschreitende Verschmelzung der KWS Services West S.L.U. auf die KWS SAAT SE

Der Vorstand der KWS SAAT SE und der alleinige Geschäftsführer der KWS Services West S.L.U. stellen hiermit folgenden gemeinsamen Verschmelzungsplan (der **Verschmelzungsplan**) auf:

El Comité ejecutivo de KWS SAAT SE y el administrador único de KWS Services West S.L.U. elaboran el siguiente proyecto común de fusión transfronteriza (el **Proyecto Común de Fusión**):

#### I. PRÄAMBEL

- (A) Die KWS SAAT SE ist eine Europäische Gesellschaft (*Societas Europaea*) mit satzungsmäßigem Sitz in Einbeck, Deutschland, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Göttingen unter der Nummer HRB 204567 (nachfolgend **KWS SAAT SE**). Ihre Geschäftsadresse lautet Grimsehlstraße 31, 37574 Einbeck, Deutschland. Das Grundkapital der KWS SAAT SE beträgt nach der Satzung (Stand: 14. Dezember 2017) EUR 19.800.000,00. Es ist eingeteilt in 6.600.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien.
- (B) Die Hauptversammlung der KWS SAAT SE wird am 14. Dezember 2018 über den Formwechsel der KWS SAAT SE in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA) beschließen (nachfolgend der **Formwechsel**). Nach Wirksamwerden des Formwechsels wird die übernehmende Gesellschaft als KWS SAAT SE & Co. KGaA firmieren (nachfolgend jeweils die **übernehmende Gesellschaft**). Persönlich haftende Gesellschafterin der KWS SAAT SE & Co. KGaA wird die KWS SE sein. Ebenfalls wird die Hauptversammlung der KWS SAAT SE eine Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln unter Ausgabe neuer Aktien beschließen. Nach Wirksamwerden der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln wird das Grundkapital der übernehmenden Gesellschaft EUR 99.000.000,00 betragen und in 33.000.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien eingeteilt sein.

#### I. EXPOSITIVOS

- (A) KWS SAAT SE es una Sociedad Europea (*Societas Europaea*) con domicilio social en Einbeck, Alemania, inscrita en el Registro Mercantil dependiente del Tribunal de Göttingen bajo el número de registro 204567 (en lo sucesivo, **KWS SAAT SE**). Su domicilio social es Grimsehlstraße 31, 37574 Einbeck, Alemania. De conformidad con los Estatutos Sociales (con fecha 14 de diciembre de 2017), el capital social de KWS SAAT SE asciende a EUR 19.800.000,00, dividido en 6.600.000 acciones al portador sin valor nominal.
- (B) La Junta General Ordinaria de Accionistas de KWS SAAT SE resolverá el próximo 14 de diciembre de 2018 la transformación de KWS SAAT SE en sociedad comanditaria por acciones (*Kommanditgesellschaft auf Aktien – KGaA*) (en lo sucesivo, la **Transformación**). Una vez completada la Transformación, la compañía adquirente modificará su denominación social a KWS SAAT SE & Co. KGaA (en lo sucesivo, denominada respectivamente como **Sociedad Absorbente**). El socio colectivo de KWS SAAT SE & Co. KGaA será KWS SE. La Junta General Ordinaria de Accionistas de KWS SAAT SE también decidirá sobre una ampliación de capital con cargo a fondos propios mediante la emisión de nuevas acciones. Una vez se complete la ampliación de capital con cargo a fondos propios, el capital social de la Transformada ascenderá a EUR 99.000.000,00 y estará dividido en 33.000.000 acciones al portador sin valor nominal.

- (C) Die KWS Services West S.L.U. ist eine nach spanischem Recht gegründete und bestehende Einpersonen-Gesellschaft mit beschränkter Haftung (*Sociedad de Responsabilidad Limitada Unipersonal*) mit Sitz in Barcelona, Spanien, eingetragen im Handelsregister von Barcelona (*Registro Mercantil de Barcelona*) unter Band (*tomo*) 43911, Seite (*folio*) 74, Blatt (*hoja*) B-441644 und C.I.F. Nummer B-66099706 (nachfolgend **auch übertragende Gesellschaft**). Ihre Geschäftsanschrift lautet calle Anglí, 31, 3.º-1, 08017 Barcelona, Spanien. Das Gesellschaftskapital (*capital social*) der KWS Services West S.L.U. beträgt zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Verschmelzungsplans EUR 155.000 und ist voll einbezahlt. Es ist eingeteilt in 155.000 Geschäftsanteile mit einem Nominalwert von EUR 1,00 je Anteil. An den Anteilen besteht weder ein Nießbrauch noch ein Pfandrecht. Alleinige Gesellschafterin der KWS Services West S.L.U. ist die KWS SAAT SE.
- (D) Der alleinige Geschäftsführer der KWS Services West S.L.U. und der Vorstand der KWS SAAT SE beabsichtigen, die KWS Services West S.L.U. als übertragende Gesellschaft im Wege einer grenzüberschreitenden Verschmelzung durch Aufnahme auf die KWS SAAT SE als übernehmende Gesellschaft zu verschmelzen (die **Verschmelzung**). Die Verschmelzung und der Formwechsel sollen zeitgleich wirksam werden.
- (E) Die Verschmelzung ist eine grenzüberschreitende Verschmelzung und erfolgt gemäß den Bestimmungen, die im Königreich Spanien und in der Bundesrepublik Deutschland infolge der Umsetzung der einschlägigen EU-Richtlinien (zuletzt Richtlinie (EU) 2017/1132 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts (**Richtlinie (EU) 2017/1132**)) geschaffen wurden. Im Königreich Spanien erfolgt die Verschmelzung gemäß Artikel 54 ff. des spanischen Gesetzes 3/2009 vom 3. April 2009 betreffend Strukturelle Änderungen
- (C) KWS Services West S.L.U. es una sociedad de responsabilidad limitada unipersonal constituida y existente conforme al Derecho español, con domicilio social en calle Anglí 31, 3º1, 08017 Barcelona, España, e inscrita en el Registro Mercantil de Barcelona en el tomo 43911, folio 74, hoja B-441644 y C.I.F. B-66099706 (en lo sucesivo, también denominada **Sociedad Absorbida**). En la fecha del presente Proyecto Común de Fusión, el capital social de KWS Services West S.L.U. asciende a EUR 155.000 y está totalmente suscrito y desembolsado. El capital social está dividido en 155.000 participaciones sociales con un valor nominal de EUR 1 cada una, libres de cargas y gravámenes. El socio único de KWS Services West S.L.U. es KWS SAAT SE.
- (D) El administrador único de KWS Services West S.L.U. y el Comité ejecutivo de KWS SAAT SE tienen la intención de fusionar KWS Services West S.L.U. como Sociedad Absorbida y KWS SAAT SE como Sociedad Absorbente a través de una fusión por absorción transfronteriza (la **Fusión**). La Fusión y Transformación tendrán efecto simultáneamente.
- (E) La Fusión es una fusión transfronteriza y se realiza de conformidad con las disposiciones adoptadas en el Reino de España y en la República Federal de Alemania, en transposición de las Directivas de la UE más relevantes (recientemente, la Directiva (UE) 2017/1132 del Parlamento Europeo y del Consejo, de 14 de junio de 2017, sobre determinados aspectos del Derecho de sociedades (**Directiva (UE) 2017/1132**)). En el Reino de España, la Fusión se efectuará de conformidad con los artículos 54 y ss. de la Ley 3/2009, de 3 de abril, sobre modificaciones estructurales de las sociedades mercantiles (en lo sucesivo,

von Handelsunternehmen (*Ley de Modificaciones Estructurales de las Sociedades Mercantiles*, nachfolgend **LME**); in der Bundesrepublik Deutschland erfolgt die Verschmelzung gemäß den Bestimmungen des Zehnten Abschnitts des Zweiten Teils des Zweiten Buchs des Umwandlungsgesetzes (**UmwG**).

(F) Die Verschmelzung dient der Bereinigung und Vereinfachung der Konzernstruktur. Gegenwärtig werden die Funktionen der regionalen Service-Gesellschaften im KWS-Konzern in einer zentralen Service-Gesellschaft zusammengezogen. Wenn dieses Projekt abgeschlossen ist, wird die KWS Services West S.L.U. keinen Geschäftsbetrieb mehr haben. Die Verschmelzung hat außerdem zur Folge, dass die übernehmende Gesellschaft ihre bewährte Governance-Struktur mit einem aus sechs Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat mit zwei Arbeitnehmervertretern auch nach dem Formwechsel in die KGaA beibehalten kann. Die unternehmerische Mitbestimmung der übernehmenden Gesellschaft wird sich nach Wirksamwerden der Verschmelzung nach dem Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung (**MgVG**) richten. Vor diesem Hintergrund soll die Verschmelzung zeitlich so mit dem Formwechsel verknüpft werden, dass die Verschmelzung zeitgleich mit dem Wirksamwerden des Formwechsels der KWS wirksam werden kann.

(G) Keine der zu verschmelzenden Gesellschaften befindet sich in Liquidation oder ist Gegenstand eines Insolvenz- oder Vergleichsverfahrens.

**LME**); en la República Federal de Alemania, la Fusión se realizará de conformidad con las disposiciones de la sección 10 de la segunda parte del libro II de la Ley sobre modificaciones estructurales alemana (*Umwandlungsgesetz*; en lo sucesivo, **UmwG**).

(F) El motivo de la Fusión es racionalizar y simplificar la estructura del grupo. Las funciones de las sociedades de servicios regionales en el Grupo KWS están siendo fusionadas a una sociedad de servicios centrales. Cuando esta Fusión se haya completado, KWS Services West S.L.U. dejará de tener operativa de negocio. La Fusión también implica que la Sociedad Absorbente puede conservar su consolidada estructura de gobierno corporativo con un consejo de vigilancia de seis miembros, de los cuales dos son representantes de los trabajadores, incluso después de la Transformación. Una vez la Fusión haya tenido lugar, la gestión societaria de la Sociedad Absorbente será regulada por la Ley alemana sobre Participación de los Trabajadores en Fusiones Transfronterizas (*Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung*; **MgVG**). En este contexto, la Fusión estará vinculada a la Transformación en la manera en que la Fusión tendrá efecto simultáneamente con la Transformación.

(G) Ninguna de las sociedades que intervienen en la Fusión se encuentra en liquidación o en situación de insolvencia ni se encuentra inmersa en un convenio de acreedores o situación de concurso.

## II. GEMEINSAMER VERSCHMELZUNGSPLAN

### 1. Beteiligte Gesellschaften

1.1 Die übernehmende Gesellschaft ist die KWS SAAT SE (siehe Präambel Buchstaben (A) und (B)).

1.2 Die übertragende Gesellschaft ist die KWS Services West S.L.U. (siehe Präambel Buchstabe (C)).

KWS SAAT SE ist die alleinige Anteilsinhaberin der KWS Services West S.L.U.

### 2. Vermögensübertragung im Wege der grenzüberschreitenden Verschmelzung durch Aufnahme

Die KWS Services West S.L.U. überträgt ihr Vermögen als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten auf die KWS SAAT SE im Wege einer grenzüberschreitenden Verschmelzung durch Aufnahme gemäß § 122a Abs. 2 i.V.m. § 2 Nr. 1, §§ 46 ff. UmwG und Artikel 54 bis 67 LME (die **Verschmelzung**). Mit Wirksamwerden der Verschmelzung wird die KWS Services West S.L.U. aufgelöst und ihr gesamtes Vermögen geht im Wege der Gesamtrechtsnachfolge ohne Abwicklung auf die KWS SAAT SE über.

### 3. Wirksamwerden der Verschmelzung

Die Verschmelzung wird gemäß § 122a Abs. 2 i.V.m. § 20 UmwG und Artikel 46 LME mit Eintragung in das für die KWS SAAT SE zuständige Handelsregister des Amtsgerichts Göttingen wirksam.

Die geschäftliche Tätigkeit der KWS Services West S.L.U. wird nach dem

## II. PROYECTO COMÚN DE FUSIÓN

### 1. Sociedades que se fusionan

1.1 La Sociedad Absorbente es KWS SAAT SE (véase Expositivo letras (A) y (B)).

1.2 La Sociedad Absorbida es KWS Services West S.L.U. (véase Expositivo letra (C)).

KWS SAAT SE es el socio único de KWS Services West S.L.U.

### 2. Transmisión del patrimonio mediante fusión por absorción transfronteriza

KWS Services West S.L.U. transmite todos sus activos y pasivos en bloque incluyendo todos los derechos y obligaciones mediante una fusión por absorción transfronteriza (*grenzüberschreitende Verschmelzung durch Aufnahme*), de conformidad con lo dispuesto en el artículo 112a, apartado 2, conjuntamente con el artículo 2, número 1, y con los artículos 46 y ss. de la UmwG, y los artículos 54 a 67 de la LME. Cuando la Fusión tenga efecto, KWS Services West S.L.U. será disuelta y la totalidad de su patrimonio será transmitido por sucesión universal sin liquidación a KWS SAAT SE (*Gesamtrechtsnachfolge ohne Abwicklung*).

### 3. Eficacia de la Fusión

La Fusión será efectiva, en el momento de su inscripción en el Registro Mercantil dependiente de los Tribunales de Göttingen, de conformidad con lo dispuesto en el artículo 122a, apartado 2, conjuntamente con el artículo 20 de la UmwG y el artículo 46 de la LME.

Una vez la Fusión tenga efecto, la actividad empresarial de KWS Services

Wirksamwerden der Verschmelzung solange fortgeführt, bis sämtliche ihrer Tätigkeiten in die zentralen Service-Gesellschaft überführt worden sind. Das durch die Verschmelzung übergehende Vermögen der KWS Services West S.L.U. wird für Bilanzierungszwecke der Zweigniederlassung Barcelona der übernehmenden Gesellschaft zugeordnet.

**4. Keine Gegenleistung; Entbehrlichkeit weiterer Angaben; keine Verschmelzungsprüfung; Auswirkungen der Verschmelzung auf Leistungspflichten der Gesellschafter**

4.1 Für die Übertragung des Vermögens der übertragenden Gesellschaft werden keine Anteile an der übernehmenden Gesellschaft gewährt. Die KWS SAAT SE ist alleinige Aktionärin der übertragenden Gesellschaft KWS Services West S.L.U. Daher ist eine Erhöhung des Stammkapitals der übernehmenden Gesellschaft durch Ausgabe neuer Anteile zur Durchführung der Verschmelzung nicht gestattet (§ 122a Abs. 2 i.V.m. § 68 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 UmwG).

4.2 Da sich alle Anteile der KWS Services West S.L.U. in der Hand der KWS SAAT SE befinden, entfallen im Verschmelzungsplan (i) die Angaben über das Umtauschverhältnis und etwaige bare Zuzahlungen nach § 122c Abs. 2 Nr. 2 UmwG bzw. Artikel 49.1 LME, (ii) die Angaben hinsichtlich der Übertragung von neuen Gesellschaftsanteilen der übernehmenden Gesellschaft nach § 122c Abs. 2 Nr. 3 UmwG und (iii) die Angabe des Zeitpunkts, von dem an neu ausgegebene Gesellschaftsanteile das Recht auf Beteiligung am Gewinn gewähren nach § 122c Abs. 2 Nr. 5 UmwG bzw. Artikel 49.1 LME.

West S.L.U. en España continuará hasta que todas las actividades se hayan transferido a la sociedad de servicios centrales. Todos los activos y pasivos de KWS Services West S.L.U. transmitidos en bloque mediante la Fusión serán atribuidos a la Sociedad Absorbente sucursal en Barcelona a efectos contables.

**4. Inexistencia de contraprestación; y dispensa de incluir datos adicionales; no realización de una auditoría de la Fusión; consecuencias de la Fusión para las obligaciones de aportación establecidas en los estatutos sociales**

4.1 No se otorgarán participaciones en la Sociedad Absorbente por la transmisión del patrimonio de la Sociedad Absorbida. KWS SAAT SE es el socio único de KWS Services West S.L.U. como Sociedad Absorbida. En consecuencia, no está permitido que se incremente el capital social de la Sociedad Absorbente emitiendo nuevas acciones una vez implementada la Fusión (artículo 122a, apartado 2, conjuntamente con el artículo 54, apartado 1, párrafo tercero, de la UmwG).

4.2 Dado que todas las participaciones de KWS Services West S.L.U. pertenecen a KWS SAAT SE, no es necesario que el Proyecto Común de Fusión contenga la siguiente información: (i) los datos relativos al tipo de canje y las eventuales compensaciones complementarias en dinero efectivo de conformidad con el artículo 122c, apartado 2, número 2, de la UmwG o, en su caso, el artículo 49, apartado 1, de la LME, (ii) los datos relativos a la transmisión de nuevas participaciones sociales de la Sociedad Absorbente de conformidad con lo dispuesto en el artículo 122c, apartado 2, número 3, de la UmwG, y (iii) los datos relativos a la fecha a partir de la cual las participaciones de nueva creación conferirán el derecho a participar en las ganancias sociales conforme al artículo 122c, apartado 2, número 5, de la UmwG o, en su caso, del artículo 49, apartado 1,

<p>Aus demselben Grund ist gemäß § 122f Satz 1 i.V.m. § 9 Abs. 2 UmwG bzw. Artikel 49.1.2 LME eine Verschmelzungsprüfung nach § 9 Abs. 1 UmwG bzw. Artikel 34 LME entbehrlich.</p>	<p>de la LME.</p>
<p>4.3 Da die Satzung der KWS Services West S.L.U. weder Einlagepflichten (<i>aportaciones de industria</i>) noch Nebenleistungspflichten (<i>prestaciones accesorias</i>) der Gesellschafter festlegt, hat die Verschmelzung weder das Erlöschen derartiger Pflichten noch das Entstehen von Ausgleichszahlungen gemäß Artikel 31.3<sup>a</sup> LME zur Folge</p>	<p>4.3 Dado que los estatutos sociales de KWS Services West S.L.U. no establecen aportaciones de industria ni prestaciones accesorias, la Fusión no producirá la terminación de dichas obligaciones ni la obligación de pago compensatorio conforme al artículo 31, apartado 3, de la LME.</p>
<p><b>5. Verschmelzungsstichtag; steuerlicher Übertragungsstichtag; Bilanzstichtage</b></p>	<p><b>5. Fecha de referencia de la Fusión; fecha de la transmisión a efectos fiscales; fechas de referencia a efectos contables</b></p>
<p>5.1 Der Zeitpunkt, von dem an die Handlungen der übertragenden Gesellschaft als für Rechnung der übernehmenden Gesellschaft vorgenommen gelten, ist der 1. Juli 2018, 00:00 Uhr (Verschmelzungsstichtag im Sinne von § 122c Abs. 2 Nr. 6 UmwG und Artikel 31.7 LME).</p>	<p>5.1 La fecha a partir de la cual las actuaciones de la Sociedad Absorbida se considerarán llevadas a cabo por la Sociedad Absorbente será el 1 de julio de 2018, 00:00 horas (Fecha de efectos contables en el sentido del artículo 122c, apartado 2, número 6, de la UmwG y del artículo 31, apartado 7, de la LME).</p>
<p>5.2 Für deutsche steuerliche Zwecke ist der steuerliche Übertragungsstichtag der 30. Juni 2018, 24:00 Uhr. Für spanische steuerliche Zwecke ist der steuerliche Übertragungsstichtag der 1. Juli 2018, 00:00 Uhr.</p>	<p>5.2 A efectos fiscales alemanes, la fecha de transmisión fiscal será el 30 de junio de 2018, a las 24:00 horas. A efectos fiscales españoles, la fecha de transmisión fiscal será el 1 de julio de 2018, a las 00:00 horas.</p>
<p>5.3 Die Stichtage der Bilanzen, die zur Festlegung der Bedingungen der Verschmelzung verwendet werden, sind für die übernehmende Gesellschaft gemäß § 122c Abs. 2 Nr. 12 UmwG der 30. Juni 2018 und für die übertragende Gesellschaft gemäß Artikeln 31.10 und 36 LME der 30. Juni 2018.</p>	<p>5.3 Las fechas de cierre de las cuentas utilizadas para establecer las condiciones en que se realiza la Fusión serán, respecto a la Sociedad Absorbente, el 30 de junio de 2018, conforme al artículo 122c, apartado 2, número 12, de la UmwG, y el 30 de junio de 2018, respecto a la Sociedad Absorbida KWS Services West S.L.U., conforme a los artículos 31, punto 10, y 36, de la LME, el 30 de junio de 2018.</p>

**6. Angaben zur Bewertung des Aktiv- und Passivvermögens der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften**

6.1 Die übernehmende Gesellschaft wird die von der KWS Services West S.L.U. auf sie übergehenden Vermögensgegenstände des Aktiv- und Passivvermögens in ihrem handelsrechtlichen Jahresabschluss zu Buchwerten ansetzen (Angaben zur Bewertung gem. § 122c Abs. 2 Nr. 11 UmwG und Artikel 31.9ª LME).

6.2 Die interne Bewertung des infolge der Verschmelzung auf die übernehmende Gesellschaft zu übertragenden Aktiv- und Passivvermögens sowie des Eigenkapitals der KWS Services West S.L.U. zum 30. Juni 2018 beträgt EUR 1.028.509 (Aktiva) bzw. EUR 417.099 (Passiva) und EUR 611.410 (Eigenkapital), was jeweils dem Buchwert des Aktiv- und Passivvermögens sowie des Eigenkapitals der KWS Services West S.L.U. zu dem vorgenannten Datum entspricht. Diese Bewertung wurde im Sinne des Artikels 31.9ª LME auf Basis der von der KWS Services West S.L.U. gebilligten Verschmelzungsbilanz durchgeführt. Der Stichtag dieser Bilanz entspricht dem Ende des vor der Aufstellung des Verschmelzungsplans liegenden Geschäftsjahres. Da der Verschmelzungsplan vor dem 30. Dezember 2018, nämlich am 24. Oktober 2018, aufgestellt wurde, ist der maßgebliche Verschmelzungsbilanzstichtag somit der 30. Juni 2018. Diese Festlegung des Stichtages gemäß spanischem Recht und die Bewertung auf Grundlage der durch KWS Services West S.L.U. gebilligten Verschmelzungsbilanz haben keinerlei Auswirkungen auf die Festlegung des Verschmelzungsstichtags i.S.d. § 122c Abs. 2 Nr. 6 UmwG und Artikels 31.7 LME und sind davon unabhängig. Die Tatsache, dass als Verschmelzungsbilanz die Bilanz aus dem zum 30. Juni 2018 erstellten Jahresabschluss der KWS Services West S.L.U. zur Erfüllung der

**6. Información sobre la valoración del activo y del pasivo de las Sociedades participantes en la Fusión**

6.1 La Sociedad Absorbente contabilizará los elementos del activo y del pasivo que le transfiera KWS Services West S.L.U. en sus cuentas anuales por su valor contable (información sobre la valoración de conformidad con el artículo 122c, apartado 2, número 11, de la UmwG y del artículo 31, apartado 9, de la LME).

6.2 La valoración interna de los activos y pasivos, así como de los fondos propios de KWS Services West S.L.U. que se transmitirá a la Sociedad Absorbente en virtud de la Fusión, asciende a fecha 30 de junio de 2018, a EUR 1.028.509 (activos), y EUR 417.099 (pasivos), y EUR 611.410 (fondos propios), lo cual se corresponde con el valor contable de los activos y pasivos y de los fondos propios, respectivamente, de KWS Services West S.L.U. a dicha fecha. Esta valoración se ha realizado, a efectos del artículo 31, apartado 9, de la LME, sobre la base del balance de fusión aprobado por KWS Services West S.L.U. La fecha de cierre de esas cuentas se corresponde con el final del ejercicio económico anterior a la elaboración del Proyecto Común de Fusión. Dado que el Proyecto Común de Fusión ha sido suscrito antes del 30 de diciembre de 2018, concretamente, el 24 de octubre de 2018, la fecha del balance de fusión es, pues, 30 de junio de 2018. Esta determinación de la fecha de referencia conforme al Derecho español y la valoración efectuada sobre la base del Proyecto Común de Fusión aprobado por KWS Services West S.L.U., no tendrá ningún efecto en la determinación de la fecha de efectos de la Fusión en el sentido del artículo 122c, apartado 2, número 6, de la UmwG, y del artículo 31, apartado 7, de la LME, y será independiente de aquellos. El hecho de que el balance de fusión, a los efectos del artículo 36 de la LME, sea el balance de las cuentas anuales de KWS Services West S.L.U. cerrado a 30 de

Vorschriften von Artikel 36 LME zu Grunde gelegt wird, hat keine Auswirkungen auf die Erfüllung der Finanzberichtspflichten der KWS Services West S.L.U., denen die KWS Services West S.L.U. nach der Aufstellung oder der Billigung des Verschmelzungsplans nachkommen muss.

### 6.3 Ertragsteuerliche Auswirkungen

Die Verschmelzung unterliegt handelsrechtlich den §§ 122a ff. UmwG und wird damit von den Vorschriften des Umwandlungssteuergesetzes (UmwStG) erfasst.

Die Steuerneutralität der Verschmelzung ist beim Anteilseigner, der übertragenden Gesellschaft sowie der übernehmenden Gesellschaft gegeben (§§ 11-13 UmwStG).

Bei der übernehmenden Gesellschaft bleibt ein Gewinn in Höhe des Unterschieds zwischen dem Buchwert der Anteile an der KWS Services West S.L.U. und dem Wert, mit dem die übergegangenen Wirtschaftsgüter zu übernehmen sind, abzüglich der Kosten für den Vermögensübergang, grundsätzlich außer Ansatz (sog. Übernahmeergebnis). § 8b des Körperschaftsteuergesetzes ist allerdings anzuwenden, soweit der Gewinn dem Anteil der übernehmenden Gesellschaft an der KWS Services West S.L.U. entspricht. Insoweit kommt es also zu einer Besteuerung von 5% des Übernahmeergebnisses bei der übernehmenden Gesellschaft.

Das Entstehen eines sog. Beteiligungskorrekturgewinns (Korrektur einer vorherigen Teilwertabschreibung auf die Beteiligung der KWS Services West S.L.U.) oder eines Übernahmefolgegewinns (Gewinn aus der Konfusion von Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den beteiligten Gesellschaften oder aus der Auflösung von Rückstellungen) bei der übernehmenden Gesellschaft ist nicht zu erwarten.

Junio de 2018, no afectará en modo alguno al cumplimiento de las obligaciones que en materia de cuentas anuales afectan a KWS Services West S.L.U. con posterioridad a la firma o aprobación del Proyecto Común de Fusión.

### 6.3 Consecuencias relativas al impuesto sobre sociedades

La Fusión está regulada por los artículos 122 y siguientes de la UmwG, siendo por tanto aplicables las disposiciones de la Ley fiscal alemana sobre modificaciones estructurales de sociedades (UmwStG).

La Fusión será fiscalmente neutral respecto al titular de participaciones, la Sociedad Absorbida y la Sociedad Absorbente (artículos 11 a 13 de la UmwStG).

A nivel de la Sociedad Absorbente, la plusvalía que se genere por la diferencia entre el valor contable de las participaciones en KWS Services West S.L.U. y el valor al que los activos son transmitidos menos los gastos de la Fusión, no tiene impacto fiscal (el denominado, resultado de la transmisión). Sin embargo, el artículo 8b de la Ley del impuesto sobre sociedades alemán se aplicará en la medida en que el beneficio obtenido por la transferencia de los activos se corresponda con la participación de la Sociedad Absorbente en KWS Services West S.L.U. A este respecto, la Sociedad Absorbente tributará al 5% el resultado de la transmisión.

No se espera que la Sociedad Absorbente genere un llamado beneficio de corrección de la participación (corrección de la amortización previa al valor corriente de la participación en KWS Services West S.L.U.) o un beneficio post-adquisición (beneficio de la confusión de activos y pasivos entre las entidades participantes o de la reversión de provisiones).

Es wird ebenso erklärt, dass die Verschmelzung die Voraussetzungen zur Anwendung der spanischen besonderen Steuerregelungen für Verschmelzungen, Abspaltungen, Vermögensübertragungen, Beteiligungstausch und der Sitzverlegung einer europäischen Gesellschaft oder Genossenschaft von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union in einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union gemäß Titel VII des Kapitel VII des Spanischen Körperschaftsteuergesetzes 27/2014 vom 27. November 2014 erfüllt, insbesondere, dass die Verschmelzung aus betrieblichen Gründen erfolgt.

Gemäß dem vorstehenden Abschnitt und innerhalb einer Frist von drei Monaten nach der Registrierung der öffentlichen Urkunde betreffend die Verschmelzung beim spanischen Handelsregister wird die erforderliche Anzeige gegenüber den spanischen Steuerbehörden erfolgen, damit die Transaktion den spanischen besonderen Steuerregelungen unterliegt.

#### **6.4 Umsatzsteuerliche Auswirkungen**

Die Verschmelzung der KWS Services West S.L.U. auf die übernehmende Gesellschaft ist nach deutschem Recht eine Geschäftsveräußerung im Ganzen, sodass der Vorgang nicht der deutschen Umsatzsteuer unterliegt. Selbiges gilt auch nach spanischem Recht, sodass die Verschmelzung der KWS Services West S.L.U. nicht der Umsatzsteuer in Spanien unterfällt.

Die Umsatzsteuerpflicht der übertragenden Gesellschaft (das heißt, der KWS Services West S.L.U.) erlischt erst mit dem Wirksamwerden der Verschmelzung, d.h. mit der Eintragung der Verschmelzung in das Handelsregister des Amtsgerichts Göttingen. Bis zu diesem Datum hat die übertragende Gesellschaft daher Umsatzsteuervoranmeldungen abzugeben.

#### **7. Keine Gewährung besonderer Rechte**

Asimismo, se deja constancia de que la Fusión cumple los requisitos para la aplicación del régimen fiscal tributario especial español relativo a las fusiones, escisiones, aportaciones de activos, canje de valores y cambio de domicilio social de una sociedad europea o de una sociedad cooperativa europea de un Estado miembro a otro de la Unión Europea, de conformidad con lo dispuesto en el título VII del capítulo VII de la Ley 27/2014, de 27 de noviembre, del Impuesto sobre sociedades; se observa que la Fusión se basa en motivos económicamente válidos.

De conformidad con el párrafo anterior y dentro de un plazo de tres meses contados a partir de la inscripción en el Registro Mercantil español de la escritura pública de Fusión, se efectuará la comunicación correspondiente a las autoridades tributarias españolas, con el fin de que la operación quede sujeta al régimen especial.

#### **6.4 Consecuencias en el IVA**

Con arreglo a las leyes alemanas, la Fusión de KWS Services West S.L.U. en la Sociedad Absorbente es una venta de una empresa en funcionamiento, por lo que la operación no debería estar sujeta al Impuesto sobre el Valor Añadido alemán. Lo mismo aplica en virtud de la legislación española, por lo que la fusión de KWS Services West S.L.U. no está sujeta al IVA español.

La responsabilidad de la Sociedad Absorbida (es decir, KWS Services West S.L.U.) en materia de IVA expira cuando la Fusión surta efectos, es decir, cuando la Fusión se inscriba en el Registro Mercantil dependiente del Tribunal de Göttingen. La Sociedad Absorbida continuará presentando las liquidaciones de IVA correspondientes hasta esa fecha.

#### **7. Ausencia de otorgamiento de derechos especiales**

Die übernehmende Gesellschaft gewährt weder den Gesellschaftern der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften noch etwaigen Inhabern von anderen Wertpapieren als Gesellschaftsanteilen Rechte im Sinne von § 122c Abs. 2 Nr. 7 UmwG und Artikel 31.4<sup>a</sup> LME. Es werden auch keine Maßnahmen im Sinne dieser Vorschriften vorgeschlagen.

**8. Geschäftsführung durch die KWS SE als persönlich haftende Gesellschafterin, Zusammensetzung des Aufsichtsrates**

Im Zuge des Formwechsels tritt die KWS SE als persönlich haftende Gesellschafterin in die übernehmende Gesellschaft ein. Es ist nicht beabsichtigt, nach Wirksamwerden der Verschmelzung die Stellung oder die Zusammensetzung der persönlich haftenden Gesellschafterin KWS SE (als dem nach Wirksamwerden der Verschmelzung zuständigen Geschäftsführungsorgan der übernehmenden Gesellschaft) zu verändern. Ebenfalls ist nicht beabsichtigt, in der Zusammensetzung des Aufsichtsrats der übernehmenden Gesellschaft andere als die in Ziffer 12 genannten Änderungen vorzunehmen.

**9. Keine Gewährung besonderer Vorteile**

9.1 Die Organstellung des Mitglieds der Geschäftsführung der KWS Services West S.L.U. erlischt mit Wirksamwerden der Verschmelzung. Falls das Organmitglied ein vorhergehendes Anstellungsverhältnis mit der KWS Services West S.L.U. hat (in Kraft oder ruhend), wird der Anstellungsvertrag durch das Ende der Organstellung nicht berührt. Besondere Vorteile i.S.d. § 122c Abs. 2 Nr. 8 UmwG bzw. Artikeln 31.5<sup>a</sup> und 59.2.1<sup>a</sup> LME wurden und werden dem Mitglied der Geschäftsführung der KWS Services West S.L.U. nicht gewährt.

9.2 Den Mitgliedern der Verwaltungs-, Leitungs-, Aufsichts- oder Kontrollorgane der

La Sociedad Absorbente, en condición de tal, no otorgará derechos en el sentido del artículo 122c, apartado 2, número 7, de la UmwG y del artículo 31, apartado 4, de la LME, ni a los accionistas de las sociedades participantes en la Fusión ni a los eventuales titulares de otros valores tales como participaciones sociales. No se ha propuesto ninguna medida en el sentido de las citadas disposiciones.

**8. Gestión por KWS Management SE como socio colectivo, composición del consejo de vigilancia**

En el transcurso del proceso de Transformación, KWS SE participará en la Sociedad Absorbente como socio colectivo. Una vez la Fusión tenga efecto, no se pretende cambiar la posición o la composición del socio colectivo KWS SE (el órgano de administración de la Sociedad Absorbente responsable después de la efectividad de la Fusión). Además, no se pretende realizar ningún cambio en la composición del consejo de vigilancia de la Sociedad Absorbente más allá de aquellos mencionados en la sección 12.

**9. Ausencia de otorgamiento de ventajas especiales**

9.1 El cargo del administrador único de KWS Services West S.L.U. concluirá a partir de la fecha de efectos de la Fusión. En el caso de que tenga una relación de servicio o trabajo previa con KWS Services West S.L.U. (en vigor o suspendida), su contrato de trabajo no se verá afectado por la finalización del mandato. No se han otorgado ni se otorgarán ventajas especiales en el sentido del artículo 122c, apartado 2, número 8, de la UmwG y de los artículos 31, apartado 5, y 59, apartado 2, punto 1, de la LME a KWS Services West S.L.U.

9.2 No se han otorgado ni se otorgarán ventajas particulares a los miembros de los

KWS SAAT SE wurden und werden keine besonderen Vorteile i.S.d. § 122c Abs. 2 Nr. 8 UmwG bzw. Artikeln 31.5<sup>a</sup> und 59.2.1<sup>a</sup> LME gewährt. Es wird in diesem Zusammenhang aber darauf hingewiesen, dass die Organstellung der mit dem Wirksamwerden der Verschmelzung in die Gesellschaft eintretenden persönlich haftenden Gesellschafterin, einschließlich der Organstellung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der persönlich haftenden Gesellschafterin, auch nach Wirksamwerden der Verschmelzung fortbestehen werden.

9.3 Da sich alle Anteile der KWS Services West S.L.U. in der Hand der KWS SAAT SE befinden, bedarf es gemäß § 122f Satz 1 i.V.m. § 9 Abs. 2 UmwG keiner Verschmelzungsprüfung und dementsprechend auch keiner Bestellung eines Verschmelzungsprüfers. Besondere Vorteile im Sinne von § 122c Abs. 2 Nr. 8 UmwG oder Artikeln 31.5<sup>a</sup> und 59.2.1<sup>a</sup> LME zugunsten von Sachverständigen, die den Verschmelzungsplan prüfen, können daher nicht gewährt werden.

#### 10. **Satzung der KWS SAAT SE und der KWS SAAT & Co. KGaA**

10.1 Die derzeit gültige Satzung der KWS SAAT SE ist diesem Verschmelzungsplan gem. § 122c Abs. 2 Nr. 9 UmwG und Artikel 31.8<sup>a</sup> LME als Anlage 2 beigelegt. Zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Verschmelzung wird die übernehmende Gesellschaft, die KWS SAAT SE & Co. KGaA, die als Anlage 3 beigelegte Satzung haben. Auf die Anlagen wird gemäß § 9 Abs. 1 Satz 2 des deutschen Beurkundungsgesetzes verwiesen. Die erwähnten Anlagen sind ein integraler Bestandteil dieses Verschmelzungsplans.

10.2 Die derzeit gültige Satzung der KWS SAAT SE sowie die zum Zeitpunkt des

órganos de administración, dirección, supervisión o control de KWS SAAT SE, en el sentido del artículo 122c, apartado 2, número 8, de la UmwG y de los artículos 31, apartado 5, y 59, apartado 2, apartado 1, de la LME. En este contexto, conviene apuntar que la posición del socio colectivo, que se unirá a la Sociedad, a fecha de efectos de la Fusión (incluyendo la posición de los miembros del órgano de administración y el consejo de vigilancia del socio colectivo) seguirá existiendo después de la fecha de efectos de la Fusión.

9.3 Dado que todas las participaciones de KWS Services West S.L.U. son titularidad de KWS SAAT SE, no se requiere el informe de experto independiente y el nombramiento de un experto independiente, de conformidad con el artículo 122f, párrafo primero, en relación con los artículos 9, apartado 2 de la UmwG, y con el artículo 49, apartado 2, de la LME. En consecuencia, no podrán atribuirse ventajas especiales a los expertos que examinen el Proyecto Común de Fusión, de conformidad con el artículo 122c, apartado 2, número 8, de la UmwG o los artículos 31, punto 5, y 59, apartado 2, apartado 1, de la LME.

#### 10. **Estatutos sociales de KWS SAAT SE y KWS SAAT SE & Co. KGaA**

10.1 Los estatutos sociales actualizados de KWS SAAT SE se adjuntan como Anexo 2 al presente Proyecto Común de Fusión de conformidad con el artículo 122c, apartado 2, número 9, de la UmwG y con el artículo 31, apartado 8, de la LME. Una vez que la Fusión devenga efectiva, la Sociedad Absorbente, KWS SAAT SE & Co. KGaA, se registrará por los estatutos sociales adjuntos como Anexo 3. La referencia a los anexos se ha realizado conforme al artículo 9, apartado 2, párrafo 2 de la Ley notarial alemana. Los anexos mencionados son parte integral de este Proyecto Común de Fusión.

10.2 Los estatutos sociales actualizados de KWS SAAT SE y los estatutos sociales de

Wirksamwerdens der Verschmelzung gültige Satzung der KWS SAAT SE & Co. KGaA werden im Zuge der Verschmelzung nicht geändert.

KWS SAAT SE & Co. KGaA, que continuarán siendo válidos al tiempo de que la fusión tenga efecto, no serán modificados en el contexto de la Fusión.

## 11. Voraussichtliche Auswirkungen der Verschmelzung auf die Beschäftigung

11.1 Die Verschmelzung hat einen Betriebsübergang im Sinne der Richtlinie 2001/23/EG des Rates vom 12. März 2001 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer beim Übergang von Unternehmen, Betrieben oder Unternehmens- oder Betriebsteilen (Betriebsübergangsrichtlinie) zur Folge, durch den alle Arbeitnehmer der KWS Services West S.L.U. zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Verschmelzung von Rechts wegen zu Arbeitnehmern der übernehmenden Gesellschaft, und zwar gemäß dem einschlägigen Gesetz zur Umsetzung der Betriebsübergangsrichtlinie in Spanien, d.h. Art. 44 des Königlichen Dekrets 2/2015 vom 23. Oktober 2015, durch das das Arbeitnehmerstatut genehmigt wurde. Die übernehmende Gesellschaft übernimmt die volle Haftung für alle Ansprüche und erwirbt alle Rechte, die sich aus den Beschäftigungsverträgen der übergelenden Arbeitnehmer ergeben. Im Hinblick auf die Arbeitnehmer der KWS SAAT SE findet kein Betriebsübergang statt.

11.2 Weder die Verschmelzung noch der im Zuge der Verschmelzung erfolgte Arbeitgeberwechsel als solcher hat wesentliche Veränderungen der zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Verschmelzung geltenden Beschäftigungsbedingungen der übergelenden Arbeitnehmer zur Folge. Die Beschäftigungsbedingungen werden nach Maßgabe des einschlägigen spanischen Umsetzungsgesetzes der Betriebsübergangsrichtlinie beibehalten.

11.3 KWS SAAT SE hat einen Betriebsrat am Standort in Einbeck, Grimsehlstraße 31, der für den zusammen mit der KWS

## 11. Consecuencias previstas de la Fusión en las relaciones laborales

11.1 La Fusión dará lugar a una sucesión de empresa en el sentido de la Directiva 2001/23/CE del Consejo, de 12 de marzo de 2001 sobre la aproximación de las legislaciones de los Estados miembros relativas al mantenimiento de los derechos de los trabajadores en caso de traspasos de empresas, de centros de actividad o de partes de empresas o de centros de actividad (**Directiva sobre los derechos adquiridos**), en virtud de la cual todos los trabajadores de KWS Services West S.L.U. pasarán a ser trabajadores de la Sociedad Absorbente por imperativo legal, de conformidad con la legislación local pertinente por la que se aplica dicha Directiva, a saber, en España, el Real Decreto 2/2015 de 23 de octubre de 2015, por el que se aprueba el texto refundido de la Ley del estatuto de los trabajadores, una vez la Fusión tenga efecto. La Sociedad Absorbente deberá asumir la plena responsabilidad de todas las reclamaciones y adquirirá todos los derechos derivados de los contratos de trabajo de los trabajadores traspasados. No se producirá ninguna sucesión de empresa en relación con los empleados de KWS SAAT SE.

11.2 Ni la Fusión ni el cambio de empleador que acompaña la Fusión, como tal, darán lugar, a un cambio sustancial en los términos y condiciones de trabajo vigentes en el momento en que la Fusión tenga efecto. Las condiciones de empleo de los trabajadores traspasados se mantendrán de conformidad con la legislación española aplicable por la que se traspone la Directiva sobre derechos adquiridos.

11.3 KWS SAAT SE tiene un Comité de Empresa (Betriebsrat) en sus oficinas de Einbeck, Grimsehlstraße 31, que ha sido creado para

Services Deutschland GmbH gebildeten gemeinsamen Betrieb in Einbeck gebildet wurde. Ferner besteht ein Betriebsrat am Standort Wanzleben-Börde, Magdeburger Straße 30, der für den Betrieb in Wanzleben-Börde gebildet wurde. Es besteht ein Betriebsrat am Standort Gondelsheim, Altenwingertweg 2, der für den Betrieb in Gondelsheim gebildet wurde, sowie ein Betriebsrat, der für den Standort Seligenstadt, Siedlungsstraße 2, Prosselheim, gebildet wurde. Es besteht ein Gesamtbetriebsrat für die KWS SAAT SE. Die zwischen der KWS SAAT SE und den deutschen Betriebsratsgremien geschlossenen Betriebsvereinbarungen werden von der Verschmelzung nicht berührt; sie gelten nach dem Wirksamwerden der Verschmelzung im Rahmen ihres aktuellen Geltungsbereichs fort. Bei der KWS Services West S.L.U. besteht am Standort Barcelona ein Betriebsrat nach spanischem Recht (*Delegados de personal*). Die Verschmelzung hat keine Auswirkungen auf diesen Betriebsrat. Der Betriebsrat wird nach der Verschmelzung bei der Zweigniederlassung Barcelona der übernehmenden Gesellschaft fortbestehen. Der bestehende, als „EUROPEAN EMPLOYEE COMMITTEE“ bezeichnete, SE-Betriebsrat der KWS SAAT SE ist an die Rechtsform der SE gebunden, sodass er mit Wirksamwerden von Formwechsel und grenzüberschreitender Verschmelzung grundsätzlich als SE-Betriebsrat erlischt. Da KWS eine gemeinschaftsweit tätige Unternehmensgruppe ist, deren herrschendes Unternehmen seinen Sitz in Deutschland hat, kann anstelle des bisherigen als „EUROPEAN EMPLOYEE COMMITTEE“ bezeichneten SE-Betriebsrats ein Europäischer Betriebsrat nach den Vorschriften des Gesetzes über Europäische Betriebsräte (Europäische Betriebsräte-Gesetz – EBRG) gebildet werden. Die Gesellschaft beabsichtigt, mit Arbeitnehmervertretern entweder eine Vereinbarung zur Fortführung des EUROPEAN EMPLOYEE COMMITTEE auf freiwilliger Basis abzuschließen oder dieses in einen Europäischen Betriebsrat zu überführen.

este establecimiento y que ha sido constituido junto con KWS Services Deutschland GmbH. Además, se ha creado un Comité de Empresa en Wanzleben-Börde, Magdeburger Straße 30 para el establecimiento en Wanzleben-Börde, en Gondelsheim, Altenwingertweg 2 para el establecimiento en Gondelsheim y para el establecimiento en Seligenstadt, Siedlungsstraße 2, Prosselheim. Se ha creado un Comité de Empresa a nivel de empresa (*Gesamtbetriebsrat*) para KWS SAAT SE. Los acuerdos de los Comité de Empresa (*Betriebsvereinbarungen*) celebrados entre KWS SAAT SE y los Comités de Empresa alemanes no se verán afectados por la Fusión y seguirán aplicándose en su ámbito de aplicación actual tras la eficacia de la Fusión. Se ha constituido Comité de Empresa en el sentido de la legislación española (*Delegados de personal*) en la sede de KWS Services West S.L.U. en Barcelona. La Fusión no afectará a los representantes de los trabajadores. El Comité de Empresa se va a mantener para la sede de la Sociedad Absorbente en Barcelona. El actual Comité de Empresa de SE de KWS SAAT SE, conocido como el “COMITÉ EUROPEO DE TRABAJADORES”, está vinculado a la forma jurídica de una SE, por lo que, en general, deja de existir Comité de Empresa de SE cuando se produce la Transformación y Fusión transfronteriza. Dado que KWS es un grupo de empresas que opera en toda la Unión Europea y cuya sociedad matriz tiene su domicilio social en Alemania, puede constituirse un Comité de Empresa Europeo de conformidad con las disposiciones de la Ley sobre los Comités de Empresa Europeos (*Europäische Betriebsräte-Gesetz – ERBG*), en lugar del Comité de Empresa de SE, antes conocido como el “COMITÉ EUROPEO DE TRABAJADORES”. La Sociedad tiene la intención de alcanzar un acuerdo con los representantes de los trabajadores para mantener el “COMITÉ EUROPEO DE TRABAJADORES” con carácter voluntario o transferirlo a un Comité de Empresa Europeo.

- 11.4 Die übernehmende Gesellschaft ist an diverse Tarifverträge gebunden. Die Tarifverträge werden von der Verschmelzung nicht berührt und gelten ab dem Tag des Wirksamwerdens der Verschmelzung im Rahmen ihres aktuellen Geltungsbereichs fort. Dasselbe gilt in Bezug auf Tarifverträge, an die die KWS Services West S.L.U. möglicherweise gebunden ist, bis zum Zeitpunkt der Beendigung oder des Ablaufs der Tarifverträge oder des Inkrafttretens oder der Anwendung von etwaigen des für die Zweigniederlassung Barcelona der übernehmende Gesellschaft abgeschlossenen Tarifverträge.
- 11.4 La Sociedad Absorbente está obligada al cumplimiento de varios convenios colectivos (Tarifverträge). Los convenios colectivos no se verán afectados por la Fusión y continuarán aplicándose dentro de su actual ámbito de aplicación una vez la Fusión tenga efecto. Lo mismo aplica a cualquier otro convenio colectivo por el que KWS Services West S.L.U. pueda estar obligada, hasta la fecha de terminación o vencimiento del convenio colectivo, o hasta la entrada en vigor o aplicación de cualquier convenio colectivo celebrado para la sucursal en Barcelona de la Sociedad Absorbente.
- 11.5 Derzeit sind aufgrund der Verschmelzung keine spezifischen Maßnahmen im Sinne von § 122c Abs. 2 Nr. 4 UmwG geplant. Insbesondere sind aufgrund der Verschmelzung keine Massenentlassungen oder Standortverlegungen geplant, die den Arbeitnehmerinteressen zuwiderlaufen würden. Die Verschmelzung berührt nicht die Anwendung der einschlägigen nationalen Gesetze und anderen möglicherweise anzuwendenden Kündigungsschutzvorschriften für Arbeitnehmer.
- 11.5 En la actualidad, no se ha previsto ninguna medida específica en el sentido del artículo 122, apartado 2, número 4, de la UmwG, derivada de la Fusión. En particular, no se planifica ningún despido colectivo o traslado que pueda afectar negativamente a los intereses de los empleados con motivo de la Fusión. La Fusión no afectará a la aplicación de las leyes locales correspondientes y otras normas relativas a la protección de los empleados contra el despido.
- 11.6 KWS SAAT SE hat derzeit einen drittelmitbestimmten Aufsichtsrat. Mit dem Wirksamwerden von Formwechsel und Verschmelzung enden die Amtszeiten der jetzigen Mitglieder des Aufsichtsrats der KWS SAAT SE. KWS Services West S.L.U. verfügt weder über einen Aufsichtsrat noch andere Kontrollorgane, die nach den Vorschriften zur Unternehmensmitbestimmung gegründet wurden. Die künftige Zusammensetzung des Aufsichtsrats der übernehmenden Gesellschaft bestimmt sich wie in Ziffern 8 und 12 dieses Gemeinsamen Verschmelzungsplans beschrieben.
- 11.6 KWS SAAT SE cuenta con un consejo de vigilancia coparticipado en un tercio. Una vez la Transformación y la Fusión hayan tenido lugar, finalizará el mandato de los actuales miembros del consejo de vigilancia de KWS SAAT SE. KWS Services West S.L.U. no tiene consejo de vigilancia ni ningún otro órgano de control que se haya constituido con arreglo a las normas sobre participación de los trabajadores (*Unternehmensmitbestimmung*). La futura composición del consejo de vigilancia de la Sociedad Absorbente será determinada como viene descrito en las Secciones 8 y 12 de este Proyecto Común de Fusión.
12. **Verfahren zur Regelung der Beteiligung der Arbeitnehmer an der Festlegung ihrer Mitbestimmungsrechte**
12. **Procedimientos para la determinación de la participación de los trabajadores en la determinación de sus derechos de participación**

12.1 Arbeitnehmerbeteiligungsverfahren nach dem MgVG.

(a) Allgemeine Grundsätze

Da es sich bei der Verschmelzung der KWS Services West S.L.U. auf die übernehmende Gesellschaft um eine grenzüberschreitende Verschmelzung innerhalb der Europäischen Union handelt, ist die Richtlinie (EU) 2017/1132 einschlägig. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Aufsichtsorgan der aus einer grenzüberschreitenden Verschmelzung hervorgehenden Gesellschaft ist in Art. 133 der Richtlinie (EU) 2017/1132 geregelt. In Deutschland ist Art. 133 der Richtlinie (EU) 2017/1132 durch das MgVG umgesetzt worden. Das MgVG beansprucht gem. § 3 Abs. 1 Satz 1 Geltung für eine aus einer grenzüberschreitenden Verschmelzung hervorgehende Gesellschaft mit Sitz in Deutschland. Diese Voraussetzungen sind hier erfüllt, weil die übernehmende Gesellschaft ihren Sitz weiterhin in Deutschland haben wird.

Die Vorschriften des MgVG finden gem. § 5 MgVG Anwendung, wenn

- (i) in den sechs Monaten vor der Veröffentlichung des Verschmelzungsplans mindestens eine der unmittelbar an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften durchschnittlich mehr als 500 Arbeitnehmer beschäftigt und in dieser Gesellschaft ein System der Mitbestimmung im Sinne des § 2 Abs. 7 MgVG besteht (§ 5 Nr. 1 MgVG), oder
- (ii) das für die aus der Verschmelzung hervorgehende Gesellschaft maßgebende innerstaatliche Recht nicht mindestens den gleichen Umfang an Mitbestimmung der Arbeitnehmer vorsieht, wie er in

12.1 Procedimiento de participación de los trabajadores de conformidad con la MgVG.

(a) Principios generales

La Fusión de KWS Services West S.L.U. en la Sociedad Absorbente es una fusión transfronteriza dentro de la Unión Europea. En consecuencia, la Directiva de 2017/1132 es aplicable. La participación de los empleados en el órgano de vigilancia resultante de una fusión transfronteriza se regula en el artículo 133 de la Directiva (UE) 2017/1132. En Alemania, el artículo 133 de la Directiva (UE) 2017/1132 ha sido traspuesto por la MgVG. Conforme a la sección 3, apartado 1, párrafo 1, la MgVG se aplica a sociedades con domicilio social en Alemania resultado de la fusión transfronteriza. Estas condiciones se cumplen porque la Sociedad Absorbente, como sociedad adquirente, continuará teniendo su domicilio social en Alemania.

De conformidad con el artículo 5 de la MgVG, las previsiones de la MgVG aplican si:

- (i) en los seis meses anteriores a la publicación del Proyecto Común de Fusión, al menos una de las Sociedades que participan directamente en la Fusión emplee de media a más de 500 trabajadores y en tal Sociedad existe un sistema de participación en el sentido del artículo 2, apartado 7, de la MgVG (artículo 5, número 1, de la MgVG),
- (ii) el Derecho nacional aplicable a la sociedad resultante de la Fusión no prevé cuando menos, respecto a la participación de los empleados, el mismo alcance que tenía en las respectivas

den jeweiligen an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften bestand (§ 5 Nr. 2 MgVG), oder

- (iii) das für die aus der Verschmelzung hervorgehende Gesellschaft maßgebende innerstaatliche Recht für Arbeitnehmer in Betrieben dieser Gesellschaft, die sich in anderen Mitgliedstaaten befinden, nicht den gleichen Anspruch auf Ausübung von Mitbestimmung vorsieht, wie sie den Arbeitnehmern in demjenigen Mitgliedstaat gewährt werden, in dem die aus der Verschmelzung hervorgehende Gesellschaft ihren Sitz hat (§ 5 Nr. 3 MgVG).

- (b) Konkrete Auswirkungen auf die Verschmelzung

Da die KWS SAAT SE derzeit ca. 1.473 eigene Arbeitnehmer beschäftigt und auch in den letzten sechs Monaten vor Veröffentlichung dieses Plans mehr als 500 Arbeitnehmer beschäftigt hat und zudem in Anwendung einer Beteiligungsvereinbarung i.S.d. § 21 des Gesetzes über die Beteiligung der Arbeitnehmer in einer Europäischen Gesellschaft (SEBG) über einen Aufsichtsrat verfügt, der zu einem Drittel mit Vertretern der Arbeitnehmer besetzt ist, gilt ein System der Mitbestimmung i.S.d. § 2 Abs. 7 MgVG, sodass die Voraussetzungen des § 5 Nr. 1 MgVG erfüllt sind.

Daher ist ein Arbeitnehmerbeteiligungsverfahren nach dem MgVG durchzuführen, das wie folgt abläuft:

- (i) Einleitung des Verfahrens

Zunächst haben die Leitungen der KWS SAAT SE und der KWS Services West S.L.U. gemäß § 6 MgVG die Arbeitnehmer der KWS SAAT SE und ihrer

Sociedades participantes en la Fusión (artículo 5, número 2, de la MgVG), o bien

- (iii) el Derecho nacional aplicable a la Sociedad resultante de la Fusión no prevea los mismos derechos de participación para los trabajadores de centros de trabajo de esta Sociedad que se atribuyen a los trabajadores en el Estado miembro en el que tiene su domicilio la Sociedad resultante de la Fusión (artículo 5, número 3, de la MgVG).

- (b) Consecuencias específicas para la Fusión

Dado que KWS SAAT SE cuenta en la actualidad con aproximadamente 1.473 trabajadores en nómina y ha empleado a más de 500 trabajadores en los seis meses anteriores a la publicación de este proyecto y, en aplicación de un acuerdo de implicación de los trabajadores en el sentido del artículo 21 de la Ley sobre la participación de los trabajadores en una Sociedad Europea (SEBG), cuenta con un consejo de vigilancia compuesto en un tercio por representantes de los trabajadores, siendo un sistema de participación en el sentido del artículo 2, apartado 7, de la MgVG, se cumplen los requisitos del artículo 5, número 1, de la MgVG.

Por consiguiente, deberá incoarse un procedimiento de participación de los trabajadores conforme a la MgVG, que se tramitará del modo siguiente:

- (i) Inicio del Procedimiento

De acuerdo con el artículo 6 MgVG, los órganos de dirección de KWS SAAT SE y KWS Services West S.L.U. deben primero informar a los empleados

Tochtergesellschaften im Sinne des § 2 Abs. 3 MgVG (**KWS Gruppe**) bzw. deren Vertretungen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den europäischen Wirtschaftsraum (**Mitgliedstaaten**) über das Verschmelzungsvorhaben zu informieren und sie zur Bildung des besonderen Verhandlungsgremiums (**BVG**) aufzufordern. Das BVG hat gemäß § 6 Abs. 1 Satz 2 MgVG die Aufgabe, mit den Leitungen der KWS SAAT SE und der KWS Services West S.L.U. eine schriftliche Vereinbarung über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der aus der Verschmelzung hervorgehenden Gesellschaft, eine sogenannte Mitbestimmungsvereinbarung, abzuschließen. Die Information hat die Mindestangaben gem. § 6 Abs. 3 MgVG zu enthalten.

Die Information und Aufforderung wird gegenüber den Arbeitnehmern der KWS Gruppe in den Mitgliedstaaten bzw. ihren zuständigen Vertretungen gem. § 6 Abs. 2 Satz 3 MgVG voraussichtlich am 9. November 2018 veröffentlicht.

(ii) Zusammensetzung des BVG

Das BVG setzt sich aus Vertretern der Arbeitnehmer aus allen Mitgliedstaaten zusammen, in denen Arbeitnehmer der KWS SAAT SE und ihrer Tochtergesellschaften i.S.d. § 2 Abs. 3 MgVG beschäftigt sind.

Gemäß § 13 Abs. 1 MgVG soll die Wahl oder Bestellung der Mitglieder des besonderen Verhandlungsgremiums innerhalb

de KWS SAAT SE y sus sucursales, en el sentido del artículo 2, apartado 3, de la MgVG (**Grupo KWS**), a sus representantes en los Estados miembros de la Unión Europea y otros estados parte en el Acuerdo sobre el Espacio Económico Europeo (**Estados miembros**), respectivamente, sobre la fusión e instarles a formar una comisión negociadora especial (**CNE**). De conformidad con el artículo 6, apartado 1, párrafo segundo, de la MgVG, la misión del CNE consistirá en celebrar, con los órganos de dirección de KWS SAAT SE y de KWS Services West S.L.U., un acuerdo por escrito sobre la participación de los trabajadores en la sociedad resultante de la fusión, también llamado acuerdo de gestión societaria (**Acuerdo de Participación**). El acuerdo debe contener los requisitos mínimos de contenido establecidos en el artículo 6, apartado 3, de la MgVG.

De acuerdo con el artículo 6, apartado 2, párrafo tercero, de la MgVG, la información y convocatoria se enviará a los empleados del Grupo KWS en los Estados miembros y a sus representantes respectivos el día 9 de noviembre de 2018.

(ii) Composición de la CNE

La CNE está compuesta por representantes de los trabajadores de KWS SAAT SE y sus sucursales en todos los Estados miembros, en el sentido del artículo 2, apartado 3, de la MgVG.

Conforme al artículo 13, apartado 2, de la MgVG, la elección o nombramiento de los miembros de la comisión negociadora especial

von zehn (10) Wochen nach der Veröffentlichung der Information über das Verschmelzungsvorhaben und der Aufforderung zur Bildung des BVGs erfolgen.

Gem. § 7 Abs. 1 MgVG entfällt auf jeden Mitgliedstaat, in dem Arbeitnehmer der KWS Gruppe beschäftigt sind, mindestens ein Sitz im BVG. Die Anzahl der einem Mitgliedstaat zugewiesenen Sitze erhöht sich um jeweils einen weiteren Sitz, sofern die Anzahl der in diesem Mitgliedstaat beschäftigten Arbeitnehmer die Schwelle von 10 %, 20 %, 30 % usw. aller in den Mitgliedstaaten beschäftigten Arbeitnehmer der KWS Gruppe überschreitet.

Daraus ergibt sich folgende Sitzverteilung:

Mitgliedstaat	Anzahl Arbeitnehmer	% (gerundet)	Mitglieder im BVG
Deutschland	1.952	65,33	7
Österreich	35	1,17	1
Belgien	7	0,23	1
Bulgarien	13	0,44	1
Kroatien	11	0,37	1
Tschechische Republik	21	0,70	1
Dänemark	9	0,30	1
Frankreich	357	11,95	2
Ungarn	53	1,77	1
Italien	106	3,55	1
Niederlande	32	1,07	1
Polen	106	3,55	1
Rumänien	120	4,02	1
Slowakei	22	0,74	1
Spanien	64	2,14	1
Schweden	3	0,10	1
Vereinigtes Königreich	77	2,58	1

deberá tener lugar en un plazo de diez (10) semanas a partir de la publicación de la información sobre la fusión prevista y de la convocatoria para la constitución de la CNE.

Conforme al artículo 7, apartado 1, de la MgVG, cada Estado miembro en el que se emplee a trabajadores del Grupo KWS, debe tener al menos un puesto en la CNE. El número de puestos asignados a un Estado miembro se incrementará en un puesto adicional en cada caso si el número de empleados en dicho Estado miembro supera los umbrales del 10%, 20%, 30%, etc. de todos los trabajadores del Grupo KWS empleados en los Estados miembros.

Esto resulta en el siguiente reparto de asientos:

Estado miembro	Número de empleados	% (redondeado)	Miembros en la CNE
Alemania	1.952	65,33	7
Austria	35	1,17	1
Bélgica	7	0,23	1
Bulgaria	13	0,44	1
Croacia	11	0,37	1
República Checa	21	0,70	1
Dinamarca	9	0,30	1
Francia	357	11,95	2
Hungría	53	1,77	1
Italia	106	3,55	1
Países Bajos	32	1,07	1
Polonia	106	3,55	1
Rumania	120	4,02	1
Eslovaquia	22	0,74	1
España	64	2,14	1
Suecia	3	0,10	1

Gesamt	2.988	100	24
--------	-------	-----	----

Reino Unido	77	2,58	1
<b>Total</b>	<b>2.988</b>	<b>100</b>	<b>24</b>

Die Wahl bzw. Bestellung der auf die Mitgliedstaaten entfallenden Mitglieder des BVG richtet sich nach den Rechtsordnungen des jeweiligen Mitgliedstaats.

La elección o nombramiento de los miembros de la CNE atribuibles a los Estados miembros se regula conforme a la normativa de cada Estado miembro.

(iii) Konstituierung des BVG

Nach Ablauf der vorgenannten Zehn-Wochen-Frist laden die Leitungen nach Maßgabe von § 14 Abs. 1 MgVG zur konstituierenden Sitzung des BVG ein. Das BVG konstituiert sich, indem es aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und mindestens zwei Stellvertreter wählt (§ 14 Abs. 1 S. 2 MgVG).

(iii) Constitución de la CNE

Una vez transcurrido el plazo de diez semanas antes mencionado, los órganos de administración invitan a la reunión constitutiva de la CNE, de conformidad con el artículo 14, apartado 1, de la MgVG. La CNE se constituye mediante la elección de un presidente y al menos dos suplentes de entre sus miembros (artículo 14, apartado 1, párrafo 2, MgVG).

(iv) Verhandlungsverfahren

Nach Konstituierung des BVG beginnt das eigentliche Verhandlungsverfahren, das wie folgt ablaufen kann:

Die Leitungen der KWS SAAT SE und der KWS Services West S.L.U. haben sich am 24. Oktober 2018 unmittelbar und ohne vorgehende Verhandlungen mit dem BVG für die Anwendung der gesetzlichen Auffanglösung ab Wirksamwerden der grenzüberschreitenden Verschmelzung (§ 23 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 MgVG) entschieden. Die unmittelbare Anwendung der gesetzlichen Auffanglösung erfordert zusätzlich, dass vor Wirksamwerden der Verschmelzung bei mindestens einer der an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften eine

(iv) Procedimiento negociador

Una vez constituida la CNE, el procedimiento de negociación como tal podrá empezar o terminar como sigue:

El 24 de octubre de 2018, los órganos de administración de KWS SAAT SE y de KWS Services West S.L.U. han resuelto en aplicar directamente la previsión legal a falta de acuerdo y sin negociaciones previas con la CNE, a partir de la entrada en vigor de la Fusión (artículo 23, apartado 1, párrafo 1, número 3, MgVG). La aplicación directa de la previsión legal a falta de pacto requiere que, antes de la inscripción de la Fusión, al menos una de las sociedades fusionadas tenga un sistema de participación de los trabajadores que cubra al menos un tercio de los empleados

Form der Mitbestimmung bestand, die sich auf mindestens ein Drittel der Gesamtzahl der Arbeitnehmer aller beteiligten Gesellschaften und betroffenen Tochtergesellschaften erstreckte (§ 23 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 MgVG). Diese Voraussetzung ist vorliegend erfüllt, da bei der KWS SAAT SE aufgrund der abgeschlossenen Beteiligungsvereinbarung i.S.d. § 21 SEBG ein System der Mitbestimmung besteht (siehe oben), das alle Arbeitnehmer der KWS Gruppe in den Mitgliedstaaten betrifft. Die Leitungen von KWS SAAT SE und KWS Services West S.L.U. haben daher von der Möglichkeit der Optierung für die gesetzliche Auffanglösung Gebrauch gemacht und haben diese Entscheidung in dem verfahrenseinleitenden Informationsschreiben gegenüber den Arbeitnehmern bzw. ihren Vertretungen kommuniziert. Dies schließt den Abschluss einer Mitbestimmungsvereinbarung auf freiwilliger Grundlage nicht aus. Die KWS SAAT SE und KWS Services West S.L.U. beabsichtigen, Verhandlungen mit dem besonderen Verhandlungsgremium aufzunehmen, um auf freiwilliger Grundlage eine Mitbestimmungsvereinbarung abzuschließen.

(v) Gesetzliche Auffanglösung

Nach der gesetzlichen Auffanglösung wird der Anteil der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der übernehmenden Gesellschaft gemäß § 24 Abs. 1 S. 2 MgVG nach der Verschmelzung ein Drittel betragen, da KWS Services West S.L.U. kein eigenes Mitbestimmungssystem hat und bei der übernehmenden Gesellschaft zum Verschmelzungszeitpunkt

de todas las sociedades participantes en la Fusión y de las sucursales afectadas (artículo 23, apartado 1, párrafo 2, número 1, MgVG). Este requisito se cumple ya que KWS SAAT SE tiene, debido al acuerdo de implicación de los trabajadores en el sentido del artículo 21 SEBG, un sistema de participación de los trabajadores (véase más arriba) que afecta a todos los empleados de Grupo KWS en los Estados miembros. En consecuencia, los órganos de administración de KWS y KWS Services West S.L.U. han optado por las reglas estatutarias supletorias y han comunicado esta decisión a los empleados y a sus representantes, respectivamente, en la carta informativa por la que se inicia el procedimiento. Sin embargo, esto no impide la celebración de un Acuerdo de Participación en fecha posterior. No obstante, KWS SAAT SE y KWS Services West S.L.U. tienen la intención de entablar negociaciones con la CNE y celebrar un acuerdo voluntario de participación.

(v) Normas estatutarias supletorias

Bajo las normas estatutarias supletorias, la participación de los representantes de los trabajadores en el consejo de vigilancia de la Sociedad Absorbente será de un tercio después de la fusión, de conformidad con el artículo 24, apartado 2, de la MgVG, ya que KWS Services West S.L.U. no tiene su propio sistema de participación de los trabajadores y existe un sistema de participación

Drittelbeteiligung besteht. Gem. § 25 Abs. 1 MgVG verteilt das BVG die Arbeitnehmersitze im Aufsichtsrat auf die Mitgliedstaaten. Die Verteilung richtet sich nach dem jeweiligen Anteil der in den einzelnen Mitgliedstaaten beschäftigten Arbeitnehmer der aus der Verschmelzung hervorgehenden Gesellschaft, ihrer Tochtergesellschaften und Betriebe. Können bei dieser anteiligen Verteilung die Arbeitnehmer aus einem oder mehreren Mitgliedstaaten keinen Sitz erhalten, so hat das BVG den letzten zu verteilenden Sitz einem bisher unberücksichtigten Mitgliedstaat zuzuweisen. Mindestens ein Arbeitnehmersitz im Aufsichtsrat der übernehmenden Gesellschaft entfällt nach der Verschmelzung daher auf einen anderen Mitgliedstaat als Deutschland. Die personelle Auswahl der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat richtet sich nach dem Recht des jeweiligen Mitgliedstaats, in dem das Aufsichtsratsmitglied zu wählen oder zu bestellen ist. Sofern das mitgliedstaatliche Recht über die Besetzung der ihnen zugewiesenen Sitze keine Regelungen trifft, bestimmt das BVG die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat. Nach den derzeitigen Arbeitnehmerzahlen würde ein Sitz der Arbeitnehmervertreter auf die in Deutschland durch die KWS Gruppe beschäftigten Arbeitnehmer entfallen. Der weitere Sitz würde bei Anwendung der gesetzlichen Auffanglösung durch das BVG dem Mitgliedstaat zugewiesen werden sollen, in dem die zweit meisten Arbeitnehmer durch die KWS Gruppe beschäftigt werden. Nach den derzeitigen Arbeitnehmerzahlen wäre dies bei Anwendung der gesetzlichen

de un tercio en la Sociedad Absorbente cuando la fusión tenga efecto. De conformidad con lo dispuesto en el artículo 25, apartado 1, de la MgVG, la CNE asigna a los Estados miembros los puestos de los trabajadores en el consejo de vigilancia. La distribución se basará proporcionalmente en la distribución de trabajadores empleados en cada Estado miembro por la compañía resultado de la Fusión, sus sucursales y establecimientos. Si, con arreglo a esta distribución proporcional, los empleados de uno o más Estados miembros no pueden obtener un puesto, la CNE debe asignar el último puesto a un Estado miembro que aún no ha sido tenido en cuenta. Por lo tanto, al menos un puesto de empleados en el consejo de vigilancia de la Sociedad Absorbente, con posterioridad a la Fusión, se asignará a un Estado miembro distinto de Alemania. El procedimiento de elección de los representantes de los trabajadores en el consejo de vigilancia se realizará conforme la legislación de cada Estado miembro en el que debe elegirse o designarse al miembro del consejo de vigilancia. Si la legislación nacional no contiene disposiciones relativas a este procedimiento, la CNE determinará los representantes de los trabajadores en el consejo de vigilancia. Teniendo en cuenta el número actual de empleados, un puesto de los que corresponde a los representantes de los trabajadores se asignaría a los trabajadores empleados en Alemania por el Grupo KWS. Si las normas estatutarias supletorias se aplicaran, el puesto adicional sería asignado por la CNE al Estado miembro con el segundo mayor número de trabajadores

Auffanglösung Frankreich. Der auf Deutschland entfallende Arbeitnehmervertreter würde durch ein Wahlgremium gewählt, welches sich aus Mitgliedern der höchsten Betriebsratsgremien (hier den Mitgliedern des Gesamtbetriebsrats der übernehmenden Gesellschaft) zusammensetzt. Der auf Frankreich entfallende Arbeitnehmervertreter würde in unmittelbarer Wahl durch die in Frankreich beschäftigten Arbeitnehmer der KWS Gruppe gewählt. Eine freiwillig abgeschlossene Mitbestimmungsvereinbarung kann eine andere Verteilung der Sitze der Arbeitnehmervertreter sowie ein anderes Wahlverfahren für die Arbeitnehmervertreter vorsehen.

(vi) Abschluss einer Mitbestimmungsvereinbarung

Der Inhalt einer möglichen Vereinbarung zur Regelung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat der übernehmenden Gesellschaft nach der Verschmelzung steht grundsätzlich in der Vereinbarungsfreiheit der Parteien. § 22 MgVG legt allerdings bestimmte Mindestinhalte fest, die in der Mitbestimmungsvereinbarung zwingend zu adressieren sind.

Eine Vereinbarung über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der übernehmenden Gesellschaft nach der Verschmelzung muss insbesondere Angaben zu dem Anteil der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, zum Verfahren, nach dem diese Arbeitnehmervertreter bestimmt werden, und zu deren Rechten

empleados por el Grupo KWS. De acuerdo con el número actual de empleados, este sería Francia, en el caso de que las normas estatutarias supletorias se aplicaran. El representante de los trabajadores en Alemania sería elegido por un órgano electoral compuesto por miembros de los más altos comités de empresa (en este caso, los miembros del comité central de empresa la Sociedad Absorbente). El representante de los trabajadores para Francia sería elegido directamente por los trabajadores del Grupo KWS empleados en Francia. Un Acuerdo de Participación voluntario podría establecer una distribución diferente de los puestos de los representantes de los trabajadores y un procedimiento de elección diferente para los representantes de los trabajadores.

(vi) Conclusión de un Acuerdo de Participación

En general, el contenido de un posible Acuerdo de Participación en el consejo de vigilancia de la Sociedad Absorbente, con posterioridad a la Fusión, responde a la libertad contractual de las partes. Sin embargo, el artículo 22 de la MgVG estipula un contenido mínimo que debe ser abordado en el Acuerdo de Participación.

Un acuerdo sobre la participación de empleados en la Sociedad Absorbente, con posterioridad a la Fusión, debe, en particular, contener información sobre la proporción de representantes de los trabajadores en el consejo de vigilancia, el procedimiento por el que éstos son elegidos, y sus derechos.

enthalten.

Darüber hinaus muss eine solche Vereinbarung Regelungen über ihren Geltungsbereich (einschließlich einer eventuellen Einbeziehung von Arbeitnehmern in Nicht-Mitgliedstaaten), den Zeitpunkt ihres Inkrafttretens und ihre Laufzeit enthalten. Ferner wären die Fälle festzulegen, in denen die Vereinbarung neu ausgehandelt werden soll, und das dabei anzuwendende Verfahren.

Der Abschluss einer Vereinbarung über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bedürfte eines Beschlusses des BVG, das grundsätzlich mit der Mehrheit seiner Mitglieder beschließt, wobei diese zugleich die Mehrheit der vertretenen Arbeitnehmer repräsentieren muss (§ 17 Abs. 2 MgVG).

#### 12.2 Arbeitnehmerbeteiligungsverfahren nach spanischem Recht

Gemäß Artikel 67 LME sind die Bedingungen zur Mitbestimmung von Arbeitnehmervertretern in den Organen der aus einer grenzüberschreitenden Verschmelzung hervorgehenden Gesellschaft in gesonderten Vorschriften geregelt. Im Falle einer Verschmelzung durch Aufnahme bezieht sich die Bezeichnung „eine aus einer grenzüberschreitenden Verschmelzung hervorgehende Gesellschaft“ auf die übernehmende Gesellschaft. Da die übernehmende Gesellschaft ihren Sitz in Deutschland hat, sollten sämtliche Angelegenheiten aus Artikel 67 LME dem jeweils einschlägigen deutschen Recht unterliegen (MgVG; vgl. Ziffer 12.1 des Verschmelzungsplans).

Nach spanischem Recht sind die Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmern im Gesetz 31/2006 vom 19. Oktober 2006 über die Mitbestimmung von Arbeitnehmern in einer aus einer

Además, el citado acuerdo debe incluir disposiciones sobre su ámbito de aplicación (incluida la posible participación de los trabajadores en Estados No Miembro), la fecha de su entrada en vigor y su duración. También deben especificarse los casos en los que se renegociará el acuerdo y el procedimiento a seguir.

La conclusión de un acuerdo sobre la participación de los empleados requeriría una resolución de la CNE, aprobada en principio por la mayoría de sus miembros y que también debe representar a la mayoría de los trabajadores representados (artículo 17, apartado 2, de la MgVG).

#### 12.2 Procedimiento para la implicación de los trabajadores según la legislación española

Como establece el artículo 67 LME, los requisitos para la participación de los representantes de los trabajadores en los órganos de una sociedad como consecuencia de una fusión transfronteriza se rigen por regulaciones separadas. En caso de fusión por absorción, la expresión de "sociedad resultante de la fusión" se refiere a la Sociedad Absorbente. Dado que la Sociedad Absorbente tiene su domicilio social en Alemania, todos los asuntos incluidos en el artículo 67 LME deberán estar regulados por la Ley alemana al respecto (MgVG, véase Sección 12.1. del Proyecto Común de Fusión).

Bajo la Ley española, los derechos de participación de los empleados se regulan en la Ley 31/2006 de 19 de octubre de 2006, sobre implicación de los trabajadores en las sociedades anónimas y

grenzüberschreitenden Verschmelzung hervorgehenden Gesellschaft (**spanisches Arbeitnehmermitbestimmungsgesetz**) geregelt. Die maßgeblichen Rechtsvorschriften für spanische Betriebe von Gesellschaften, die an einer grenzüberschreitenden Verschmelzung beteiligt sind, bei der die aus der Verschmelzung hervorgehende Gesellschaft ihren Sitz außerhalb Spaniens hat, sind die Artikel 27 bis 32 des spanischen Arbeitnehmermitbestimmungsgesetzes. Diese Vorschriften regeln die Wahl der spanischen Mitglieder des BVG und des Aufsichtsrats sowie deren Rechte als Arbeitnehmervertreter. Im Übrigen gelten die deutschen Rechtsvorschriften des MgVG.

Nach dem spanischen Arbeitnehmermitbestimmungsgesetz werden die Mitglieder des BVG durch Vereinbarung zwischen den Gewerkschaften, die mindestens 50% der Belegschaft in Spanien repräsentieren, oder durch Mehrheitsvereinbarung der Arbeitnehmervertreter gewählt. Da in Spanien allein bei der KWS Services West S.L.U. ein Betriebsrat für den Betrieb Barcelona besteht, ist dieser für die Wahl des auf Spanien entfallenden BVG-Mitglieds zuständig.

**13. Bedingungen zur Ausübung der Rechte der Gläubiger und Minderheitsgesellschafter der jeweiligen an der Verschmelzung beteiligten Gesellschaften**

- 13.1 Infolge der Verschmelzung werden sämtliche Gläubiger der übertragenden Gesellschaft Gläubiger der übernehmenden Gesellschaft.
- 13.2 In Bezug auf die Stellung der Gläubiger der übertragenden Gesellschaft gilt das Folgende:

Die Zustimmung der Anteilseignerversammlungen der

cooperativas europeas (**Ley española sobre implicación de los trabajadores**). Los artículos 27 a 32 de la Ley española sobre implicación de los trabajadores se aplican a los establecimientos españoles de sociedades que participen en una fusión transfronteriza cuando la sociedad resultante de una fusión transfronteriza tenga su domicilio social fuera de España. Estas disposiciones establecen el procedimiento para la elección de los miembros de la CNE y de los miembros del consejo de vigilancia, así como las garantías legales y los derechos de estos miembros como representantes de los trabajadores. Para cualquier otra cuestión, se aplican las normas alemanas de la MgVG.

Según la Ley española sobre implicación de los trabajadores, los miembros de la CNE son elegidos por acuerdo entre los sindicatos que representan al menos el 50% de los representantes de los trabajadores en España o por acuerdo mayoritario de los propios representantes de los trabajadores. Como sólo hay un Comité de Empresa establecido en España para la sede en Barcelona de KWS Services West S.L.U., este Comité de Empresa es competente para la elección del miembro de la CNE asignado a España.

**13. Condiciones de ejercicio de los derechos de los acreedores y socios minoritarios de las respectivas Sociedades participantes en la Fusión**

- 13.1 Como resultado de la Fusión, todos los acreedores de la Sociedad Absorbida se convertirán en acreedores de la Sociedad Absorbente.
- 13.2 Lo siguiente aplica en lo relacionado con la posición de los acreedores de la Sociedad Absorbida o KWS Services West S.L.U.:

La aprobación de la Fusión por la Junta General de Accionistas de la Sociedad

übertragenden Gesellschaft und der übernehmenden Gesellschaft muss in einer in Spanien landesweit vertriebenen Zeitung und im Amtsblatt des Handelsregisters (*Boletín Oficial del Registro Mercantil*) bekannt gemacht werden. Nach spanischem Recht und in Übereinstimmung mit Artikel 44 LME kann ein Gläubiger der übertragenden Gesellschaft innerhalb eines Monats ab Bekanntmachung der Zustimmung der Anteilseignerversammlungen eine Sicherheit in Höhe seiner Forderung von der übertragenden Gesellschaft verlangen, wenn (i) seine Forderung bereits vor der Hinterlegung dieses Verschmelzungsplans beim spanischen Handelsregister bestand, (ii) er der übertragenden Gesellschaft seinen Widerspruch zu der Verschmelzung innerhalb der Monatsfrist mitgeteilt hat und (iii) die übertragende Gesellschaft in Bezug auf die Forderung keine Sicherheit gewährt hat.

- 13.3 In Bezug auf die Stellung der Gläubiger der übernehmenden Gesellschaft gilt das Folgende:

Die Verschmelzung hat keine Auswirkungen auf die rechtliche Position der Gläubiger der übernehmenden Gesellschaft. Bei der übernehmenden Gesellschaft ergeben sich die Rechte der Gläubiger aus § 122a Abs. 2 i.V.m. § 22 UmwG. Danach ist den Gläubigern der übernehmenden Gesellschaft Sicherheit zu leisten, soweit sie nicht Befriedigung verlangen können, wenn sie binnen sechs Monaten nach dem Tag, an dem die Eintragung der Verschmelzung in das Register des Sitzes der übernehmenden Gesellschaft nach § 122a Abs. 2 i.V.m. § 19 Abs. 3 UmwG bekannt gemacht worden ist, ihren Anspruch nach Grund und Höhe schriftlich anmelden. Dieses Recht steht den Gläubigern jedoch nur zu, wenn sie glaubhaft machen, dass durch die Verschmelzung die Erfüllung ihrer Forderungen gefährdet wird. Die Gläubiger werden in der Bekanntmachung der Eintragung der Verschmelzung im Handelsregister der übernehmenden Gesellschaft auf dieses Recht hingewiesen

Absorbente y el socio único de la Sociedad Absorbida deberá ser publicada en un diario de gran circulación en la provincia de Barcelona y en el Boletín Oficial del Registro Mercantil español. De conformidad con la ley española y en línea con el artículo 44 de la LME, cualquier acreedor de la Sociedad Absorbida puede solicitar la constitución de una garantía sobre sus créditos frente a la Sociedad Absorbente en el plazo de un mes a contar desde la fecha de la publicación de la aprobación de la Fusión por las Juntas Generales de Accionistas sólo si (i) los créditos de dicho acreedor ya existían antes del depósito de este Proyecto Común de Fusión en el Registro Mercantil, (ii) dicho acreedor ha notificado a la Sociedad Absorbida su objeción a la Fusión en el plazo de un mes, y (iii) la Sociedad Absorbida no ha concedido ninguna garantía en relación con la misma.

- 13.3 Lo siguiente aplica en relación con la posición de los acreedores de la Sociedad Absorbente:

La Fusión no afecta la posición legal de los acreedores de la Sociedad Absorbente. Para la Sociedad Absorbente, los derechos de los acreedores se derivan del artículo 122a, apartado 2, en conjunto con el artículo 22 de la UmwG. Conforme con esta disposición legal, los acreedores de la Sociedad Absorbente deberán recibir una garantía en la medida en que no puedan exigir el pago de sus créditos, siempre que presenten sus créditos por escrito, indicando la base y el importe de los mismos, en el plazo de seis meses desde el día en que se publicó la inscripción de la Fusión en el Registro del domicilio social de la Sociedad Absorbente, de conformidad con el artículo 122 bis, apartado 2, en relación con el artículo 19, apartado 3, de la UmwG. Sin embargo, los acreedores sólo tendrán este derecho si son capaces de demostrar que la realización de sus créditos se ve comprometida por la Fusión. Este derecho se les notificará a los acreedores en la publicación de la inscripción de la Fusión

werden (§ 122a Abs. 2 i.V.m. § 22 Abs. 1 Satz 3 UmwG). Gemäß § 122a Abs. 2 i.V.m. § 22 Abs. 2 UmwG steht das Recht, Sicherheitsleistung zu verlangen, den Gläubigern nicht zu, die im Fall der Insolvenz ein Recht auf vorzugsweise Befriedigung aus einer Deckungsmasse haben, die nach gesetzlicher Vorschrift zu ihrem Schutz errichtet und staatlich überwacht ist.

13.4 Da die KWS SAAT SE sämtliche Anteile an der KWS Services West S.L.U. hält, gibt es auf Seiten der KWS Services West S.L.U. keine Minderheitsgesellschafter, sodass eine Darstellung der Rechte der Minderheitsgesellschafter weder nach deutschem noch nach spanischem Recht erforderlich ist.

13.5 Nach deutschem Recht stehen den Aktionären der KWS SAAT SE im Zusammenhang mit der Verschmelzung folgende Rechte zu:

Da die KWS SAAT SE sämtliche Anteile an der KWS Services West S.L.U. hält, ist ein Hauptversammlungsbeschluss der KWS SAAT SE gemäß § 62 Abs. 1 und 2 UmwG i. V. m. § 122a Abs. 2 UmwG nur erforderlich, wenn Aktionäre der KWS SAAT SE, deren Anteile zusammen den zwanzigsten Teil des Grundkapitals der KWS SAAT SE erreichen, die Einberufung einer Hauptversammlung verlangen, in der über die Zustimmung zu der Verschmelzung beschlossen wird. Das Gesetz sieht für ein solches Einberufungsverlangen keine Frist vor. Nach einhelliger Auffassung in der juristischen Literatur kann die übernehmende Gesellschaft eine Frist zur Geltendmachung des Minderheitsverlangens setzen. Der Vorstand der KWS SAAT SE hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und die Frist bis zum 3. Dezember 2018

en el Registro mercantil de **Sociedad Absorbente** (Artículo 122a, apartado 2, en relación con el artículo 22, apartado 1, párrafo 3, de la UmwG). De conformidad con el artículo 122 a, apartado 2, en relación con el artículo 22, apartado 2, de la UmwG, los acreedores que, en caso de insolvencia, tengan derecho a la satisfacción preferente de sus créditos con cargo a un fondo común de garantía (*Deckungsmasse*) creado y supervisado por un organismo público, para su protección conforme a las disposiciones legales, no tienen derecho a exigir la constitución de una garantía.

13.4 Dado que KWS SAAT SE es el socio único de KWS Services West S.L.U. y KWS Services West S.L.U. no tiene, en consecuencia, ningún accionista minoritario, los derechos de los accionistas minoritarios no requieren ser descritos o concedidos en el presente Proyecto Común de Fusión, ni en la legislación española ni en la alemana.

13.5 Según la legislación alemana, los accionistas de KWS SAAT SE ostentan los siguientes derechos en el contexto de la Fusión:

Dado que KWS SAAT SE es titular de todas las participaciones sociales de KWS Services West S.L.U., sólo se requiere una decisión de la Junta General de Accionistas de KWS SAAT SE si, de acuerdo con el artículo 62, apartado 1 y 2 de la UmwG, en relación con el artículo 122a, apartado 2, de la UmwG, los accionistas de KWS SAAT SE, cuyas acciones en su conjunto representan la vigésima parte del capital social nominal de KWS SAAT SE, solicitan que se convoque una Junta General de Accionistas con el fin de adoptar un acuerdo que autorice la Fusión. La Ley no prevé un plazo para dicha solicitud. Sin embargo, la opinión unánime de la doctrina jurídica considera que la Sociedad Absorbente puede fijar un plazo para hacer valer la demanda minoritaria. El Comité ejecutivo de KWS SAAT SE ha hecho uso de esta posibilidad y ha fijado

gesetzt. Für den Fall, dass die Hauptversammlung der KWS SAAT SE über die Verschmelzung zu entscheiden hat, könnten die Aktionäre der KWS SAAT SE ihre Zustimmung zu der Verschmelzung nach § 122g Abs. 1 UmwG davon abhängig machen, dass die Art und Weise der Mitbestimmung der Arbeitnehmer der übernehmenden Gesellschaft ausdrücklich von ihnen bestätigt wird. Ansprüche auf eine Barabfindung gemäß § 122i UmwG bestehen nicht, da die übernehmende Gesellschaft eine deutsche Gesellschaft ist. Die Aktionäre werden in der Bekanntmachung der Einreichung des Verschmelzungsplans durch das Handelsregister der KWS SAAT SE auf diese Rechte hingewiesen werden (§ 122d Satz 2 Nr. 4 UmwG).

#### 14. Rücktrittsvorbehalt

Jede der an der Verschmelzung beteiligten Parteien ist zum Rücktritt von diesem Verschmelzungsplan berechtigt, wenn die Verschmelzung nicht bis zum 30. September 2019 in das Handelsregister der übernehmenden Gesellschaft beim Amtsgericht Göttingen eingetragen worden ist. Der Rücktritt ist der anderen Partei gegenüber durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein oder gleichwertige Übermittlung durch einen Kurierservice zu erklären und dem beurkundenden deutschen Notar schriftlich mitzuteilen.

#### 15. Kosten

Die KWS SAAT SE und die KWS Services West S.L.U. tragen die ihnen im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Verschmelzung entstehenden Kosten jeweils selbst. Die gemeinsam veranlassten Kosten werden von der übernehmenden Gesellschaft getragen. Die durch die Bildung und Tätigkeit des BVG entstehenden erforderlichen Kosten tragen gem. § 20 MgVG die übertragende und die übernehmende Gesellschaft gesamtschuldnerisch. Die

la fecha límite en el día 3 de diciembre de 2018. En caso de que la Junta General de Accionistas de KWS SAAT SE tenga que decidir sobre la Fusión, los accionistas podrán supeditar su consentimiento, de conformidad con el artículo 122g, apartado 1, a la ratificación expresa de las disposiciones relativas a los derechos de participación de los trabajadores de la Sociedad Absorbente o de nueva creación. No hay derecho a una compensación en dinero efectivo de conformidad con el artículo 122i de la UmwG, ya que la Sociedad Absorbente está sujeta al derecho alemán. Los accionistas serán notificados de estos derechos en la publicación de la presentación del Proyecto Común de Fusión por parte del registro mercantil de KWS SAAT SE (artículo 122d, apartado 2, número 4, de la UmwG).

#### 14. Posibilidad de desistimiento

Cada una de las partes de esta Fusión tendrá derecho a desistir del presente Proyecto Común de Fusión si la Fusión no ha sido inscrita antes del día 30 de septiembre de 2019 en el Registro Mercantil de **Sociedad Absorbente** dependiente del Tribunal de Göttingen. El desistimiento deberá ser notificado a la otra parte por correo certificado (con acuse de recibo), o el equivalente por servicio de mensajería, y deberá notificarse por escrito al notario alemán.

#### 15. Costes

KWS SAAT SE y KWS Services West S.L.U. se harán cargo de los costes de preparación y ejecución de la Fusión. Los costes incurridos conjuntamente corren a cargo de la Sociedad Absorbente. Los costes de constitución y funcionamiento de la CNE correrán a cargo conjunta y solidariamente de la Sociedad Absorbida y de la Sociedad Absorbente, de conformidad con el artículo 20 MgVG. La obligación de asumir los costes incluye los costes materiales y personales en que se incurra en relación con las actividades de

Kostentragungspflicht umfasst die sachlichen und persönlichen Kosten, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit des BVG, einschließlich der Verhandlungen des BVG mit den Leitungen der verschmelzenden Gesellschaften, entstehen.

## 16. Sonstiges

16.1 Sollte eine oder mehrere Bestimmungen dieses Verschmelzungsplans unwirksam, undurchführbar, nicht durchsetzbar sein oder werden oder nicht in das Handelsregister eintragungsfähig sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Verschmelzungsplans davon nicht berührt. Dasselbe gilt, soweit dieser Verschmelzungsplan eine Regelungslücke aufweist. Die Parteien verpflichten sich vielmehr bereits jetzt, anstelle der unwirksamen, undurchführbaren, nicht durchsetzbaren oder nicht in das Handelsregister eintragungsfähigen Bestimmung oder zur Ausfüllung einer Regelungslücke eine solche Bestimmung zu vereinbaren, die im Rahmen der rechtlichen Zulässigen nach Form, Inhalt, Zeit, Maß und Geltungsbereich dem am nächsten kommt, was die Parteien nach dem Sinn und Zweck bei Abschluss dieses Verschmelzungsplanes beabsichtigt haben oder hätten, hätten sie die Frage bedacht.

16.2 Änderungen oder Ergänzungen dieses Verschmelzungsplans bedürfen der notariellen Beurkundung, soweit dies nach dem anwendbaren Recht erforderlich ist. Ansonsten bedürfen Änderungen oder Ergänzungen dieses Verschmelzungsplans der Schriftform. Dies gilt auch für etwaige Änderungen oder Ergänzungen dieser Ziffer 16.2.

la CNE, incluidas las negociaciones de la CNE con la administración de las sociedades que intervienen en la Fusión.

## 16. Disposiciones varias

16.1 Si una o varias disposiciones del presente Proyecto Común de Fusión fueran o devinieran ineficaces, inejecutables o inexigibles o no pudieran ser inscritas en el Registro Mercantil, ello no afectará a la eficacia de las restantes disposiciones del presente Proyecto Común de Fusión. Lo mismo se observará en el caso de que el Proyecto Común de Fusión adolezca de lagunas de regulación. Las partes se comprometen por la presente a reemplazar la disposición ineficaz, inejecutable, inexigible o no susceptible de ser inscrita en el Registro Mercantil, o bien a subsanar la laguna de regulación de manera que, en todo lo permitido por la ley, se aproxime lo más posible en cuanto a forma, contenido, tiempo, alcance y ámbito de aplicación, a cuanto las partes pretendían o habrían pretendido, conforme a su sentido y finalidad, en el momento de la celebración del presente Proyecto Común de Fusión, si hubieran considerado tal circunstancia.

16.2 Las modificaciones o adiciones del presente Proyecto Común de Fusión requerirán su legalización ante Notario, siempre que ello sea necesario de conformidad con el Derecho aplicable. En otro caso, las modificaciones o adiciones del presente Proyecto Común de Fusión requerirán cuando menos la forma escrita. Lo mismo se observará respecto a las eventuales modificaciones o adiciones del presente punto 16.2.

## Anlage 1

Bewertung des Aktiv- und Passivvermögens der KWS Services West S.L.U. zum 30. Juni 2018

<b>VERMÖGENSWERTE</b>	<b>2018</b>	<b>2017</b>
<b>LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE</b>	<b>98.733</b>	<b>132.062</b>
Sachanlagen	-	-
IT-Anwendungen	-	-
Sachanlagen	<b>87.933</b>	<b>121.262</b>
Grundstücke und Gebäude	46.429	65.914
Technische Anlagen und andere Sachanlagen	41.504	55.348
Langfristige Finanzanlagen	<b>10.800</b>	<b>10.800</b>
Sonstiges Finanzvermögen	10.800	10.800
<b>KURZFRISTIGE VERMÖGENSWERTE</b>	<b>929.776</b>	<b>1.164.159</b>
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen	<b>884.623</b>	<b>1.163.464</b>
Kunden, Konzerngesellschaften und verbundene Unternehmen	784.305	1.097.259
Verschiedene Schuldner	1.002	3.965
Sonstige Forderungen gegenüber öffentlichen Verwaltungen	99.316	62.240
Kurzfristige Beteiligungen an Konzerngesellschaften und verbundenen Unternehmen	<b>44.711</b>	-
Kredite an Gesellschaften	44.711	-
Zahlungsmittel und sonstige Zahlungsmitteläquivalente	<b>442</b>	<b>695</b>
Barmittel	442	695
<b>VERMÖGENSWERTE INSGESAM</b>	<b>1.028.509</b>	<b>1.296.221</b>
<b>NETTOVERMÖGEN UND VERBINDLICHKEITEN</b>	<b>2018</b>	<b>2017</b>
<b>NETTOVERMÖGEN</b>	<b>611.410</b>	<b>456.478</b>
<b>EIGENMITTEL</b>	<b>611.410</b>	<b>456.478</b>
<b>Kapital</b>	<b>155.000</b>	<b>155.000</b>
Gezeichnetes Kapital	155.000	155.000
<b>Rücklagen</b>	<b>301.478</b>	<b>84.482</b>
Gesetzlich und satzungsgemäß	30.148	8.448
Sonstige Rücklagen	271.330	76.034
<b>Ergebnis des Geschäftsjahrs</b>	<b>154.932</b>	<b>216.996</b>
<b>LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN</b>	-	-
<b>KURZFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN</b>	<b>417.099</b>	<b>839.743</b>
Schulden bei Konzerngesellschaften und verbundenen Unternehmen	-	192.986
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	<b>415.434</b>	<b>646.757</b>
Lieferanten, Konzerngesellschaften und verbundene Unternehmen	49.969	225.756
Verschiedene Gläubiger	107.492	53.243
Personal (ausstehende Vergütungen)	97.197	163.432
Sonstige Verbindlichkeiten bei öffentlichen Verwaltungen	160.776	204.326
Kurzfristige Rückstellungen	1.665	-
<b>NETTOVERMÖGEN UND VERBINDLICHKEITEN</b>	<b>1.028.509</b>	<b>1.296.221</b>

## Anexo 1

Valoración de los activos y pasivos de KWS Services West S.L.U. a fecha 30 de junio de 2018

<b>ACTIVO</b>	<b>2018</b>	<b>2017</b>
<b>ACTIVO NO CORRIENTE</b>	<b>98.733</b>	<b>132.062</b>
<b>Inmovilizado intangible</b>	-	-
Aplicaciones informáticas	-	-
<b>Inmovilizado material</b>	<b>87.933</b>	<b>121.262</b>
Terrenos y construcciones	46.429	65.914
Instalaciones técnicas y otro inmovilizado material	41.504	55.348
<b>Inversiones financieras a largo plazo</b>	<b>10.800</b>	<b>10.800</b>
Otros activos financieros	10.800	10.800
<b>ACTIVO CORRIENTE</b>	<b>929.776</b>	<b>1.164.159</b>
<b>Deudores comerciales y otras cuentas a cobrar</b>	<b>884.623</b>	<b>1.163.464</b>
Clientes, empresas del grupo y asociadas	784.305	1.097.259
Deudores varios	1.002	3.965
Otros créditos con las Administraciones Públicas	99.316	62.240
<b>Inversiones en empresas del grupo y asociadas a corto plazo</b>	<b>44.711</b>	-
Créditos a empresas	44.711	-
<b>Efectivo y otros activos líquidos equivalentes</b>	<b>442</b>	<b>695</b>
Tesorería	442	695
<b>TOTAL ACTIVO</b>	<b>1.028.509</b>	<b>1.296.221</b>
<b>PATRIMONIO NETO Y PASIVO</b>	<b>2018</b>	<b>2017</b>
<b>PATRIMONIO NETO</b>	<b>611.410</b>	<b>456.478</b>
<b>FONDOS PROPIOS</b>	<b>611.410</b>	<b>456.478</b>
<b>Capital</b>	<b>155.000</b>	<b>155.000</b>
Capital escriturado	155.000	155.000
<b>Reservas</b>	<b>301.478</b>	<b>84.482</b>
Legal y estatutarias	30.148	8.448
Otras reservas	271.330	76.034
<b>Resultado del ejercicio</b>	<b>154.932</b>	<b>216.996</b>
<b>PASIVO NO CORRIENTE</b>	-	-
<b>PASIVO CORRIENTE</b>	<b>417.099</b>	<b>839.743</b>
<b>Deudas con empresas del grupo y asociadas a corto plazo</b>	-	<b>192.986</b>
<b>Acreedores comerciales y otras cuentas a pagar</b>	<b>415.434</b>	<b>646.757</b>
Proveedores, empresas del grupo y asociadas	49.969	225.756
Acreedores varios	107.492	53.243
Personal (remuneraciones pendientes de pago)	97.197	163.432
Otras deudas con las Administraciones Públicas	160.776	204.326
Periodificaciones a corto plazo	1.665	-
<b>TOTAL PATRIMONIO NETO Y PASIVO</b>	<b>1.028.509</b>	<b>1.296.221</b>

## **Anlage 2**

Aktuelle Satzung der KWS SAAT SE vom 14. Dezember 2017

### **Satzung der KWS SAAT SE**

#### **Rechtsform; Firma und Sitz der Gesellschaft**

##### **§ 1**

- 1.1 Die Gesellschaft hat die Rechtsform einer Europäischen Gesellschaft (Societas Europaea, SE).
- 1.2 Die Gesellschaft führt die Firma

**KWS SAAT SE**

- 1.3 Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Einbeck.

#### **Gegenstand des Unternehmens**

##### **§ 2**

- 2.1 Gegenstand des Unternehmens ist die Züchtung, die Vermehrung und Verwertung von Nutzpflanzen aller Arten, die Erzeugung und der Vertrieb von Saatgut, der Betrieb von Landwirtschaft und Gartenbau und der Vertrieb ihrer Erzeugnisse und deren Bearbeitung und jegliche Verwertung für menschliche und tierische Ernährung, die Herstellung chemischer Erzeugnisse für landwirtschaftliche oder gartenbauliche Zwecke und von Düngemitteln, die Fertigung und der Vertrieb landwirtschaftlicher Geräte sowie die Erzeugung von Zucker und Süßwaren und deren Vertrieb einschließlich aller Nebenprodukte.
- 2.2 Die Gesellschaft kann Betriebsanlagen und landwirtschaftliche Betriebe auf eigenen und/oder gepachteten Flächen unterhalten.
- 2.3 Die Gesellschaft ist berechtigt, wesentliche Betriebsteile und/oder Geschäftsbereiche auszugliedern, zu veräußern, auf Tochtergesellschaften oder Gemeinschaftsunternehmen zu übertragen und sich auf die Wahrnehmung der Aufgaben einer Konzern-Holdinggesellschaft zu beschränken.
- 2.4 Die Gesellschaft kann im In- und Ausland Zweigniederlassungen errichten, im Rahmen ihres satzungsmäßigen Gegenstandes Unternehmen jeder Art und jeder Rechtsform gründen und sich an solchen beteiligen sowie Unternehmensverträge jeder Art eingehen.

#### **Grundkapital und Aktien**

##### **§ 3**

Das Grundkapital beträgt € 19.800.000 und ist in 6.600.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien eingeteilt. Der Anspruch des Aktionärs auf Verbriefung seines Anteils ist ausgeschlossen. Das Grundkapital ist in Höhe

von € 19.800.000,00 erbracht worden durch die Umwandlung der KWS SAAT AG in eine Europäische Gesellschaft (*Societas Europaea*, SE).

## **Bekanntmachungen und Informationen**

### **§ 4**

- 4.1 Bekanntmachungen der Gesellschaft werden im Bundesanzeiger veröffentlicht, soweit das Gesetz nicht zwingend etwas anderes bestimmt.
- 4.2 Informationen an die Aktionäre können unter den gesetzlich vorgesehenen Bedingungen auch im Wege der Datenfernübertragung übermittelt werden.

## **Dualistisches System; Organe der Gesellschaft**

### **§ 5**

- 5.1 Die Gesellschaft hat ein dualistisches Leitungs- und Aufsichtssystem aus einem Leitungsorgan (Vorstand) und einem Aufsichtsorgan (Aufsichtsrat).
- 5.2 Organe der Gesellschaft sind:
  - 1. der Vorstand
  - 2. der Aufsichtsrat
  - 3. die Hauptversammlung

## **Vorstand**

### **§ 6**

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Personen. Der Aufsichtsrat bestellt die Vorstandsmitglieder und bestimmt ihre Zahl. Die Vorstandsmitglieder werden vom Aufsichtsrat für einen Zeitraum von höchstens sechs Jahren bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit ist zulässig.

### **§ 7**

- 7.1 Der Vorstand vertritt die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich.
- 7.2 Ist nur ein Vorstandsmitglied bestellt, so vertritt es die Gesellschaft allein. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.
- 7.3 Der Vorstand bedarf für die Vornahme folgender Geschäfte und Maßnahmen der Zustimmung des Aufsichtsrats:
  - a) Festlegung des Jahresbudgets einschließlich der Investitions-, Finanz- und Personalplanung für die KWS Gruppe,
  - b) Erwerb, Veräußerung oder Belastung von Anlagevermögen, insbesondere von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, soweit hierbei ein vom Aufsichtsrat festzulegender Wert

überschritten wird und diese Maßnahme nicht in der genehmigten Investitions- oder Finanzplanung konkret vorgesehen ist,

- c) Erwerb und Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen, soweit hierbei ein vom Aufsichtsrat festzulegender Wert überschritten wird,
- d) Emission von Anleihen und Aufnahme langfristiger Kredite, soweit diese nicht in der genehmigten Investitions- oder Finanzplanung konkret vorgesehen sind,
- e) Abschluss und Änderungen von Verträgen, die nach Gesetz oder Satzung der Zustimmung der Hauptversammlung bedürfen.

7.4 Der Aufsichtsrat kann beschließen, dass über die in vorstehendem Absatz 3 genannten Geschäfte und Maßnahmen hinaus weitere Arten von Geschäften oder Maßnahmen seiner Zustimmung bedürfen.

### **Aufsichtsrat**

#### **§ 8**

8.1 Der Aufsichtsrat besteht aus sechs Mitgliedern.

8.2 Vier Mitglieder werden von der Hauptversammlung ohne Bindung an Wahlvorschläge gewählt (Anteilseignervertreter). Zwei Mitglieder werden von der Hauptversammlung auf Vorschlag der Arbeitnehmer gewählt; die Hauptversammlung ist dabei an die Vorschläge der Arbeitnehmer gebunden (Arbeitnehmersvertreter). Sieht eine nach Maßgabe des SE-Beteiligungsgesetzes (SEBG) geschlossene Vereinbarung über die Beteiligung der Arbeitnehmer in der SE ein abweichendes Bestellungsverfahren für die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat vor, werden die Arbeitnehmervertreter gemäß dem vereinbarten Verfahren bestellt.

8.3 Die Aufsichtsratsmitglieder werden für die Zeit bis zur Beendigung derjenigen Hauptversammlung bestellt, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt, wobei das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, nicht mitgerechnet wird. Hiervon abweichend erfolgt die Bestellung der Mitglieder des ersten Aufsichtsrats der KWS SAAT SE für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrats der KWS SAAT SE für das Geschäftsjahr 2016/2017 beschließt. Die Bestellung von Aufsichtsratsmitgliedern erfolgt jedoch in jedem Fall längstens für sechs Jahre. Die Wiederwahl von Aufsichtsratsmitgliedern ist zulässig.

8.4 Ergänzungswahlen erfolgen für den Rest der Amtsdauer des vorzeitig ausgeschiedenen Mitglieds.

8.5 Für jeden Anteilseignervertreter kann ein Ersatzmitglied gewählt werden, das Mitglied des Aufsichtsrats wird, wenn das Aufsichtsratsmitglied vor Ablauf seiner Amtszeit ausscheidet. Für Arbeitnehmervertreter gelten die gesetzlichen bzw. die hierzu in einer Vereinbarung gemäß vorstehendem Absatz 2 Satz 2 getroffenen Regelungen. Das Amt des Ersatzmitgliedes erlischt spätestens mit Ablauf der Amtszeit des ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglieds.

8.6 Jedes Mitglied des Aufsichtsrats hat das Recht, jederzeit sein Amt auch ohne wichtigen Grund niederzulegen.

8.7 Zu Anteilseignerverretretern des ersten Aufsichtsrats der Gesellschaft werden für die in vorstehendem Absatz 3 festgelegte Amtszeit des ersten Aufsichtsrats bestellt:

Dr. Drs. h.c. Andreas J. Büchting, Einbeck, Agrarbiologe/Ökonom, Vorsitzender des Aufsichtsrats der KWS SAAT AG, Einbeck,

Dr. Arend Oetker, Berlin, Kaufmann, Geschäftsführender Gesellschafter der Kommanditgesellschaft Dr. Arend Oetker Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH & Co., Berlin,

Hubertus von Baumbach, Ingelheim am Rhein, Kaufmann, Mitglied der Unternehmensleitung der Boehringer Ingelheim, Ingelheim am Rhein, und

Cathrina Claas-Mühlhäuser, Frankfurt am Main, Kauffrau, Vorsitzende des Aufsichtsrats der CLAAS KGaA mbH, Harsewinkel.

## § 9

- 9.1 Der Aufsichtsrat wählt für die Dauer seiner Amtszeit ohne Verzug nach seiner Einsetzung einen Vorsitzenden und einen oder mehrere Stellvertreter. Sind mehrere Stellvertreter gewählt, so bestimmt der Aufsichtsrat für den Fall einer Verhinderung des Vorsitzenden dessen Vertreter. Der Stellvertreter hat, wenn er in Vertretung des Vorsitzenden handelt, dessen Rechte und Pflichten.
- 9.2 Der Aufsichtsrat kann aus seiner Mitte Ausschüsse bestellen und diesen bestimmte Aufgaben übertragen, soweit nicht eine solche Übertragung gesetzlich ausgeschlossen ist.

## § 10

- 10.1 Der Vorsitzende und bei dessen Verhinderung sein Stellvertreter kann jederzeit den Aufsichtsrat zu einer Sitzung einberufen.
- 10.2 Jedes Aufsichtsratsmitglied oder der Vorstand kann unter Angabe des Zwecks und der Gründe die unverzügliche Einberufung des Aufsichtsrats verlangen. Die Sitzung muss binnen zwei Wochen nach der Einberufung stattfinden.

## § 11

- 11.1 Die Beschlüsse des Aufsichtsrats werden in Sitzungen gefasst, in denen der Vorsitzende, bei dessen Verhinderung sein Stellvertreter, den Vorsitz führt. Die Beschlüsse sind schriftlich niederzulegen. Die Niederschrift ist von dem Vorsitzenden, in dessen Verhinderungsfall von dem stellvertretenden Vorsitzenden, zu unterzeichnen.
- 11.2 Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, bei dessen Verhinderung sein Stellvertreter, kann nach seinem Ermessen eine Beschlussfassung ohne Abhaltung einer Sitzung durch schriftliche oder mündliche Stimmabgabe, durch Stimmabgabe per Telefax, per E-Mail, per Telefon, mittels elektronischer oder einer Kombination der vorgenannten Kommunikationsmittel anordnen, wenn kein Mitglied diesem Verfahren innerhalb einer vom Vorsitzenden bzw. seinem Stellvertreter gesetzten, angemessenen Frist widerspricht. Die so gefassten Beschlüsse sind in der nächsten Sitzung schriftlich niederzulegen.
- 11.3 Beschlussfassungen des Aufsichtsrats erfolgen mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Bei Verhinderung des Vorsitzenden steht dieses Stichentscheidungsrecht auch seinem Stellvertreter zu.

## § 12

- 12.1 Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit jährlich eine feste Vergütung in Höhe von € 60.000. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Dreifache, der Stellvertreter das Eineinhalbfache dieses Betrags. Die Mitwirkung in Ausschüssen wird gesondert vergütet, wobei der Vorsitzende des Aufsichtsrats für seine Tätigkeit in Ausschüssen keine zusätzliche Vergütung erhält.
- 12.2 Mitglieder des Aufsichtsrats, die einem Ausschuss angehören, erhalten hierfür eine zusätzliche Vergütung von € 10.000. Der Vorsitzende eines Ausschusses erhält das Doppelte dieses Betrags. Für Mitglieder des Prüfungsausschusses beträgt die zusätzliche Vergütung € 20.000. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses erhält das Dreifache dieses Betrags. Es wird lediglich die Mitwirkung in einem Ausschuss zusätzlich vergütet, wobei die jeweils höhere Vergütung maßgebend ist.
- 12.3 Besteht die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat oder in einem Ausschuss bzw. das Amt als Vorsitzender oder Stellvertreter des Aufsichtsrats oder Vorsitzender eines Ausschusses nur während eines Teils des Geschäftsjahres oder ist ein Geschäftsjahr kürzer als das Kalenderjahr, wird die Vergütung nach den Absätzen 1 und 2 nur zeitanteilig gewährt.
- 12.4 Die Vergütung ist jeweils zum Ablauf des Geschäftsjahres fällig und zahlbar.
- 12.5 Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ferner Ersatz ihrer Auslagen sowie der auf die Vergütung und die Auslagen zu entrichtenden Umsatzsteuer.
- 12.6 Die Gesellschaft ist berechtigt, für die Mitglieder des Aufsichtsrats eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung und Rechtsschutzversicherung in angemessenem Umfang zu marktconformen Bedingungen auf Kosten der Gesellschaft abzuschließen.

## Hauptversammlung

### § 13

- 13.1 Im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres findet eine ordentliche Hauptversammlung statt, welche durch den Vorstand oder Aufsichtsrat oder die sonstigen hierzu nach Gesetz oder Satzung befugten Personen unter Angabe von Ort, Zeit und Tagesordnung einzuberufen ist. Die Einberufung erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung.
- 13.2 Die Hauptversammlung der Gesellschaft findet am Sitz der Gesellschaft oder in einer deutschen Stadt mit mehr als 100.000 Einwohnern statt.
- 13.3 Die Frist zur Einberufung der Hauptversammlung richtet sich nach den gesetzlichen Regelungen.

### § 14

In gleicher Weise sind außerordentliche Hauptversammlungen einzuberufen.

### § 15

- 15.1 Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die sich vor der Hauptversammlung bei der Gesellschaft angemeldet und ihre Berechtigung zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts

nachgewiesen haben. Die Anmeldung und der Nachweis des Anteilsbesitzes müssen der Gesellschaft jeweils mindestens fünf Tage vor der Hauptversammlung unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse zugehen. Dabei sind der Tag der Hauptversammlung und der Tag des Zugangs nicht mitzurechnen.

- 15.2 Die Berechtigung zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts ist durch einen in Textform erstellten Nachweis des Anteilsbesitzes durch das depotführende Institut nachzuweisen. Der Nachweis muss in deutscher oder englischer Sprache erfolgen. Der Nachweis hat sich auf den Beginn des einundzwanzigsten Tages vor der Hauptversammlung zu beziehen.
- 15.3 Im Übrigen ist in der Einberufung der Hauptversammlung bekannt zu geben, unter welchen Voraussetzungen die Aktionäre zur Teilnahme an der Hauptversammlung zugelassen sind.

## § 16

In der Hauptversammlung gewährt jede Stückaktie eine Stimme.

## § 17

Den Vorsitz in den Hauptversammlungen führt der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder dessen Stellvertreter oder ein mit seiner Vertretung beauftragtes Mitglied des Aufsichtsrats. Der Vorsitzende leitet die Verhandlungen und bestimmt deren Reihenfolge. Der Vorsitzende kann das Rede- und Fragerecht des Aktionärs zeitlich angemessen beschränken.

## § 18

- 18.1 Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften oder die Satzung entgegenstehen, mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, sofern das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst. Für Satzungsänderungen genügt, wenn nicht zwingende gesetzliche Vorschriften oder die Satzung eine andere Mehrheit vorschreiben, die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wenn mindestens die Hälfte des Grundkapitals vertreten ist.
- 18.2 Der Vorsitzende bestimmt die Art und Reihenfolge der Abstimmung.

## **Geschäftsjahr, Jahresabschluss, Gewinnverteilung und Rücklage**

## § 19

Das Geschäftsjahr beginnt am 1. Juli eines jeden Jahres und endet am 30. Juni des nächstfolgenden Jahres.

## § 20

- 20.1 Billigt der Aufsichtsrat den Jahresabschluss, so ist dieser festgestellt. Die Feststellung des Jahresabschlusses erfolgt durch die Hauptversammlung, wenn der Aufsichtsrat ihn nicht gebilligt hat oder Vorstand und Aufsichtsrat beschlossen haben, die Feststellung der Hauptversammlung zu überlassen.

- 20.2 Vorstand und Aufsichtsrat sind ermächtigt, unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen auch einen größeren Teil als die Hälfte des Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen einzustellen, solange die anderen Gewinnrücklagen die Hälfte des Grundkapitals nicht übersteigen oder nach der Einstellung nicht übersteigen würden.
- 20.3 Die Anteile der Aktionäre am Gewinn bestimmen sich nach ihren Anteilen am Grundkapital. Bei einer Kapitalerhöhung kann die Gewinnberechtigung neuer Aktien auch abweichend von § 60 Abs. 2 des AktG festgesetzt werden.

## **§ 21**

- 21.1 Es wird eine gesetzliche Rücklage in Höhe von einem Viertel des Grundkapitals gebildet. In sie ist der zwanzigste Teil des um einen etwaigen Verlustvortrag aus dem Vorjahr geminderten Jahresüberschusses so lange einzustellen, bis die gesetzliche Rücklage und die Kapitalrücklagen nach § 272 Abs. 2 Nr. 1 - 3 HGB zusammen ein Viertel des Grundkapitals erreichen.
- 21.2 Im Übrigen findet § 150 AktG auf die gesetzliche Rücklage Anwendung.

## **§ 22**

Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, Änderungen der Satzung, die nur die Fassung betreffen, zu beschließen.

## **Umwandlungskosten**

### **§ 23**

Die Gesellschaft trägt die mit der Umwandlung der KWS SAAT AG in eine SE verbundenen Kosten bis zu einem Gesamtbetrag von € 2.000.000,00, insbesondere Gerichts- und Notarkosten, die Kosten des Mitarbeiter-Beteiligungsverfahrens und des besonderen Verhandlungsgremiums, die Kosten der Prüfung der Umwandlung, die Kosten der Veröffentlichung sowie Rechts- und sonstige Beratungskosten.

## **Salvatorische Klausel**

### **§ 24**

Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieser Satzung ganz oder in Teilen nichtig oder unwirksam sein oder werden, so wird die Gültigkeit der Satzung im Übrigen hiervon nicht berührt.

## **Anexo 2**

Estatutos sociales actualizados de KWS SAAT SE de fecha 14 de diciembre de 2017

### **ESTATUTOS de KWS SAAT SE**

#### **Forma jurídica, denominación social y domicilio social**

##### **Artículo 1**

- 1.1 La forma jurídica de Sociedad es la de sociedad europea (Societas Europaea, SE).
- 1.2 La Sociedad ostenta la siguiente denominación social  
**KWS SAAT SE**
- 1.3 La Sociedad tiene su domicilio social en Einbeck.

#### **Objeto social de la empresa**

##### **Artículo 2**

- 2.1 La Sociedad tendrá como objeto social el cultivo, la multiplicación y la explotación de cosechas de todo tipo, la producción y la distribución de semillas, el desarrollo de actividades agrícolas y hortícolas y la distribución de sus productos y su transformación, así como cualquier explotación para la alimentación humana y animal, la fabricación de productos químicos para fines agrícolas u hortícolas y de fertilizantes, la producción y distribución de aparatos agrícolas, así como la producción y comercialización de azúcar y confitería y su distribución, incluidos todos los subproductos.
- 2.2 La Sociedad podrá mantener instalaciones y explotaciones agrícolas en terrenos propios y/o arrendados.
- 2.3 La Sociedad estará facultada para segregar, vender, transferir partes esenciales del negocio y/o áreas comerciales a filiales o empresas asociadas, y limitarse a cumplir las funciones propias de sociedad hóliding.
- 2.4 La Sociedad podrá constituir sucursales tanto dentro como fuera del país, fundar en el marco de su objeto social estatutario empresas de cualquier tipo y cualquier forma jurídica y participar en ellas, así como celebrar contratos de empresa de cualquier tipo.

## **Capital social y acciones**

### **Artículo 3**

El capital social asciende a 19.800.000 € y está dividido en 6.600.000 acciones al portador. Se excluye el derecho del accionista a la titularización de su cuota. El capital social por importe de 19.800.000,00 € se ha aportado al convertirse KWS SAAT AG en una sociedad europea (*Societas Europaea*, SE).

## **Comunicaciones e información**

### **Artículo 4**

- 4.1 Las comunicaciones de la Sociedad se publicarán en el Boletín Federal, salvo que la Ley disponga algo distinto con carácter obligatorio.
- 4.2 La información a los accionistas también podrá transmitirse por medios telemáticos en las condiciones previstas legalmente.

## **Sistema dual, órganos de la Sociedad**

### **Artículo 5**

- 5.1 La Sociedad tiene un sistema de dirección y supervisión dual compuesto por un órgano de dirección (comité ejecutivo) y de un órgano de supervisión (consejo de vigilancia).
- 5.2 Los órganos de la Sociedad son:
  1. El comité ejecutivo
  2. El consejo de vigilancia
  3. La junta general

## **Comité ejecutivo**

### **Artículo 6**

El comité ejecutivo estará compuesto por un mínimo de dos personas. El consejo de vigilancia nombrará a los miembros del comité ejecutivo y determinará su número. Los miembros del comité ejecutivo los nombrará el consejo de vigilancia para un período máximo de seis años. Estará permitida la reelección o la prolongación del período de mandato.

### **Artículo 7**

- 7.1 El comité ejecutivo representará a la Sociedad judicial y extrajudicialmente.

- 7.2 Si solo se nombra un miembro del comité ejecutivo, representará a la Sociedad solidariamente. Si el comité ejecutivo está compuesto por varias personas, la Sociedad estará representada legalmente por dos miembros del comité ejecutivo o por un miembro del comité ejecutivo con un apoderado.
- 7.3 El comité ejecutivo requerirá el consentimiento del consejo de vigilancia para realizar los siguientes negocios y medidas:
- a) el establecimiento del presupuesto anual, incluido la planificación de inversiones, financiera y de personal para el grupo KWS,
  - b) la adquisición, venta o gravamen del activo fijo, en concreto de inmuebles y derechos asimilados, en la medida en que se supere un valor determinado por el consejo de vigilancia y esta medida no se haya previsto de forma concreta en la planificación de inversiones y financiera autorizada,
  - c) la adquisición y venta de participaciones en empresas, si se supera un valor determinado por el consejo de vigilancia,
  - d) la emisión de bonos y la toma de créditos a largo plazo, salvo que estén previstas en concreto en la planificación de inversión o financiera autorizada,
  - e) la celebración y modificación de contratos que conforme a la Ley o los estatutos exijan el consentimiento de la junta general.
- 7.4 El consejo de vigilancia podrá acordar que, además de las operaciones y medidas del anterior apartado 3, otros tipos de negocios y medidas requieran su consentimiento.

### **Consejo de vigilancia**

#### **Artículo 8**

- 8.1 El consejo de vigilancia estará compuesto por seis miembros.
- 8.2 Cuatro serán elegidos por la junta general sin vinculación a las propuestas de elección (representantes de los accionistas). Dos miembros los elegirá la junta general a propuesta de los trabajadores; la junta general estará vinculada a las propuestas de los trabajadores (representantes de los trabajadores). Si un acuerdo celebrado conforme a la Ley de Participación en la Sociedad Europea (SEBG) relativo a la participación del trabajador en la SE prevé un procedimiento de nombramiento de los representantes de los trabajadores en el consejo de vigilancia diferente, los representantes de los trabajadores se nombrarán conforme al proceso pactado.
- 8.3 Los miembros del consejo de vigilancia se nombrarán para el período comprendido entre la terminación de la junta general que decide la aprobación de la gestión correspondiente hasta el cuarto ejercicio posterior al inicio del período de mandato. No obstante, el nombramiento de los miembros del primer consejo de vigilancia de KWS SAAT SE se realizará para un período que se extiende hasta que termine la junta general que decida la aprobación de la gestión del consejo de vigilancia de KWS SAAT SE para el ejercicio 2016/2017. Ahora bien, el nombramiento de los miembros del consejo de vigilancia se realizará en cualquier caso para un máximo de 6 años. Estará permitida la reelección de los miembros del consejo de vigilancia.
- 8.4 Las elecciones complementarias se realizarán para el período de mandato que resta del miembro que causó baja anticipadamente.

- 8.5 Para cada representante de los accionistas podrá elegirse un miembro sustituto que será miembro del consejo de vigilancia si el miembro del consejo de vigilancia causa baja antes de que termine su período de mandato. A los representantes de los trabajadores se les aplicarán las regulaciones legales o las adoptadas con este fin en un acuerdo según el anterior apartado 2. El mandato del sustituto del miembro terminará como muy tarde al expirar el período de mandato del miembro del consejo de vigilancia que causó baja.
- 8.6 Cada miembro del consejo de vigilancia tendrá derecho a deponer su cargo en cualquier momento incluso si no existen motivos de importancia.
- 8.7 Como representantes de los accionistas del primer consejo de vigilancia de la Sociedad se designarán, para el período de mandato del primer consejo de vigilancia, al que se ha hecho referencia en el anterior apartado 3:
- Dr. Drs. H.c. Andreas J. Büchting, Einbeck, Biólogo agrícola/Economista, presidente del consejo de vigilancia de KWS SAAT AG, Einbeck,
  - Dr. Arend Oetker, Berlín, Comerciante, socio gestor de la sociedad en comandita Dr. Arend Oetker Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH & Co., Berlín,
  - Hubertus von Baumbach, Ingelheim am Rhein, Comerciante, miembro de la dirección empresarial de Boehringer Ingelheim, Ingelheim am Rhein, y
  - Cathrina Claas-Mühlhäuser, Fráncfort del Meno, Comerciante, presidenta del consejo de vigilancia de CLAAS KGaA mbH, Harsewinkel.

#### **Artículo 9**

- 9.1 El consejo de vigilancia elegirá para la duración de su período de mandato, inmediatamente después de su nombramiento, a un presidente o a uno o varios vicepresidentes. Si se eligen varios vicepresidentes, el consejo de vigilancia determinará al suplente en caso de que el presidente no pueda ejercer su cargo. El vicepresidente, si actúa en representación del presidente, tendrá sus mismos derechos y obligaciones.
- 9.2 El consejo de vigilancia podrá nombrar comités de entre sus miembros y transferirles determinadas tareas, salvo que tal transmisión esté excluida legalmente.

#### **Artículo 10**

- 10.1 El presidente y, si éste se viera impedido, el vicepresidente, podrán en todo momento convocar una junta del consejo de vigilancia.
- 10.2 Cada miembro del consejo de vigilancia o del comité ejecutivo podrá exigir la convocatoria inmediata del consejo de vigilancia, indicando el motivo y los motivos. La junta deberá celebrarse dentro de las dos semanas siguientes a su convocatoria.

## Artículo 11

- 11.1 Los acuerdos del consejo de vigilancia se adoptarán en juntas en las que el presidente, o el vicepresidente si el presidente se viese impedido, asumirá la presidencia. Los acuerdos deberán hacerse constar por escrito. El acta deberá firmarla el presidente y, si este no pudiera, el vicepresidente.
- 11.2 El presidente del consejo de vigilancia y, si este no pudiera, el vicepresidente, podrán, en su justo criterio, adoptar acuerdos, sin celebrar una junta, emitiendo el voto de forma escrita u oral, por fax, por correo electrónico, por teléfono, por medios de comunicación electrónicos o por una combinación de los anteriores medios de telecomunicación, si ningún miembro se opone a este procedimiento dentro del plazo apropiado que determine el presidente o su vicepresidente. Los acuerdos así adoptados deberán hacerse constar por escrito en la siguiente junta.
- 11.3 Los acuerdos del consejo de vigilancia se adoptarán por mayoría simple de los votos emitidos. En caso de empate, el presidente tendrá voto de calidad. Si el presidente se viese impedido, el voto de calidad le corresponderá al vicepresidente.

## Artículo 12

- 12.1 Los miembros del consejo de vigilancia recibirán anualmente por su trabajo una retribución fija por importe de 60.000 €. El presidente del consejo de administración percibirá el triple de esta cantidad, el vicepresidente dicha cantidad multiplicada por 1,5. La colaboración en comités se retribuirá por separado, si bien el presidente del consejo de vigilancia no recibirá retribuciones adicionales por su trabajo en los comités.
- 12.2 Los miembros del consejo de vigilancia que pertenezcan a un comité recibirán por ello una retribución adicional de 10.000 €. El presidente de un comité recibirá el doble de esta cantidad. Para los miembros del comité de auditoría esta retribución adicional ascenderá a 20.000 €. El presidente de un comité recibirá el triple de esta cantidad. Únicamente se retribuirá adicionalmente la colaboración en un comité, siendo determinante la retribución más elevada.
- 12.3 Si la pertenencia al consejo de vigilancia o a un comité o el cargo como presidente o vicepresidente del consejo de vigilancia o presidente de un comité solo dura parte del ejercicio o si un ejercicio es más breve que el año natural, la retribución según los apartados 1 y 2 se concederá únicamente *pro rata temporis*.
- 12.4 La retribución será exigible y pagadera al expirar el respectivo ejercicio.
- 12.5 Los miembros del consejo de vigilancia recibirán asimismo una compensación de sus gastos, así como el IVA que deba pagarse por su retribución y gastos.
- 12.6 La Sociedad estará facultada para celebrar a favor de los miembros del consejo de vigilancia un seguro de responsabilidad civil para daños patrimoniales y un seguro de defensa jurídica con una cobertura apropiada en condiciones de mercado, siendo los costes por cuenta de la Sociedad.

## **Junta general**

### **Artículo 13**

- 13.1 En la primera mitad del ejercicio se celebrará una junta general que será convocada por el comité ejecutivo o el consejo de vigilancia o las demás personas facultadas para ello conforme la ley o los estatutos, indicándose la localidad, la hora y el orden del día. La convocatoria se realizará mediante comunicado público.
- 13.2 La junta general de la Sociedad se celebrará en el domicilio de la Sociedad o en una ciudad alemana con más de 100.000 habitantes.
- 13.3 El plazo para convocar la junta general se establece en las normas legales.

### **Artículo 14**

Las juntas generales extraordinarias deberán convocarse del mismo modo.

### **Artículo 15**

- 15.1 Podrán participar en la junta general y ejercer el derecho al voto aquellos accionistas que se lo hayan notificado a la Sociedad antes de la junta general y hayan acreditado su facultad para participar en la junta general y ejercer el derecho al voto. La notificación y la acreditación de la posesión de acciones las deberá haber recibido la Sociedad al menos cinco días antes de la junta general en la dirección comunicada a estos efectos en la convocatoria. El día de la junta general y el día de la recepción no se computarán.
- 15.2 El derecho a participar en la junta general y ejercer el derecho al voto deberá acreditarse con un justificante de posesión de acciones expedido por escrito por el instituto gestor del depósito. El justificante deberá elaborarse en alemán o inglés. El justificante deberá referirse al inicio del vigésimo primer día anterior a la junta general.
- 15.3 Por lo demás, en la convocatoria de la junta general deberá comunicarse bajo qué condiciones se permite a los accionistas participar en la junta general.

### **Artículo 16**

En la junta general cada acción dará derecho a un voto.

### **Artículo 17**

La presidencia de la junta general la ejercerá el presidente del consejo de vigilancia o el vicepresidente u otro miembro del consejo de vigilancia al que se le haya encargado su representación. El presidente dirigirá las negociaciones y determinará su orden. El presidente podrá restringir adecuadamente el tiempo en que el accionariado ejerce su derecho de intervención y a formular preguntas.

### **Artículo 18**

- 18.1 Los acuerdos de la junta general, salvo que existan preceptos legales de obligado cumplimiento o los estatutos se opongan a ello, se adoptarán por mayoría simple de los votos emitidos y, siempre que la Ley prescriba además de la mayoría de votos una mayoría de capital, por mayoría simple del capital social representado al adoptar el acuerdo. Salvo que disposiciones legales de obligado cumplimiento o los estatutos prescriban otra mayoría, para la modificación de los estatutos bastará una mayoría simple de los votos válidos emitidos, si está representado al menos la mitad del capital social.
- 18.2 El presidente determinará el tipo y el orden de las votaciones.

### **Ejercicio económico, cuentas anuales, distribución de beneficios y reservas**

#### **Artículo 19**

El ejercicio comenzará el 1 de julio de cada año y terminará el 30 de junio del año siguiente.

#### **Artículo 20**

- 20.1 Si el consejo de vigilancia autoriza las cuentas anuales, se considerarán aprobadas. La aprobación de las cuentas anuales la efectuará la junta general, si el consejo de vigilancia no las ha autorizado o el comité ejecutivo o el consejo de vigilancia han acordado ceder la aprobación a la junta general.
- 20.2 El comité ejecutivo y el consejo de vigilancia estarán facultados, respetando las disposiciones legales, para destinar una parte que supere la mitad del superávit anual a otras reservas de beneficios, en la medida en que las otras reservas de beneficios no superen la mitad del capital social o no lo superen tras la incorporación a reservas.
- 20.3 La cuota que corresponde a los accionistas en los beneficios se determinará en función de su cuota en el capital social. En caso de ampliarse el capital, el derecho a los beneficios de las nuevas acciones podrá diferir de lo dispuesto en el artículo 60, apartado 2, AktG.

#### **Artículo 21**

- 21.1 Se formará una reserva legal por importe de una cuarta parte del capital social. La vigésima parte del beneficio neto del ejercicio, una vez deducidas las pérdidas del ejercicio anterior, se destinará a estas reservas hasta que la reserva legal y las reservas de capital de conformidad con el artículo 272, apartado 2, números 1 a 3, HGB asciendan conjuntamente a una cuarta parte del capital social.
- 21.2 Por lo demás, a las reservas legales se les aplicará el artículo 150 AktG.

## **Artículo 22**

El consejo de vigilancia estará facultado para acordar modificaciones en los estatutos que solo afecten a su redacción.

## **Costes de transformación**

### **Artículo 23**

La Sociedad soportará los costes relacionados con la transformación de KWS SAAT AG en una SE hasta un importe total de 2.000.000,00 €, en concreto los costes judiciales y notariales, los costes del procedimiento de participación de los trabajadores y del comité especial de negociación, los costes de auditar la transformación y los costes de asesoramiento jurídico y de otro tipo.

## **Cláusula de salvaguardia**

### **Artículo 24**

Si una o varias disposiciones de los presentes estatutos son o devienen nulas o ineficaces total o parcialmente, esta circunstancia no afectará a la validez de las restantes disposiciones de los estatutos.

### **Anlage 3**

Satzung der KWS SAAT SE & Co. KGaA

## **SATZUNG der KWS SAAT SE & Co. KGaA**

### **Rechtsform; Firma und Sitz der Gesellschaft**

#### **§ 1**

- 1.1 Die Gesellschaft hat die Rechtsform einer Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA).
- 1.2 Die Gesellschaft führt die Firma

#### **KWS SAAT SE & Co. KGaA**

- 1.3 Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Einbeck.

### **Gegenstand des Unternehmens**

#### **§ 2**

- 2.1 Gegenstand des Unternehmens ist die Züchtung, die Vermehrung und Verwertung von Nutzpflanzen aller Arten, die Erzeugung und der Vertrieb von Saatgut, der Betrieb von Landwirtschaft und Gartenbau und der Vertrieb ihrer Erzeugnisse und deren Bearbeitung und jegliche Verwertung für menschliche und tierische Ernährung, die Herstellung chemischer Erzeugnisse für landwirtschaftliche oder gartenbauliche Zwecke und von Düngemitteln, die Fertigung und der Vertrieb landwirtschaftlicher Geräte sowie die Erzeugung von Zucker und Süßwaren und deren Vertrieb einschließlich aller Nebenprodukte.
- 2.2 Die Gesellschaft kann Betriebsanlagen und landwirtschaftliche Betriebe auf eigenen und/oder gepachteten Flächen unterhalten.
- 2.3 Die Gesellschaft kann Anteile oder Beteiligungen an Investmentvermögen erwerben, verwalten und veräußern, die Gelder ausschließlich oder überwiegend in Unternehmen investieren, welche die Tätigkeit in einem oder mehreren der in Absatz 1 genannten Bereiche zum Gegenstand haben.
- 2.4 Die Gesellschaft ist berechtigt, wesentliche Betriebsteile und/oder Geschäftsbereiche auszugliedern, zu veräußern, auf Tochtergesellschaften oder Gemeinschaftsunternehmen zu übertragen und sich auf die Wahrnehmung der Aufgaben einer Konzern-Holdinggesellschaft zu beschränken.
- 2.5 Die Gesellschaft kann im In- und Ausland Zweigniederlassungen errichten, im Rahmen ihres satzungsmäßigen Gegenstandes Unternehmen jeder Art und jeder Rechtsform gründen und sich an solchen beteiligen sowie Unternehmensverträge jeder Art eingehen.

## **Grundkapital und Aktien**

### **§ 3**

- 3.1 Das Grundkapital beträgt € 99.000.000,00 und ist in 33.000.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien eingeteilt.
- 3.2 Der Anspruch des Aktionärs auf Verbriefung seines Anteils ist ausgeschlossen.
- 3.3 Das bei der Umwandlung der Gesellschaft in eine Europäische Gesellschaft (*Societas Europaea*, SE) vorhandene Grundkapital in Höhe von € 19.800.000,00 ist erbracht worden durch die Umwandlung der KWS SAAT AG in die Rechtsform der SE.
- 3.4 Das bei der Umwandlung der Gesellschaft in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien vorhandene Grundkapital in Höhe von € 99.000.000,00 wurde durch die Umwandlung der KWS SAAT SE in die Rechtsform der KGaA erbracht.

## **Bekanntmachungen und Informationen**

### **§ 4**

- 4.1 Bekanntmachungen der Gesellschaft werden im Bundesanzeiger veröffentlicht, soweit das Gesetz nicht zwingend etwas anderes bestimmt.
- 4.2 Informationen an die Aktionäre können unter den gesetzlich vorgesehenen Bedingungen auch im Wege der Datenfernübertragung übermittelt werden.

## **Verfassung der Gesellschaft**

### **§ 5**

- 5.1 Die Gesellschaft besteht, soweit die Satzung nicht etwas anderes bestimmt, aus der persönlich haftenden Gesellschafterin und den Aktionären (Kommanditaktionäre).
- 5.2 Organe der Gesellschaft sind:
  1. die persönlich haftende Gesellschafterin
  2. der Aufsichtsrat
  3. die Hauptversammlung

## **Persönlich haftende Gesellschafterin**

### **§ 6**

- 6.1 Persönlich haftende Gesellschafterin ist die

**KWS SE**

mit Sitz in München.

- 6.2 Die persönlich haftende Gesellschafterin hat keine Sondereinlage erbracht. Sie ist weder an Gewinn und Verlust noch am Vermögen der Gesellschaft beteiligt.

- 6.3 Die persönlich haftende Gesellschafterin scheidet aus der Gesellschaft aus, wenn die Mehrheit der Aktien an der persönlich haftenden Gesellschafterin für eine längere Zeit als 30 Kalendertage nicht mehr unmittelbar und/oder mittelbar von Personen gehalten werden, die zusammen mehr als 15 % des Grundkapitals der Gesellschaft unmittelbar und/oder mittelbar über ein nach § 17 Abs. 1 AktG abhängiges oder nach § 290 Abs. 2 HGB beherrschtes Unternehmen halten. Dies gilt nicht, wenn alle Aktien an der persönlich haftenden Gesellschafterin von der Gesellschaft gehalten werden.
- 6.4 Ferner scheidet die persönlich haftende Gesellschafterin aus der Gesellschaft aus, wenn eine Person, die kein Familienaktionär ist (Erwerber), unmittelbar oder mittelbar die Kontrolle über die persönlich haftende Gesellschafterin erlangt (Kontrollerwerb) und nicht innerhalb von drei Monaten nach Kontrollerwerb ein dieser Vorschrift und ansonsten den Regelungen des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes (WpÜG) entsprechendes Übernahme- oder Pflichtangebot an die Kommanditaktionäre der Gesellschaft richtet.

Familienaktionär ist jede natürliche oder juristische Person, die am 23. Oktober 2018 unmittelbar oder mittelbar und unter Berücksichtigung einer eventuellen Zurechnung gemäß § 34 WpHG mehr als 50 % der Stimmrechte an der KWS SAAT SE gehalten hat, einschließlich ihrer jeweiligen Abkömmlinge im Sinne des § 1924 Abs. 1 BGB und ihrer jeweiligen Gesellschafter.

Als Familienaktionäre gelten auch

- (i) Stiftungen, deren Vorstand mehrheitlich aus Familienaktionären besteht;
- (ii) nicht konzernierte Gesellschaften, deren Kapital- bzw. Gesellschaftsanteile und Stimmrechte unmittelbar oder mittelbar mehrheitlich von Familienaktionären gehalten bzw. ausgeübt werden;
- (iii) Erben von Familienaktionären sowie sonstige Rechtsnachfolger von Familienaktionären, wenn deren Kapital- bzw. Gesellschaftsanteile und Stimmrechte unmittelbar oder mittelbar mehrheitlich von Familienaktionären gehalten bzw. ausgeübt werden.

Kontrolle ist das Halten von mehr als 50 % der Stimmrechte an der persönlich haftenden Gesellschafterin aus den dem Erwerber unmittelbar oder mittelbar gehörenden Aktien. Dem Erwerber werden Stimmrechte von Aktionären der persönlich haftenden Gesellschafterin und von unmittelbaren oder mittelbaren Gesellschaftern dieser Aktionäre zugerechnet, mit denen der Erwerber aufgrund vertraglicher Vereinbarung die Ausübung seiner Stimmrechte in der Hauptversammlung der persönlich haftenden Gesellschafterin abstimmt.

Zahlt der Erwerber für den Kontrollerwerb eine Kontrollprämie, so erhöht sich die nach den Regelungen des WpÜG berechnete (Mindest-) Gegenleistung je Aktie um einen Betrag, der dem Quotienten aus der Kontrollprämie und der Zahl der nicht von der Gesellschaft gehaltenen Kommanditaktien entspricht.

Kontrollprämie ist die Differenz zwischen

- (i) dem Wert der gesamten vereinbarten Gegenleistung im Rahmen desjenigen Rechtsgeschäfts, durch das der Erwerber die Kontrolle erlangt, einschließlich sämtlicher Nebengeschäfte, die mit dem Kontrollerwerb zusammenhängen (insbesondere dem gleichzeitigen Erwerb von Aktien an der persönlich haftenden Gesellschafterin und von Kommanditaktien an der Gesellschaft), und
- (ii) der Summe aus:

- falls der Erwerber im Rahmen des Kontrollererwerbs Aktien an der persönlich haftenden Gesellschafterin erwirbt, dem auf diese Aktien entfallenden Anteil des bilanziellen Eigenkapitals der persönlich haftenden Gesellschafterin gemäß dem letzten vor dem Zeitpunkt des Erwerbs des beherrschenden Einflusses veröffentlichten Jahresabschluss der persönlich haftenden Gesellschafterin, und
- falls der Erwerber des beherrschenden Einflusses im Rahmen des Erwerbs des beherrschenden Einflusses (auch) Kommanditaktien an der Gesellschaft erwirbt, dem Produkt aus der Multiplikation (x) der Anzahl der erworbenen Kommanditaktien an der Gesellschaft mit (y) dem nach den Regelungen des WpÜG berechneten Mindestpreis für das Übernahme- oder Pflichtangebot.

Ist die Differenz negativ, so beträgt die Kontrollprämie null Euro.

Eine etwaige gesetzliche Verpflichtung des Erwerbers der Kommanditaktien der Gesellschaft und der Aktien der persönlich haftenden Gesellschafterin, den Kommanditaktionären der Gesellschaft ein Übernahme- oder Pflichtangebot zu unterbreiten, bleibt unberührt.

- 6.5 Die persönlich haftende Gesellschafterin scheidet auch durch Kündigung aus der Gesellschaft aus. Die Kündigung ist gegenüber der Gesamtheit der Kommanditaktionäre in der Hauptversammlung zu erklären. Außerhalb der Hauptversammlung ist die Kündigung gegenüber dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats oder dessen Stellvertreter zu erklären. Sie kann nur auf das Ende eines Geschäftsjahres mit einer Frist von mindestens sechs Monaten erfolgen.
- 6.6 Die übrigen gesetzlichen Ausscheidensgründe für die persönlich haftende Gesellschafterin bleiben unberührt.
- 6.7 Scheidet die persönlich haftende Gesellschafterin aus der Gesellschaft aus oder ist dieses Ausscheiden abzusehen, so ist der Aufsichtsrat berechtigt und verpflichtet, unverzüglich bzw. zum Zeitpunkt des Ausscheidens der persönlich haftenden Gesellschafterin eine Kapitalgesellschaft, deren sämtliche Anteile von der Gesellschaft gehalten werden, als neue persönlich haftende Gesellschafterin in die Gesellschaft aufzunehmen. Scheidet die persönlich haftende Gesellschafterin aus der Gesellschaft aus, ohne dass gleichzeitig eine solche neue persönlich haftende Gesellschafterin aufgenommen worden ist, wird die Gesellschaft übergangsweise von den Aktionären der Gesellschaft allein fortgesetzt. Der Aufsichtsrat hat in diesem Fall unverzüglich die Bestellung eines Notvertreters zu beantragen, der die Gesellschaft bis zur Aufnahme einer neuen persönlich haftenden Gesellschafterin gemäß Satz 1 dieses Absatzes vertritt, insbesondere bei Erwerb bzw. Gründung dieser persönlich haftenden Gesellschafterin. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, die Fassung der Satzung entsprechend dem Wechsel der persönlich haftenden Gesellschafterin zu berichtigen.
- 6.8 Im Falle der Fortsetzung der Gesellschaft gemäß Absatz 7 oder falls alle Aktien an der persönlich haftenden Gesellschafterin unmittelbar oder mittelbar von der Gesellschaft gehalten werden, entscheidet eine außerordentliche oder die nächste ordentliche Hauptversammlung über den Formwechsel der Gesellschaft in eine SE bzw. in eine Aktiengesellschaft. Für den Beschluss über diesen Formwechsel ist die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen ausreichend. Die persönlich haftende Gesellschafterin ist verpflichtet, einem solchen Formwechselbeschluss der Hauptversammlung zuzustimmen.

## § 7

- 7.1 Die Gesellschaft wird durch die persönlich haftende Gesellschafterin vertreten. Gegenüber der persönlich haftenden Gesellschafterin wird die Gesellschaft durch den Aufsichtsrat vertreten.

*WS*

- 7.2 Die Geschäftsführung obliegt der persönlich haftenden Gesellschafterin. Die Geschäftsführungsbefugnis der persönlich haftenden Gesellschafterin umfasst auch außergewöhnliche Geschäftsführungsmaßnahmen. Das Zustimmungsrecht der Aktionäre in der Hauptversammlung zu außergewöhnlichen Geschäftsführungsmaßnahmen ist ausgeschlossen. § 164 Satz 1, Halbsatz 2 HGB und § 111 Abs. 4 Satz 2 AktG finden auf die Führung der Geschäfte keine Anwendung.
- 7.3 Die persönlich haftende Gesellschafterin erhält für die Übernahme der Geschäftsführung der Gesellschaft und der Haftung von der Gesellschaft eine gewinn- und verlustunabhängige jährliche Vergütung in Höhe von € 30.000.
- 7.4 Der persönlich haftenden Gesellschafterin werden sämtliche Auslagen im Zusammenhang mit der Führung der Geschäfte der Gesellschaft, einschließlich der Vergütung ihrer Organmitglieder, ersetzt. Die persönlich haftende Gesellschafterin rechnet ihre Aufwendungen vierteljährlich ab; sie kann Vorschuss verlangen.
- 7.5 Die persönlich haftende Gesellschafterin ist außerhalb ihrer Aufgaben in der Gesellschaft nicht befugt, für eigene oder fremde Rechnung Geschäfte zu tätigen.

### **Aufsichtsrat**

#### **§ 8**

- 8.1 Der Aufsichtsrat besteht aus sechs Mitgliedern, soweit nicht nach zwingenden gesetzlichen Vorschriften eine andere Mitgliederzahl erforderlich ist.
- 8.2 Vier Mitglieder werden von der Hauptversammlung und zwei Mitglieder von den Arbeitnehmern gewählt, soweit das Gesetz nicht zwingend etwas anderes bestimmt.
- 8.3 Die Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrats erfolgt für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt, wobei das Geschäftsjahr, in welchem die Amtszeit beginnt, nicht mitgerechnet wird. Die Hauptversammlung kann bei der Wahl eine kürzere Amtszeit bestimmen. Die Wiederwahl von Aufsichtsratsmitgliedern ist zulässig.
- 8.4 Nachwahlen für vor Ablauf der Amtszeit ausgeschiedene Mitglieder erfolgen, sofern nicht bei der Nachwahl im Rahmen von Absatz 3 Satz 1 eine abweichende Amtszeit bestimmt wird, für den Rest der Amtszeit des vorzeitig ausgeschiedenen Mitglieds.
- 8.5 Gleichzeitig mit der Bestellung eines Aufsichtsratsmitglieds kann ein Ersatzmitglied bestellt werden, das Mitglied des Aufsichtsrats wird, wenn das Aufsichtsratsmitglied vor Ablauf seiner Amtszeit wegfällt. Das Amt des Ersatzmitglieds erlischt spätestens mit Ablauf der Amtszeit des weggefallenen Aufsichtsratsmitglieds.
- 8.6 Jedes Mitglied des Aufsichtsrats hat das Recht, jederzeit sein Amt auch ohne wichtigen Grund niederzulegen.

#### **§ 9**

- 9.1 Der Aufsichtsrat wählt für die Dauer seiner Amtszeit ohne Verzug nach seiner Einsetzung einen Vorsitzenden und einen oder mehrere Stellvertreter. Sind mehrere Stellvertreter gewählt, so bestimmt der Aufsichtsrat für den Fall einer Verhinderung des Vorsitzenden dessen Vertreter. Der Stellvertreter hat, wenn er in Vertretung des Vorsitzenden handelt, dessen Rechte und Pflichten.

- 9.2 Der Aufsichtsrat kann aus seiner Mitte Ausschüsse bestellen und diesen bestimmte Aufgaben übertragen, soweit nicht eine solche Übertragung gesetzlich ausgeschlossen ist.

## § 10

- 10.1 Der Vorsitzende und bei dessen Verhinderung sein Stellvertreter kann jederzeit den Aufsichtsrat zu einer Sitzung einberufen.
- 10.2 Jedes Aufsichtsratsmitglied oder die persönlich haftende Gesellschafterin kann unter Angabe des Zwecks und der Gründe die unverzügliche Einberufung des Aufsichtsrats verlangen. Die Sitzung muss binnen zwei Wochen nach der Einberufung stattfinden.

## § 11

- 11.1 Die Beschlüsse des Aufsichtsrats werden in Sitzungen gefasst, in denen der Vorsitzende, bei dessen Verhinderung sein Stellvertreter, den Vorsitz führt. Die Beschlüsse sind schriftlich niederzulegen. Die Niederschrift ist von dem Vorsitzenden, in dessen Verhinderungsfall von dem stellvertretenden Vorsitzenden, zu unterzeichnen.
- 11.2 Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, bei dessen Verhinderung sein Stellvertreter, kann nach seinem Ermessen eine Beschlussfassung ohne Abhaltung einer Sitzung durch schriftliche oder mündliche Stimmabgabe, durch Stimmabgabe per Telefax, per E-Mail, per Telefon, mittels elektronischer oder einer Kombination der vorgenannten Kommunikationsmittel anordnen, wenn kein Mitglied diesem Verfahren innerhalb einer vom Vorsitzenden bzw. seinem Stellvertreter gesetzten, angemessenen Frist widerspricht. Die so gefassten Beschlüsse sind in der nächsten Sitzung schriftlich niederzulegen.
- 11.3 Beschlussfassungen des Aufsichtsrats erfolgen mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Bei Verhinderung des Vorsitzenden steht dieses Stichentscheidsrecht auch seinem Stellvertreter zu.

## § 12

- 12.1 Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit jährlich eine feste Vergütung in Höhe von € 60.000. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Dreifache, der Stellvertreter das Eineinhalbfache dieses Betrags. Die Mitwirkung in Ausschüssen wird gesondert vergütet, wobei der Vorsitzende des Aufsichtsrats für seine Tätigkeit in Ausschüssen keine zusätzliche Vergütung erhält.
- 12.2 Mitglieder des Aufsichtsrats, die einem Ausschuss angehören, erhalten hierfür eine zusätzliche Vergütung von € 10.000. Der Vorsitzende eines Ausschusses erhält das Doppelte dieses Betrags. Für Mitglieder des Prüfungsausschusses beträgt die zusätzliche Vergütung € 20.000. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses erhält das Dreifache dieses Betrags. Es wird lediglich die Mitwirkung in einem Ausschuss zusätzlich vergütet, wobei die jeweils höhere Vergütung maßgebend ist.
- 12.3 Besteht die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat oder in einem Ausschuss bzw. das Amt als Vorsitzender oder Stellvertreter des Aufsichtsrats oder Vorsitzender eines Ausschusses nur während eines Teils des Geschäftsjahres oder ist ein Geschäftsjahr kürzer als das Kalenderjahr, wird die Vergütung nach den Absätzen 1 und 2 nur zeitanteilig gewährt.
- 12.4 Die Vergütung ist jeweils zum Ablauf des Geschäftsjahres fällig und zahlbar.
- 12.5 Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ferner Ersatz ihrer Auslagen sowie der auf die Vergütung und die Auslagen zu entrichtenden Umsatzsteuer.

- 12.6 Die Gesellschaft ist berechtigt, für die Mitglieder des Aufsichtsrats eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung und Rechtsschutzversicherung in angemessenem Umfang zu marktconformen Bedingungen auf Kosten der Gesellschaft abzuschließen.

### **Hauptversammlung**

#### **§ 13**

- 13.1 Im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres findet eine ordentliche Hauptversammlung statt, welche durch die persönlich haftende Gesellschafterin oder den Aufsichtsrat oder die sonstigen hierzu nach Gesetz oder Satzung befugten Personen unter Angabe von Ort, Zeit und Tagesordnung einzuberufen ist. Die Einberufung erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung.
- 13.2 Die Hauptversammlung der Gesellschaft findet am Sitz der Gesellschaft oder in einer deutschen Stadt mit mehr als 100.000 Einwohnern statt.
- 13.3 Die Frist zur Einberufung der Hauptversammlung richtet sich nach den gesetzlichen Regelungen.

#### **§ 14**

In gleicher Weise sind außerordentliche Hauptversammlungen einzuberufen.

#### **§ 15**

- 15.1 Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die sich vor der Hauptversammlung bei der Gesellschaft angemeldet und ihre Berechtigung zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts nachgewiesen haben. Die Anmeldung und der Nachweis des Anteilsbesitzes müssen der Gesellschaft jeweils mindestens fünf Tage vor der Hauptversammlung unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse zugehen. Dabei sind der Tag der Hauptversammlung und der Tag des Zugangs nicht mitzurechnen.
- 15.2 Die Berechtigung zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts ist durch einen durch das depotführende Institut in Textform erstellten Nachweis des Anteilsbesitzes nachzuweisen. Der Nachweis muss in deutscher oder englischer Sprache erfolgen. Der Nachweis hat sich auf den Beginn des einundzwanzigsten Tages vor der Hauptversammlung zu beziehen.
- 15.3 Im Übrigen ist in der Einberufung der Hauptversammlung bekannt zu geben, unter welchen Voraussetzungen die Aktionäre zur Teilnahme an der Hauptversammlung zugelassen sind.

#### **§ 16**

In der Hauptversammlung gewährt jede Stückaktie eine Stimme.

#### **§ 17**

Den Vorsitz in den Hauptversammlungen führt der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder dessen Stellvertreter oder ein mit seiner Vertretung beauftragtes Mitglied des Aufsichtsrats. Der Vorsitzende leitet die Verhandlungen und bestimmt deren Reihenfolge. Der Vorsitzende kann das Rede- und Fragerecht des Aktionärs zeitlich angemessen beschränken.

## § 18

- 18.1 Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften oder die Satzung entgegenstehen, mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, sofern das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.
- 18.2 Der Vorsitzende bestimmt die Art und Reihenfolge der Abstimmung.

## **Geschäftsjahr, Jahresabschluss, Gewinnverteilung und Rücklage**

### § 19

Das Geschäftsjahr beginnt am 1. Juli eines jeden Jahres und endet am 30. Juni des nächstfolgenden Jahres.

### § 20

- 20.1 Der Jahresabschluss wird von der Hauptversammlung mit Zustimmung der persönlich haftenden Gesellschafterin festgestellt.
- 20.2 Bei Aufstellung des Jahresabschlusses kann die persönlich haftende Gesellschafterin unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen auch einen größeren Teil als die Hälfte des Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen einstellen, solange die anderen Gewinnrücklagen die Hälfte des Grundkapitals nicht übersteigen oder nach der Einstellung nicht übersteigen würden.
- 20.3 Die Anteile der Aktionäre am Gewinn bestimmen sich nach ihren Anteilen am Grundkapital. Bei einer Kapitalerhöhung kann die Gewinnberechtigung neuer Aktien auch abweichend von § 60 Abs. 2 des AktG festgesetzt werden.

### § 21

- 21.1 Es wird eine gesetzliche Rücklage in Höhe von einem Viertel des Grundkapitals gebildet. In sie ist der zwanzigste Teil des um einen etwaigen Verlustvortrag aus dem Vorjahr geminderten Jahresüberschusses so lange einzustellen, bis die gesetzliche Rücklage und die Kapitalrücklagen nach § 272 Abs. 2 Nr. 1 - 3 HGB zusammen ein Viertel des Grundkapitals erreichen.
- 21.2 Im Übrigen findet § 150 AktG auf die gesetzliche Rücklage Anwendung.

### § 22

Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, Änderungen der Satzung, die nur die Fassung betreffen, zu beschließen.

## **Umwandlungskosten**

### § 23

- 23.1 Die Gesellschaft trägt die mit der Umwandlung der KWS SAAT AG in eine SE verbundenen Kosten bis zu einem Gesamtbetrag von € 2.000.000,00, insbesondere Gerichts- und Notarkosten, die Kosten des Mitarbeiter-Beteiligungsverfahrens und des besonderen Verhandlungsgremiums, die Kosten der Prüfung der Umwandlung, die Kosten der Veröffentlichung sowie Rechts- und sonstige Beratungskosten.

- 23.2 Die Gesellschaft trägt die mit der Umwandlung der KWS SAAT SE in die KWS SAAT SE & Co. KGaA verbundenen Kosten bis zu einem Gesamtbetrag von € 2.000.000,00, insbesondere Gerichts- und Notarkosten, die Kosten der Veröffentlichung sowie Rechts- und sonstige Beratungskosten.

### **Salvatorische Klausel**

#### **§ 24**

Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieser Satzung ganz oder in Teilen nichtig oder unwirksam sein oder werden, so wird die Gültigkeit der Satzung im Übrigen hiervon nicht berührt.

### **Anexo 3**

Estatutos sociales de KWS SAAT SE & Co. KGaA

**ESTATUTOS  
de  
KWS SAAT SE & Co. KGaA**

**Forma jurídica, denominación social y domicilio social**

**Artículo 1**

- 1.1 La forma jurídica de Sociedad es la de sociedad en comandita por acciones (KGaA).
- 1.2 La Sociedad ostenta la siguiente denominación social  

**KWS SAAT SE & Co. KGaA**
- 1.3 La Sociedad tiene su domicilio social en Einbeck.

**Objeto social de la empresa**

**Artículo 2**

- 2.1 La Sociedad tendrá como objeto social el cultivo, la multiplicación y la explotación de cosechas de todo tipo, la producción y la distribución de semillas, el desarrollo de actividades agrícolas y hortícolas y la distribución de sus productos y su transformación, así como cualquier explotación para la alimentación humana y animal, la fabricación de productos químicos para fines agrícolas u hortícolas y de fertilizantes, la producción y distribución de aparatos agrícolas, así como la producción y comercialización de azúcar y confitería y su distribución, incluidos todos los subproductos.
- 2.2 La Sociedad podrá mantener instalaciones y explotaciones agrícolas en terrenos propios y/o arrendados.
- 2.3 La Sociedad podrá adquirir, administrar y vender acciones o participaciones en fondos de inversión que inviertan sus activos, exclusiva o principalmente, en empresas que operen en uno o varios de los ámbitos mencionados en el apartado 1.
- 2.4 La Sociedad estará facultada para segregar, vender, transferir partes esenciales del negocio y/o áreas comerciales a filiales o empresas asociadas, y limitarse a cumplir las funciones propias de sociedad holding.
- 2.5 La Sociedad podrá constituir sucursales tanto dentro como fuera del país, fundar en el marco de su objeto social estatutario empresas de cualquier tipo y cualquier forma jurídica y participar en ellas, así como celebrar contratos de empresa de cualquier tipo.

## **Capital social y acciones**

### **Artículo 3**

- 3.1 El capital social asciende a 99.000.000,00 € y está dividido en 33.000.000 acciones al portador.
- 3.2 Se excluye el derecho del accionista a la titularización de su cuota.
- 3.3 El capital social existente al convertirse la sociedad en una sociedad europea (*Societas Europaea*, SE) por importe de 19.800.000,00 € se ha aportado mediante la conversión de KWS SAAT AG a la forma jurídica de una SE.
- 3.4 El capital social existente al convertirse la sociedad en una sociedad en comandita por acciones (KGaA) por importe de 99.000.000,00 € se ha aportado mediante la conversión de KWS SAAT SE a la forma jurídica de una KGaA.

## **Comunicaciones e información**

### **Artículo 4**

- 4.1 Las comunicaciones de la Sociedad se publicarán en el Boletín Federal, salvo que la Ley disponga algo distinto con carácter obligatorio.
- 4.2 La información a los accionistas también podrá transmitirse por medios telemáticos en las condiciones previstas legalmente,.

## **Constitución de la Sociedad**

### **Artículo 5**

- 5.1 La Sociedad, salvo que los estatutos dispongan algo distinto, estará compuesta por el socio con responsabilidad personal y los accionistas (accionistas comanditarios).
- 5.2 Los órganos de la Sociedad son:
  1. El socio con responsabilidad personal
  2. El consejo de vigilancia
  3. La junta general

## **Socio con responsabilidad personal**

### **Artículo 6**

- 6.1 El socio con responsabilidad personal es **KWS SE**, con domicilio social en Múnich.

- 6.2 El socio con responsabilidad personal no ha realizado ninguna aportación especial. No participa ni en los beneficios y pérdidas ni en el patrimonio de la Sociedad.
- 6.3 El socio con responsabilidad personal causará baja de la Sociedad si la mayoría de las acciones en el socio con responsabilidad personal, durante un período de más de 30 días naturales, ya no las poseen, directa y/o indirectamente, personas que conjuntamente posean más del 15 % del capital social de la Sociedad a través de una empresa dependiente conforme al artículo 17, apartado 1, de la Ley alemana de Sociedades anónimas (AktG) o a través de una empresa dominada conforme al artículo 290, apartado 2, del Código de Comercio alemán (HGB). La cláusula anterior no se aplicará si todas las acciones en el socio con responsabilidad personal las posee la Sociedad.
- 6.4 Asimismo, el socio con responsabilidad personal causará baja de la Sociedad si una persona que no es un accionista familiar (comprador) adquiere, directa o indirectamente, el control sobre el socio con responsabilidad personal (adquisición del control) y en el plazo de los tres meses siguientes a la adquisición del control no dirige a los accionistas comanditarios de la Sociedad una oferta obligatoria o de adquisición que se ajuste a la presente disposición y a las regulaciones de la Ley alemana de Adquisiciones (WpÜG).

Accionista familiar es cualquier persona natural o jurídica que el 23 de octubre de 2018 poseía, directa o indirectamente y tomando en consideración una eventual imputación según el artículo 34 de la Ley alemana sobre el Mercado de Valores (WpHG), más del 50 % de los derechos de voto en KWS SAAT SE, incluidos sus respectivos descendientes en el sentido del artículo 1924, apartado 1, del Código Civil alemán (BGB) y sus respectivos socios.

También se consideran accionistas familiares a

- (i) las fundaciones, cuyo consejo directivo esté compuesto mayormente por accionistas familiares;
- (ii) las sociedades que no pertenecen al grupo, cuyas participaciones sociales o en el capital y derechos de voto sean poseídas o ejercidas, directa o indirectamente, mayormente por accionistas familiares;
- (ii) los herederos de accionistas familiares y otros sucesores jurídicos de accionistas familiares si sus participaciones sociales o en el capital y derechos de voto son poseídas o ejercidas, directa o indirectamente, mayormente por accionistas familiares.

Control es la posesión de más del 50 % de los derechos de voto en el socio con responsabilidad personal por las acciones que pertenecen directa o indirectamente al comprador. Al comprador se le imputarán los derechos de voto de los accionistas del socio con responsabilidad personal y de los socios directos o indirectos de los accionistas con los que el comprador, en virtud de acuerdo contractual, coordina el ejercicio de sus derechos de voto en la junta general del socio con responsabilidad personal.

Si para la adquisición del control el comprador paga una prima de control, la contraprestación (mínima) por acción calculada conforme a las normas de la WpÜG se incrementará en una cantidad equivalente al cociente resultante de la prima de control y la cifra de acciones comanditarias que no posee la Sociedad.

La prima de control es la diferencia entre

- (i) el valor de la contraprestación total pactada en el marco del correspondiente negocio jurídico por el que el comprador adquiere el control, incluidos todos los negocios accesorios

relacionados con la adquisición del control (en concreto la adquisición simultánea de acciones en la sociedad con responsabilidad personal y las acciones comanditarias en la Sociedad), y

(ii) la suma de:

- en caso de que el adquirente, en el marco de la adquisición del control, adquiera acciones en el socio con responsabilidad personal, la parte correspondiente a dichas acciones en los recursos propios contabilizados del socio con responsabilidad personal conforme a las cuentas anuales del socio con responsabilidad personal publicadas antes de la fecha de adquisición de la influencia dominante, y
- en caso de que el adquirente de la influencia dominante en el marco de la adquisición de la influencia dominante (también) adquiera acciones comanditarias en la Sociedad, el producto procedente de multiplicar (x) la cifra de acciones comanditarias adquiridas en la Sociedad por (y) el precio mínimo para la oferta obligatoria o de adquisición según las disposiciones de la WpÜG.

Si la diferencia es negativa, la prima de control ascenderá a cero euros.

La cláusula anterior no afectará a la eventual obligación legal del adquirente de las acciones en comandita de la Sociedad y de las acciones del socio con responsabilidad de proporcionar a los accionistas comanditarios de la Sociedad una oferta obligatoria o de adquisición.

- 6.5 El socio con responsabilidad personal causará baja de la Sociedad también mediante rescisión. La rescisión deberá declararse frente a la totalidad de los accionistas comanditarios en la junta general. Al margen de la junta general, la rescisión deberá declararse frente al presidente del consejo de vigilancia o su suplente. Únicamente podrá realizarse al término del ejercicio con un plazo de al menos seis meses.
- 6.6 Los restantes motivos legales de separación para el socio con responsabilidad personal no se verán afectados.
- 6.7 Si se separa de la Sociedad el socio con responsabilidad personal o es de prever que vaya a producirse tal separación, el consejo de vigilancia estará facultado y obligado a, de inmediato o en la fecha de separación del socio con responsabilidad personal, incorporar en la Sociedad como socio con responsabilidad personal a una sociedad de capitales cuyas acciones las posea la Sociedad en su totalidad. Si el socio con responsabilidad personal se separa de la sociedad sin que se incorpore simultáneamente otro nuevo socio con responsabilidad personal, la Sociedad la continuarán con carácter transitorio únicamente los accionistas de la Sociedad. En ese caso, el consejo de vigilancia deberá solicitar a la mayor brevedad posible el nombramiento de un representante de emergencia que representará a la Sociedad hasta que se incorpore un nuevo socio con responsabilidad personal conforme a la primera frase del presente apartado, especialmente en la adquisición o constitución de dicho socio con responsabilidad personal. El consejo de vigilancia estará facultado para corregir la redacción de los estatutos en función del cambio del socio con responsabilidad personal.
- 6.8 En caso de continuarse la Sociedad conforme al apartado 7 o en caso de que todas las acciones del socio con responsabilidad personal las posea, directa o indirectamente, la Sociedad, bien una junta general extraordinaria o bien la siguiente junta general ordinaria decidirán sobre el cambio de forma jurídica de la Sociedad en una SE o una sociedad anónima. Para el acuerdo relativo al cambio de forma jurídica bastará la mayoría simple de los votos emitidos. El socio con responsabilidad personal estará obligado a votar en la junta general a favor de tal acuerdo de cambio de forma jurídica.

## **Artículo 7**

- 7.1 La Sociedad estará representada por el socio con responsabilidad personal. La Sociedad estará representada por el consejo de vigilancia frente al socio con responsabilidad personal.
- 7.2 De la gestión se encargará el socio con responsabilidad personal. La facultad de gestión del socio con responsabilidad personal comprende también medidas de gestión extraordinarias. Se excluye el derecho de los accionistas a autorizar medidas de gestión extraordinarias en la junta general. El artículo 164, primera frase, segundo inciso, HGB y el artículo 111, apartado 4, segunda frase, AktG no se aplicarán a la gestión de los negocios.
- 7.3 El socio con responsabilidad personal recibirá por asumir las tareas de gestión de la Sociedad y la responsabilidad de la Sociedad una retribución anual independiente de los beneficios y pérdidas por importe de 30 000 €.
- 7.4 Al socio con responsabilidad personal se le reembolsarán todos los gastos relacionados con la gestión de los negocios de la Sociedad, incluida la retribución para los miembros de sus órganos. Por regla general, el socio con responsabilidad personal liquidará sus gastos trimestralmente; podrá exigir anticipos.
- 7.5 El socio con responsabilidad personal no estará facultado para realizar negocios por cuenta propia o ajena al margen de sus funciones en la Sociedad.

## **Consejo de vigilancia**

### **Artículo 8**

- 8.1 El consejo de vigilancia estará compuesto por seis miembros, salvo que disposiciones legales de obligado cumplimiento exijan otra cifra de miembros.
- 8.2 Cuatro miembros los elegirá la junta general y dos miembros los trabajadores, salvo que la Ley disponga algo distinto con carácter obligatorio.
- 8.3 La elección de los miembros del consejo de vigilancia tendrá lugar para el período comprendido entre la terminación de la junta general que decide la aprobación de la gestión correspondiente hasta el cuarto ejercicio posterior al inicio del período de mandato, en ese caso el ejercicio en el que comienza el período de mandato no se computará. La junta general, en la elección, podrá determinar un período de mandato más breve. Estará permitida la reelección de los miembros del consejo de vigilancia.
- 8.4 Las elecciones parciales de los miembros que causen baja antes de expirar el período de mandato se realizarán para el resto del período de mandato salvo que, al realizarse la elección parcial, se determine un período de mandato diferente en el marco del apartado 3, primera frase.
- 8.5 Con el nombramiento de un miembro del consejo de vigilancia podrá designarse simultáneamente un sustituto que será miembro del consejo de vigilancia en caso de que el miembro del consejo de vigilancia cause baja antes de terminar su período de mandato. El mandato del miembro sustituto terminará como muy tarde al expirar el período de mandato del miembro del consejo de vigilancia que causó baja.
- 8.6 Cada miembro del consejo de vigilancia tendrá derecho a deponer su cargo en cualquier momento sin que existan motivos de importancia.

## **Artículo 9**

- 9.1 El consejo de vigilancia elegirá para su período de mandato, inmediatamente después de su nombramiento, a un presidente o a uno o varios vicepresidentes. Si se eligen varios vicepresidentes, el consejo de vigilancia determinará al suplente en caso de que el presidente no pueda ejercer su cargo. El vicepresidente, si actúa en representación del presidente, tendrá sus mismos derechos y obligaciones.
- 9.2 El consejo de vigilancia podrá nombrar comités de entre sus miembros y transferirles determinadas tareas, salvo que tal transmisión esté excluida legalmente.

## **Artículo 10**

- 10.1 El presidente y, si éste se viera impedido, el vicepresidente podrán en todo momento convocar una junta del consejo de vigilancia.
- 10.2 Cada miembro del consejo de vigilancia o el socio con responsabilidad personal podrán exigir la convocatoria inmediata del consejo de vigilancia, indicando el objetivo y los motivos. La junta deberá celebrarse dentro de las dos semanas siguientes a su convocatoria.

## **Artículo 11**

- 11.1 Los acuerdos del consejo de vigilancia se adoptarán en juntas en las que el presidente, o el vicepresidente si el presidente se viera impedido, asumirá la presidencia. Los acuerdos deberán hacerse constar por escrito. El acta deberá firmarla el presidente y si este no pudiera, el vicepresidente.
- 11.2 El presidente del consejo de vigilancia y, si este no pudiera, el vicepresidente, podrán, en su justo criterio, adoptar acuerdos, sin celebrar una junta, emitiendo el voto de forma escrita u oral, por fax, por correo electrónico, por teléfono, por medios de comunicación electrónicos o por una combinación de los anteriores medios de telecomunicación, si ningún miembro se opone a este procedimiento dentro del plazo apropiado que determine el presidente o su vicepresidente. Los acuerdos así adoptados deberán hacerse constar por escrito en la siguiente junta.
- 11.3 Los acuerdos del consejo de vigilancia se adoptarán por mayoría simple de los votos emitidos. En caso de empate, el presidente tendrá voto de calidad. Si el presidente se viese impedido, el voto de calidad le corresponderá al vicepresidente.

## **Artículo 12**

- 12.1 Los miembros del consejo de vigilancia recibirán anualmente por su trabajo una retribución fija por importe de 60.000 €. El presidente del consejo de administración percibirá el triple de esta cantidad, el vicepresidente dicha cantidad multiplicada por 1,5. La colaboración en comités se retribuirá por separado, si bien el presidente del consejo de vigilancia no recibirá retribuciones adicionales por su trabajo en los comités.

- 12.2 Los miembros del consejo de vigilancia que pertenezcan a un comité recibirán por ello una retribución adicional de 10.000 €. El presidente de un comité recibirá el doble de esta cantidad. Para los miembros del comité de auditoría esta retribución adicional ascenderá a 20.000 €. El presidente de un comité recibirá el triple de esta cantidad. Únicamente se retribuirá adicionalmente la colaboración en un comité, siendo determinante la retribución más elevada.
- 12.3 Si la pertenencia al consejo de vigilancia o a un comité o el cargo como presidente o vicepresidente del consejo de vigilancia o presidente de un comité solo dura parte del ejercicio o si un ejercicio es más breve que el año natural, la retribución según los apartados 1 y 2 se concederá únicamente *pro rata temporis*.
- 12.4 La retribución será exigible y pagadera al expirar el respectivo ejercicio.
- 12.5 Los miembros del consejo de vigilancia recibirán asimismo una compensación de sus gastos, así como el IVA que deba pagarse por su retribución y gastos.
- 12.6 La Sociedad estará facultada para celebrar a favor de los miembros del consejo de vigilancia un seguro de responsabilidad civil para daños patrimoniales y un seguro de defensa jurídica con una cobertura apropiada en condiciones de mercado, siendo los costes por cuenta de la Sociedad.

### **Junta general**

#### **Artículo 13**

- 13.1 En la primera mitad del ejercicio se celebrará una junta general que será convocada por el socio con responsabilidad personal o el consejo de vigilancia o las demás personas facultadas para ello conforme la ley o los estatutos, indicándose la localidad, la hora y el orden del día. La convocatoria se realizará mediante comunicado público.
- 13.2 La junta general de la Sociedad se celebrará en el domicilio de la Sociedad o en una ciudad alemana con más de 100.000 habitantes.
- 13.3 El plazo para convocar la junta general se orientará en las normas legales.

#### **Artículo 14**

Las juntas generales extraordinarias deberán convocarse del mismo modo.

#### **Artículo 15**

- 15.1 Podrán participar en la junta general y ejercer el derecho al voto aquellos accionistas que se lo hayan notificado a la Sociedad antes de la junta general y hayan acreditado su facultad para participar en la junta general y ejercer el derecho al voto. La notificación y la acreditación de la posesión de acciones las deberá haber recibido la Sociedad al menos cinco días antes de la junta general en la dirección comunicada a estos efectos en la convocatoria. El día de la junta general y el día de la recepción no se computarán.

- 15.2 El derecho a participar en la junta general y ejercer el derecho al voto deberá acreditarse con un justificante de posesión de acciones emitido por escrito por la entidad gestora del depósito. El justificante deberá elaborarse en alemán e inglés. El justificante deberá referirse al inicio del vigésimo primer día anterior a la junta general.
- 15.3 Por lo demás, en la convocatoria de la junta general deberá comunicarse bajo qué condiciones se permite a los accionistas participar en la junta general.

#### **Artículo 16**

En la junta general cada acción dará derecho a un voto.

#### **Artículo 17**

La presidencia de la junta general la ejercerá el presidente del consejo de vigilancia o el vicepresidente u otro miembro del consejo de vigilancia al que se le haya encargado su representación. El presidente dirigirá las negociaciones y determinará su orden. El presidente podrá restringir adecuadamente el tiempo en que el accionariado ejerce su derecho de intervención y a formular preguntas.

#### **Artículo 18**

- 18.1 Los acuerdos de la junta general, salvo que existan preceptos legales de obligado cumplimiento o los estatutos se opongan a ello, se adoptarán con mayoría simple de los votos emitidos y, siempre que la Ley prescriba además de la mayoría de los votos una mayoría de capital, con la mayoría simple del capital social representado al adoptar el acuerdo.
- 18.2 El presidente determinará el tipo y el orden de las votaciones.

### **Ejercicio económico, cuentas anuales, distribución de beneficios y reservas**

#### **Artículo 19**

El ejercicio comenzará el 1 de julio de cada año y terminará el 30 de junio del año siguiente.

#### **Artículo 20**

- 20.1 Las cuentas anuales las autorizará la junta general con la aprobación del socio con responsabilidad personal.
- 20.2 Al aprobarse las cuentas anuales, el socio con responsabilidad personal, respetando las disposiciones legales, podrá destinar una parte que supere la mitad del superávit anual a otras reservas de beneficios, en la medida en que las otras reservas de beneficios no superen la mitad del capital social o no lo superen tras la incorporación a reservas.

- 20.3 La cuota que corresponde a los accionistas en los beneficios se determina en función de su cuota en el capital social. En caso de ampliarse el capital, el derecho a los beneficios de las nuevas acciones podrá diferir de lo dispuesto en el artículo 60, apartado 2, AktG.

#### **Artículo 21**

- 21.1 Se formará una reserva legal por importe de una cuarta parte del capital social. La vigésima parte del beneficio neto del ejercicio, una vez deducidas las pérdidas del ejercicio anterior, se destinará a estas reservas hasta que la reserva legal y las reservas de capital de conformidad con el artículo 272, apartado 2, números 1 a 3, HGB asciendan conjuntamente a una cuarta parte del capital social.
- 21.2 Por lo demás, a las reservas legales se les aplicará el artículo 150 AktG.

#### **Artículo 22**

El consejo de vigilancia estará facultado para acordar modificaciones en los estatutos que solo afecten a su redacción.

#### **Costes de conversión**

#### **Artículo 23**

- 23.1 La Sociedad soportará los costes relacionados con la conversión de KWS SAAT AG en una SE hasta un importe total de 2.000.000,00 €, en concreto los costes judiciales y notariales, los costes del procedimiento de participación de los trabajadores y del comité especial de negociación, los costes de auditar la transformación y los costes de asesoramiento jurídico y de otro tipo.
- 23.2 La Sociedad soportará los costes relacionados con la conversión de KWS SAAT SE en KWS SAAT SE & Co. KGaA hasta un importe total de 2.000.000,00 €, en concreto los costes judiciales y notariales, los costes de publicación, así como los costes de asesoramiento jurídico y de otro tipo.

#### **Cláusula de salvaguardia**

#### **Artículo 24**

Si una o varias disposiciones de los presentes estatutos son o devienen nulas o ineficaces total o parcialmente, esta circunstancia no afectará a la validez de las restantes disposiciones de los estatutos.

\*\*\*

